

Heft 204

Ausgabe 5 | 2014

ISSN 0170-4613

K 53 61

5,00 Euro



Soziales Wachstum

Linke Perspektiven in der Wachstumsdebatte

Michael Dauderstädt
Neues Wachstum für Europa

Ulrich Brand
Wohlstand – wie anders?
Wachstumskritik als Teil der Debatte um sozial-ökologische Transformation

Katharina Gapp, Holger Rogall
Wachstum und Globalisierung

Gespräch mit Cansel Kiziltepe und Fabio De Masi
„It's the austerity, stupid“

Kurzum | von Felix Welti

Die Bundesrepublik Deutschland kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen. Sie wird in Beschränkungen ihrer Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern. Sie wird Vereinbarungen über eine allgemeine, umfassende, obligatorische internationale Schiedsgerichtsbarkeit beitreten.

Das ist nicht nur ein friedenspolitisches Programm, sondern der Auftrag in Artikel 24 Grundgesetz. Diese Vorstellungen gehen auf die Diskussion nach dem ersten Weltkrieg zurück, wie Kriege dauerhaft verhindert werden können. Die Konfrontation der Blöcke hat diesen Auftrag überlagert. Bis heute herrscht die Vorstellung, das System gegenseitiger kollektiver Sicherheit sei die NATO. Doch kollektive Sicherheit richtet sich nicht gegen potenzielle Gegner, sondern bindet sie ein.

Kurzum: Gegenseitige kollektive Sicherheit in Europa und der Welt bleibt ein Ziel, das nicht in kollektiver Verteidigung aufgeht.

Es kann gut sein, dass nicht jeder Staat in jeder Situation meint, auf die Vorbereitung kollektiver Verteidigung verzichten zu können. Doch wer damit das Ziel gegenseitiger kollektiver Sicherheit für erfüllt hält, liegt falsch. Wenn ein Verteidigungsbündnis einen Gegner verliert, ist es leichter, einen neuen zu suchen – oder auf die Rückkehr des alten zu warten – als eine tatsächlich gemeinsame Sicherheitsordnung zu schaffen.

Dass es auf der Welt immer noch und deutlich sichtbar nichtstaatliche und staatliche Kräfte gibt, die sich in eine neue kollektive Ordnung des Friedens und der Menschenrechte auf keinen Fall einbinden lassen, macht diese Ordnung nicht weniger wichtig. Im Gegenteil: Sie ist nötiger denn je.



⇒ Dr. Felix Welti ist Professor an der Universität Kassel am Institut Sozialwesen des Fachbereichs Humanwissenschaften und Mitherausgeber der spw.

Foto: privat

Kurzum: Die destruktiven Potenziale auf der Welt sind nicht weniger bedrohlich als in den 1980er Jahren. Die Zeit ist reif für eine neue politische Friedensbewegung.

Eine politische Friedensbewegung kann aber nicht für nationale Isolation eintreten. Sie muss Abstand von denen halten, die sich Weltpolitik als Verschwörung vorstellen. Denn das Denken in Verschwörungen macht gegenseitige kollektive Sicherheit unmöglich, die gerade auf dem Verstehen und der Anerkennung legitimer Interessen beruht.

Zu legitimen Interessen gehört freier Handel ebenso wie soziale Menschenrechte. Eine fortschrittliche Position zu den internationalen Beziehungen kann deswegen kaum allein in der Ablehnung von Handelsabkommen bestehen. Nötig wäre es, den „Geist von Philadelphia“ der Internationalen Arbeitsorganisation und die Verwirklichung der sozialen Menschenrechtspakte in den Mittelpunkt zu stellen.

Kurzum: Freier Handel kann zu einer internationalen Ordnung des Friedens beitragen. Aber nur wenn er mit der Bekämpfung der Armut, mit Schutz und Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge und mit anständigen Arbeitsbedingungen verbunden wird, schafft eine internationale Wirtschafts- und Sozialordnung das Fundament gegenseitiger kollektiver Sicherheit. ■

■ Meinung

Keine Entwarnung bei CETA und TTIP Folke große Deters	4
Wirtschaftskompetenz braucht Verteilungskompetenz Carsten Sieling	7
Das Recht auf Weiterbildung – ein linkes politisches Kampffeld Ernst Dieter Rossmann	11
Zwischen Zwergendasein und Volkspartei – die SPD bei den Landtags- wahlen in den ostdeutschen Ländern 2014 Daniela Kolbe, Diana Lehmann	12

Debatte:

Waffenlieferungen in den Irak – Ein humanitärer Einzelfall? Christoph Strässer	14
Waffenlieferungen in den Irak – Ein humanitärer Einzelfall? Ute Finckh-Krämer	15

■ ■ Im Fokus: Soziales Wachstum – linke Perspektiven in der Wachstumsdebatte

Einleitung zum Schwerpunkt Ole Erdmann, Katharina Oerder, Michael Reschke, Stefan Stache	17
Neues Wachstum für Europa Michael Dauderstädt	21
Care-Economy: Die unsichtbare Seite der Ökonomie sichtbar machen Interview mit Cécilie Schildberg	25
Wohlstand – wie anders? Ulrich Brand	28
Wachstum und Globalisierung Katharina Gapp, Holger Rogall	36
Politik für sozial-ökologische Unternehmen – nicht für globale Konzerne Steffen Lange	44

■ ■ ■ Magazin

Stichwort Wirtschaftspolitik: Öffentliche Investitionen und Public-Private-Partnerships Arne Heise	50
Die aktuelle Zahl: 12,2 Andrew Watt	52

Crossover

„It's the austerity, stupid“ Gespräch mit Cansel Kiziltepe und Fabio De Masi	53
Rot-grüner Regierungswechsel in Schweden Gero Maass	59
2017 – „Weiter so!“ oder Politikwechsel? Horst Heimann	63

Rezensionen:

Der Erste Weltkrieg und die Folgen Thilo Scholle	69
Bartlos in Algerien – die letzte Reise des Karl Marx Robert von Olberg, Thilo Scholle	74
Organisation und Vielfalt. Modernisierungen der Gewerkschaftspraxis. Christel Teiwes-Kügler	75

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

DL 21 Aktuell	78
Meldungen: Bericht vom Linkskongress der Jusos, Tagung der SPD-Linken am 14. und 15. November 2014 in Magdeburg,	79
IUSY Festival 2014: 15 Actions to Eradicate Poverty in 15 Years	81

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische
Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:
Niels Annen (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Oliver Kaczmarek (Kamen)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Uwe Meinhardt (Stuttgart)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susí Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Rösper (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Carsten Sieling (Bremen)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Spies (Marburg)
Michael Vester (Hannover)
Felix Welti (Lübeck)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhring
Kai Burmeister
Cordula Drautz
Ole Erdmann
Björn Hacker
Sebastian Jobelius
Lars Neumann
Katharina Oerder
Michael Reschke
Sarah Rygiewski
Thilo Scholle
Holger Schöneville
Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Ole Erdmann, Katharina Oerder,
Michael Reschke, Stefan Stache

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache
Telefon 0177 - 525 049 8
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Telefon 0231 - 2 02 00 11
Telefax 0231 - 2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46,
IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468,
BIC: PBNKDEFF, USt.-ID-Nr.: DE 122946515

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Europa Euro 49,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-4613, K 5361
©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2014.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: © kantver - Fotolia.com
Bildnachweis: S. 50 www.fotolia.com
©ferkelraggae.

Satz und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, Oktober 2014

Keine Entwarnung bei CETA und TTIP

von Folke große Deters

„In jedem Fall sind Investor-Staat-Schiedsverfahren und unklare Definitionen von Rechtsbegriffen wie ‚Faire und Gerechte Behandlung oder Indirekte Enteignung‘ abzulehnen.“

Mit diesen klaren Worten hat der SPD-Parteikonvent am 20. September in die Debatte zum transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA, „Transatlantic Trade Investment Partnership, TTIP“, und mit Kanada, „Comprehensive and Economic Trade Agreement, CETA“ eingegriffen. Endgültig gewonnen ist damit aber noch nichts. Ein Problem: Anders als TTIP liegt das CETA-Abkommen bereits ausverhandelt vor und steht zur Ratifikation an. Und es enthält genau die Komponenten, die nach dem Beschluss des Parteikonvents „in jedem Fall“ abzulehnen sind.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass sich Sigmar Gabriel im Bundestag zu CETA eher verhalten äußerte und lediglich versprach, er wolle „versuchen“, Veränderungen zu erreichen. Diese lassen sich allerdings nur schwer realisieren, insbesondere wenn man – wie offenbar Sigmar Gabriel – nicht auch ein Scheitern des Vertrages in Kauf nehmen will. Es entspricht nicht den internationalen Gepflogenheiten, in einem so späten Stadium noch Kernpunkte eines Vertrages in Frage zu stellen. Zudem sieht die Union keinen Anlass, sich für Neuverhandlungen einzusetzen. Daher wiegelt das Bundeswirtschaftsministerium ab. Man sei zwar gegen Schiedsgerichte, die Bestimmungen des CETA-Abkommens seien aber harmlos. Zitiert wird aus einem eigenen beauftragten Gutachten¹, nach dem In-



☞ Folke große Deters ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen NRW sowie stellvertretender Vorsitzender der SPD Rhein-Sieg.

Foto: privat

vestoren aus Kanada durch das Abkommen nicht besser gestellt würden als deutsche Unternehmen. Für den Handlungsspielraum des deutschen Gesetzgebers, so soll suggeriert werden, ändere sich also nichts.

Was Vertragsinhalt ist, weiß man immer erst hinterher

Die oben zitierte Einschätzung vernachlässigt jedoch einen wesentlichen Aspekt: Was Inhalt des Vertrages ist, weiß man immer erst nach der Entscheidung der Schiedsgerichte. Die Behauptung, der Investitionsschutz bliebe hinter den Anforderungen des deutschen Rechts und des Unionsrechts zurück, bleibt eine bloße Vermutung. Natürlich räumt das auch der Gutachter des Bundeswirtschaftsministeriums ein, der ausführt, dass „verlässliche Anhaltspunkte“ fehlten, „wie die Vorschriften in der Schiedspraxis in Zukunft tatsächlich ausgelegt und angewendet werden.“ Die „Gefahr“ einer „Haftungserweiterung durch rechtsfortbildende Auslegung der investitionsschutzrechtlichen Standards“ sei „nicht zu vernachlässigen, haben Investor-Staats-Schiedsgerichte doch in der Vergangenheit maßgeblich zur Ausformung und Fortentwicklung des Investitionsrechts beigetragen und sind deswegen in die Kritik geraten.“

¹ Dr. Stephan Schill LL.M., „Auswirkungen der Bestimmungen zum Investitionsschutz und zu den Investor-Staat-Schiedsverfahren im Entwurf des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA) auf den Handlungsspielraum des Gesetzgebers“, abzurufen unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/C-D/ceta-gutachten-investitionsschutz.property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>.

In der Diskussion zu den transatlantischen Freihandelsgesprächen taucht vielfach die Vorstellung auf, man könne unerwünschte Ergebnisse durch geeignete Klauseln und textliche Festlegungen vermeiden. Das ist nicht komplett falsch, jedoch wird die Steuerungsfähigkeit bzw. Vorhersehbarkeit rechtlicher Entscheidungen maßlos überschätzt. Das verdeutlicht die Auslegung des Tatbestandsmerkmals der „Maßnahme gleicher Wirkung einer mengenmäßigen Einfuhr- oder Ausfuhrbeschränkung“ (heute Art 34, 35 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, AEUV) durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Der Gerichtshof las hieraus ein Verbot für den deutschen Gesetzgeber, das deutsche Reinheitsgebot für Bier verbindlich vorzuschreiben.

Verstärkt wird die Gefahr einer solchen Entwicklung, wenn sehr unbestimmte Rechtsbegriffe wie „gerechte und billige Behandlung“ oder „indirekte Enteignung“ ausgelegt werden müssen. Beide finden sich im CETA-Text. Hier bleibt einem Spruchkörper nichts anderes übrig, als diesen unkonkreten Begriffen durch die eigene Spruchpraxis Konturen zu verleihen. Beispiele aus der Schiedsgerichtsrechtsprechung für eine „indirekte Enteignung“ sind etwa „Entzug bzw. Nichtverlängerung von Betriebsgenehmigungen für unternehmerische Tätigkeit“, „übermäßige Besteuerung“ oder „unverhältnismäßige Maßnahmen des Umweltschutzes“. Die Beispiele veranschaulichen, dass aufgrund dieser Vorschrift jede regulierende Maßnahme des Staates zum Gegenstand von Investor-Staat-Streitigkeiten gemacht werden kann. Ab wann ist eine Steuer „übermäßig“ oder Umweltschutz „unverhältnismäßig“? Es hängt alles von der Entscheidung durch das Schiedsgericht ab.

Natürlich kann an dieser Stelle eingewendet werden, dass es auch im nationalen Recht solche unbestimmten Rechtsbegriffe gibt. Das ist richtig, aber aus demokratischer

Sicht viel weniger problematisch. Hier kann ein demokratisch legitimierter Gesetzgeber einer Auslegung, die seiner Absicht zuwiderläuft, durch eine klarstellende Änderung des Gesetzes begegnen. Dies ist bei einem internationalen Vertrag nur schwer möglich, da einer Vertragsänderung immer alle Parteien zustimmen müssen. Eine Kündigung des Vertrages ist zwar möglich. Abgesehen davon, dass eine solche politisch und rechtlich schwer durchzusetzen wäre (Vertragspartner ist die EU!), gilt für den Fall einer Kündigung eine Nachwirkungsfrist von 20 Jahren zum Schutz solcher Investitionen, die vor der Kündigung getätigt worden sind.

Als Beleg für die geringe Gefahr der Schiedsgerichte wird in dem Gutachten des Bundeswirtschaftsministers darauf verwiesen, dass die Macht der Schiedsgerichte bei CETA im Vergleich zu anderen Abkommen beschränkt sei. Tatsächlich können Komitees, die von den Vertragsparteien besetzt sind, den Schiedsgerichten verbindliche Auslegungen einzelner Tatbestandsmerkmale vorgeben. Dies ändert jedoch an der kritischen Einschätzung nichts. Denn erstens ist es unwahrscheinlich, dass eine Vertragspartei einem „ihrer“ Investoren bei einem Schiedsgerichtsverfahren in den Rücken fällt. Zweitens kann der Vertrag durch solche Vorgaben genau so gut einschränkend wie erweiternd ausgelegt werden. Vertragspartner sind die EU und Kanada, so dass solche Komitees von europäischer Seite wohl in erster Linie mit freihandelsfreundlichen Kommissionsbeamten besetzt würden. Die Gefahr ist also real, dass der Investorenschutz dann verschärft wird, wenn die Öffentlichkeit nach Abschluss des Vertrages nicht mehr so genau hinschaut.

Es geht um Demokratie

Tragisch ist, dass manche Sozialdemokraten bei der Debatte um die transatlantischen Freihandelsabkommen im

Hintergrund immer noch die Klänge der „Internationale“ hören. Dabei geht es bei den Abkommen nicht um internationale Solidarität. Die übergroße Mehrheit der Kritiker der Abkommen sind weder bornierte Nationalisten noch Antiamerikaner oder fundamentalistische Freihandelsgegner. Vielmehr geht es ihnen um den Schutz der Demokratie.

Investorenschutz und Schiedsgerichte befördern das, was der englische Politologe Colin Crouch als „Postdemokratie“ bezeichnet. Parlamente werden zwar regulär gewählt, aber sie haben immer weniger zu sagen. Politik verkommt so zu einem Schauspiel, weil die Bürgerinnen und Bürger den Eindruck haben, dass sich durch ihre Wahlentscheidungen ohnehin nichts ändert. Denn schließlich kann sich ein Unternehmen gegen „unverhältnismäßige“ Entscheidungen zu Lasten des Investors vor einem Schiedsgericht wehren. Alleine die Drohung mit einer Klage kann die Forderung etwa nach einer gerechten Verteilung des Erwirtschafteten oder Umweltschutz zum Verstummen bringen. Strukturell sind klassisch sozialdemokratische Forderungen nach Eingriffen in das Marktgeschehen unter einem Schiedsgerichts-Regime benachteiligt, sie stehen unter Rechtfertigungszwang. Geschützt sind schließlich Gewinnerwartungen aus Investitionen, nicht aber das Vertrauen eines Bürgers oder einer Bürgerin in einen Arbeitsplatz mit angemessener Bezahlung, die Hoffnung auf sozialen Schutz oder das Vertrauen auf eine intakte Umwelt. Wo können diese Bürgerinnen und Bürger eigentlich klagen, wenn ihre legitimen Erwartungen durch einen Investor enttäuscht wurden?

Die oben beschriebene Ausgangslage zu CETA kann uns mehrerlei lehren. Erstens muss der Druck auch nach dem – in weiten Teilen – positiv zu bewertenden Parteikonventsbeschluss aufrechterhalten werden. Trotz der schwierigen Ausgangslage ist zu verlangen, dass SPD-VertreterInnen auf allen Ebenen das Abkommen CETA nur passieren

lassen, wenn die Kriterien des Parteikonvents-Beschlusses vollständig erfüllt sind und die Sondergerichte komplett entfallen. Sie dürfen sich dabei weder mit beschwichtigenden Protokollerklärungen noch mit wohlklingenden Phrasen in der Präambel zufrieden geben.

Zweitens zeigt die Situation von CETA, dass die Formulierung von „roten Linien“ nach Beginn der Verhandlungen nicht praktikabel ist. Deshalb bleibt entgegen dem Parteikonventsbeschluss die Forderung richtig, die TTIP-Verhandlungen abzubrechen. Diese dürfen erst auf Basis eines Mandates wieder beginnen, das vor Beginn der Verhandlungen (!) öffentlich diskutiert wurde und das vor allem klar benennt, welchen Rahmen die europäischen Volksvertreter ihren Unterhändlern stecken. Das ist nicht zuletzt ein Gebot der Fairness gegenüber unseren Verhandlungspartnern. Es ist ein Ärgernis, wenn in mühevoller Kleinarbeit um einen Text gerungen wird und dem Vertragspartner dann erst nach Abschluss der Verhandlungen einfällt, dass er bestimmte Kernpunkte des Vertrages doch nicht mittragen will. Nur durch eine vorherige öffentliche Diskussion kann das Risiko abgemildert werden, dass eine Regierung oder eine EU-Kommission an den Vorstellungen der Parlamente und der Zivilgesellschaft vorbei verhandelt.

Klar muss sein: Die immense Bedeutung internationaler Verträge rechtfertigt nicht länger, sie im Stil des 19. Jahrhunderts als *domaine réservé* der Exekutive zu behandeln. Das gilt insbesondere dann, wenn die Verhandlungen von der nach wie vor schwach demokratisch legitimierten EU-Kommission geführt werden. Es ist überfällig, auch auf diesem Feld mehr Demokratie zu wagen. ■

Wirtschaftskompetenz braucht Verteilungskompetenz

von Carsten Sieling

Sozialdemokratische Wirtschaftskompetenz bedeutet, mehr Investitionen zu tätigen, um zukunftsfähig zu sein. Öffentliche Investitionen, indem wir die Finanzierungsfrage beantworten, private Investitionen, indem wir die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wieder stärker in den Mittelpunkt stellen.

Denn: Deutschland lebt von seiner Substanz. Es werden jährlich knapp 80 Milliarden Euro zu wenig investiert¹ – und das hat ganz konkrete Folgen. So lag das Nettovermögen des Staates im Jahr 1999 noch bei rund 500 Milliarden Euro und ist heute praktisch auf Null gesunken.²

Dieses Vermögen steht also für Unternehmen und private Haushalte und auch für künftige Generationen nicht mehr zur Verfügung. Deutschland hat ein Investitionsproblem, das auch mit den bisherigen Steuerreformen und gesenkten Lohnnebenkosten nicht gelöst werden konnte. Unser Land ist an vielen Orten eine Bröckelrepublik geworden – ob bei der Verkehrsinfrastruktur, im Bildungssystem, in den Kommunen oder auch auf dem einen oder anderen Betriebsgelände. Die privaten und öffentlichen Investitionsindikatoren offenbaren dies seit Jahren. Wenn nichts passiert, könnte hier eine neue *German Disease* im Anzug sein.

Maßstab für die Zukunftsfähigkeit eines Landes ist seine Investitionskraft. Investitionen sind das ökonomische Bindeglied zwischen Gegenwart und Zukunft und die Voraussetzung für Wachstum. Wirtschaftspolitische Kompetenz zeichnet sich dadurch



☞ Dr. Carsten Sieling, MdB, ist Sprecher der Parlamentarischen Linken der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied im SPD-Parteivorstand.

Foto: privat

aus, diese ökonomische Tatsache in den Blick zu nehmen. Wenn es gelänge, die existierende Investitionslücke zu schließen, dann hätte das einen erheblichen Wachstumseffekt, mehr Beschäftigung und stärkere Lohnanstiege zur Folge.

Solch ein Wachstumsimpuls würde sich auch auf die europäischen Nachbarn auswirken. Deutschland macht etwa ein Drittel der europäischen Wirtschaftsleistung aus und ist eine sehr offene Volkswirtschaft. Langfristig würden also auch die Nachbarn profitieren, wenn die deutsche Wirtschaft stärker wächst und somit mehr ausländische Produkte nachfragen könnte. Dass es uns gut geht, dass alles gut ist, das war die große Mehrheitserzählung der letzten Eurokrisenjahre. Währenddessen wurde seit 1999 deutsches Sparvermögen im Umfang von 400 Milliarden Euro im Ausland fehlinvestiert und damit vernichtet.³ Statt im Inland realwirtschaftliche Investitionen zu tätigen, dienten die hohen deutschen Ersparnisse auch als Brandbeschleuniger an den internationalen Finanzmärkten.

1 Marcel Fratzscher (2013) DIW-Wochenbericht, Nr. 26: „Sieben Fragen an Marcel Fratzscher“; siehe: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.423524.de/13-26-3.pdf, 25.09.2014

2 Marcel Fratzscher im Interview mit Christopher Krämer (manager-magazin online), 24.06.2013; siehe: http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.423481.de, 26.09.2014

3 Marcel Fratzscher (2013) 10 Thesen – Investitionen für mehr Wachstum. Eine Zukunftsagenda für Deutschland siehe: <https://berlinoeconomicus.diw.de/blog/2013/06/24/10-thesen-investitionen-fur-mehr-wachstum-eine-zukunftsagenda-fur-deutschland/>, 01.10.2014

Kapitalerträge vs. Realwirtschaft

Kapital sucht sich normalerweise in Abwägung zum Risiko die höchstmögliche Renditemöglichkeit. Das ist der Mechanismus, der in den letzten Jahren unter der Überschrift „Kapitalflucht“ als beständiges Bedrohungsszenario politisch instrumentalisiert wurde. Wegen der Attraktivität reiner Finanzprodukte sind private Investitionen in realwirtschaftliche Projekte in den letzten Jahren aber häufig nicht rational gewesen. Es muss also ein Umdenken stattfinden: Reine Finanzanlagen dürfen für private Anleger und Betriebsinhaber nicht so attraktiv sein, wie sie es lange Jahre waren. Die SPD hat hier einiges erreicht: Wir haben die notwendige Reduzierung der spekulativ ausgerichteten Finanzwirtschaft gegenüber der Realwirtschaft in den Mittelpunkt unserer Politik gestellt, um die Renditeansprüche wieder in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen. Erhöhte Eigenkapitalanforderung, Trennbankensystem, Finanztransaktionssteuer und anderes haben ihrerseits das wirtschaftspolitisch vernünftige Ziel, den Preis der reinen Finanzspekulationen zu erhöhen und somit das „level playingfield“ im Verhältnis zur Anlagenrentabilität in der Realökonomie wieder herzustellen. Dabei ist die internationale Angleichung der Regulierung auf einem hohen Niveau die entscheidende Baustelle.

Wenn die Konkurrenz der Staaten um Investitionen und Standortansiedlungen durch das Kapital befeuert wird, statt ihre logische Kooperation, dann geschieht das, was in den letzten Jahren passiert ist: Es entsteht eine neoliberale Deregulierungsdynamik, auch „race to the bottom“ genannt. Diese Befürchtung wird aktuell mit Bezug zu den mit Kanada und den USA geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP thematisiert. Gerade wenn hier eine Regulierung auf jeweils höchstem Niveau erreicht werden kann, machen diese Abkommen Sinn. Einfach so, mit dem Argument, dass die Abkommen „gut“ für

einzelne Unternehmen seien und damit auch „gut“ für die Beschäftigten, beweisen wir nur, dass wir unsere sozialdemokratischen Prinzipien nicht kennen. Das gilt auch allgemein: Was gut für das einzelne Unternehmen ist, muss deshalb noch lange nicht gut für die Gesamtwirtschaft sein und was Wirtschaftsvertreter selbst darüber erzählen, hat mit der ganzheitlichen volkswirtschaftlichen Perspektive oft nichts zu tun. So auch im Kontext der Freihandelsabkommen: Für einige Unternehmen und Konzerne machen die gefährlichen Investitionsschutzbestimmungen und Parallelgerichtsbarkeiten zur Einklagbarkeit entgangener Gewinnmöglichkeiten in den geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP Sinn. Das ist die Richtung, wenn man in Kategorien der Betriebswirtschaftslehre denkt, wenn man nur Verantwortung für die Aktionäre und die nächste Bilanzpressekonferenz wahrnimmt. Die Verantwortung für die ganze Gesellschaft ist eine ganz andere und die Wachstumserwartung auf Basis der Freihandelsabkommen im Verhältnis zu den hier dargestellten Möglichkeiten auch nur marginal.

Zukunftsinvestitionen realisieren statt Exzesseinkommen

Um das reale Wirtschaftswachstum nachhaltig zu stärken, muss ein wesentliches sozialdemokratisches Prinzip sein, Arbeit nicht höher zu besteuern als Kapital. Dies war für Sozialdemokraten immer ein steuerpolitischer Fehlanreiz, der auch beider notwendigen Bekämpfung der Kapitalflucht nur temporär zu rechtfertigen war. Die Abschaffung der Abgeltungsteuer durch Überführung der Besteuerung von Zinsen und Dividenden in die normale Einkommensteuer gehört jedenfalls heute in jedes moderne Programm der SPD. Denn wir müssen die Entwicklungen der letzten Jahre umkehren. Seit 2000 sind erhebliche Verteilungseffekte in die falsche Richtung entstanden. Das ist vielfach belegt: Durch das Absenken der Lohnquote gegen-

über den Gewinneinkommen, die Entwicklung des Gini-Koeffizienten als Indikator für zunehmende Ungleichheit, eine Vielzahl von OECD-Studien oder im Armuts- und Reichtumsbericht der letzten Bundesregierung, an dem die FDP ihren Umgang mit Fakten und Wahrheit umfänglich belegen konnte.

Ökonomisch gesprochen hat diese vielfach als „Umverteilung von unten nach oben“ beschriebene Entwicklung mit ihrem starkem Anstieg der Gewinneinkommen und dem recht neuen Phänomen der Exzesseinkommen der sog. *working rich* (Emanuel Saez) zu einem steigenden Einkommensanteil geführt, der in der Realwirtschaft gar keine Verwendung mehr finden konnte. Laut dem Sozialwissenschaftler Thomas Piketty stehen wir ohne Kursänderung bald vor einer oligarchischen Gesellschaft, in der Finanzeliten bestimmen.⁴ Genau diese Entwicklung konnten wir in den letzten Jahren beobachten. So ist in Deutschland auch die Sparquote nicht zuletzt aufgrund der ungleichen Lohn- und Gewinneinkommen in den letzten Jahren erneut stark gestiegen. Wir brauchen deshalb eine ehrliche Debatte darüber, wie die immer höheren Ersparnisse zur Finanzierung von Investitionen herangezogen werden können. Dazu müssen wir auch über die Idee eines Infrastrukturfonds diskutieren, dessen Charme darin besteht, anlagensuchendes Kapital in sinnvolle, investive Kanäle zu leiten, statt sie auf den Kapitalmärkten der Welt vagabundieren zu lassen.

Zuallererst aber müssen wir die Handlungsfähigkeit des Staates in Zeiten der Schuldenbremse durch gesteigerte Einnahmen der öffentlichen Hand verbessern: Hohe Einkommen und Vermögen müssen endlich stärker besteuert werden! Nicht als Selbstzweck, sondern als klug verstandenes Mittel zum Erreichen unserer wirtschaftspolitischen Ziele. Denn nur mit einer stabilen Einnahme-

⁴ Thomas Piketty (2014) *Das Kapital im 21. Jahrhundert*; C.H. Beck.



Ferdinand Lassalle und das Staatsverständnis der Sozialdemokratie

Herausgegeben von Peter Brandt und Detlef Lehnert

2014, 247 S., brosch., 34,- €

ISBN 978-3-8487-0488-0

(*Staatsverständnisse*, Bd. 65)

www.nomos-shop.de/21126

Wie Erhard Eppler im Schlussbeitrag des Bandes darlegt, sind etliche Aspekte des Staatsdenkens von Ferdinand Lassalle auch zu seinem 150. Todestag noch aktuell.

Die Beiträge behandeln grundlegende Themen Lassalles: Demokratie und Wohlfahrtsstaat, Rechts-, Verfassungs- und Wissenschaftsverständnis. Vergleichslinien werden zu August Bebel, Eduard Bernstein und Kurt Schumacher gezogen.

Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de



Nomos

situation der öffentlichen Haushalte ist es möglich, eine steuerliche Entlastung unterer und mittlerer Einkommen realistisch in den Blick zu nehmen und damit die Nachfrageorientierung für die Wirtschaft weiter zu stärken.

Nachfrageorientierung bedeutet gerechte Verteilung

Wichtiger als die Finanzierung ist aus Sicht vieler Unternehmer die Frage, ob eine zusätzliche Produktion überhaupt genügend Abnehmer finden würde. Auch nach jüngsten Eurostat-Befragungen von Industrieunternehmen war die unzureichende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen immer noch das größte Hemmnis für einen Ausbau der Produktion und damit mehr Wachstum.⁵

Kein Wunder: Bei stagnierender Nachfrage bleiben die Kapazitäten der Unternehmen unterausgelastet, zusätzliche Investitionen lohnen sich nicht mehr. So manchen hat erstaunt, dass diese Situation auch bei erfolgreichen Exportnationen wie Deutschland auftritt. Natürlich ist die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Dekade wesentlich der Exportstärke unserer Industrie zu verdanken. Nicht zu vernachlässigen ist in einer ganzheitlichen Betrachtung aber auch die Binnennachfrage. Gerade in diesem Bereich war die Entwicklung in den letzten fünfzehn Jahren sehr schwach. Es gibt kaum ein Land in Europa, das so geringe reale Lohnanstiege gehabt hat wie Deutschland – ein großer Teil der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat heute real keine höheren Löhne als vor 15 Jahren. Eine gleichmäßigere Entwicklung der Lohn- und Gewinneinkommen hätte allein in den letzten Jahren nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) einen zusätz-

lichen Konsum in Höhe von bis zu zehn Milliarden Euro im Jahr in Deutschland freigesetzt und damit das Wachstum auf ein deutlich breiteres Fundament gestellt.⁶

Wenn es uns gelingt, durch höhere Investitionen das Wachstum und damit Beschäftigung und die Einkommen zu stärken, dann sorgt das wiederum für höhere Steuereinnahmen und stärkt die Fähigkeit des Staates, sich zu konsolidieren. Aber auch Konsolidierung darf kein Selbstzweck sein: Die „schwarze Null“ ist mittlerweile das goldene Kalb deutscher Haushaltspolitik geworden. Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger hat dieser Tage zu Recht darauf hingewiesen, dass alle so auf die Staatsverschuldung fixiert sind, „dass das Thema Zukunftssicherung durch Investitionen völlig in den Hintergrund geraten ist.“⁷ Zukunftssicherung bedeutet Verteilungspolitik. Für eine Stärkung der Investitionen brauchen wir kluge Wirtschaftspolitik, die aber gerechte Verteilung zur Voraussetzung hat.

Die sozialdemokratischen Parteien dürfen das Leitbild einer gerechteren Wohlstandsverteilung nicht verlieren. Führen wir wieder zusammen, was zusammengehört. ■

5 European Commission (2014): The Joint Harmonised EU Programme of Business and Consumer Surveys. User Guide, siehe: http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/surveys/documents/userguide_en.pdf, 24.09.2014).

6 DIW Wochenbericht Nr. 22 (2012) „Umverteilung und Sparen“, siehe: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.401470.de/12-22.pdf, 02.10.2014.

7 Peter Bofinger im Interview mit „Die Welt“, 09.09.14, siehe: <http://www.welt.de/wirtschaft/article132053250/Staus-kosten-jeden-Haushalt-400-Euro-pro-Jahr.html>, 06.10.2014.

Das Recht auf Weiterbildung – ein linkes politisches Kampffeld

von Ernst Dieter Rossmann

Linke Gesellschaftspolitik lebt davon, gesellschaftliche Bewegungen und Konflikte zu antizipieren, diese wertebezogen zu bearbeiten und Lösungen in den Fortschrittsbündnissen zu organisieren. Eine Erweiterung der Kampffelder in der aufkommenden Debatte um Wachstum und Wohlstandssicherung kann dabei gewiss nicht schaden. Wer die linke Alternative stark machen will, muss ausbrechen aus dem Themenkanon von hinterher laufendem Konservatismus à la Merkel und unverbesserlichem Neoliberalismus wiederkäuender Wirtschaftsweiser.

Deshalb ist es absolut keine Nebensächlichkeit, wenn die IG Metall in die Tarifrunde 2015 mit einer wegweisenden qualitativen Forderung hineingeht. Sie will mehr Zeit und Geld für die berufliche Entwicklung durch einen Tarif-Anspruch auf befristete Freistellung für den Erwerb von Schulabschlüssen, arbeitsmarktfähigen beruflichen Abschlüssen und Fortbildungsmöglichkeiten. Hierzu soll das Recht auf eine Bildungsteilzeit mit Aufstockungsbeträgen eingeführt werden.

Dieses starke Zeichen für das Recht auf Weiterbildung tut in Deutschland bitter Not. Denn eine Weiterbildungsquote von 50 Prozent mag nach außen hin einen schönen Schein verbreiten. In Realiter verbergen sich dahinter nur sehr kurze Bildungszeiten und vor allen Dingen eine sehr ungerechte Form der Verteilung von Weiterbildung. Je größer der Betrieb und je qualifizierter die Menschen, desto mehr Weiterbildung. Frauen, Migranten und Ältere haben prinzipiell geringere Chancen auf Weiterbildung. Wenn die IG Metall dies jetzt zum Gegenstand der Tarifrunde 2015 für ihre 3,7 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie macht, stößt sie hiermit gleichzeitig eine Agenda an, die weit über den Kreis ihrer Mitglieder hinausreicht.



↳ Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, ist Bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: privat

Gegen die jetzt schon wieder aufkommende Deregulierungs- und Kostensenkungsdebatte stellt die IG Metall die klare Botschaft von Investition in die Köpfe, von Nachhaltigkeit und von Gerechtigkeit. Sie macht damit gleichzeitig Druck gegen die neoliberal-konservative Politik, über die große Zahl von 1,5 Millionen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss lieber hinweg zu sehen, als konkrete Gegenstrategien zu entwickeln, wie z.B. den überaus sinnvollen DGB-Vorstoß für Bildungsprämien bei nachgeholt Schul- und Berufsabschlüssen. Auch die in der großen Koalition verabredete Allianz für Aus- und Weiterbildung von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik kann gesellschaftliche Dynamik vertragen, damit Interessenskonflikte klarer angesprochen werden und dann hoffentlich auch zu substantiellen Lösungen führen. Die Gewerkschaftsvorstöße mahnen Wirtschaft und Politik, sich zur Fachkräftesicherung der Zukunft nicht vorrangig gut ausgebildete und für die Wirtschaft und den Staat damit „billige“ Fachkräfte aus anderen Ländern nach Deutschland zu holen.

Die Gesellschaftspolitik von links tut gut daran, diesen gewerkschaftlichen Fortschrittsfaden jetzt aufzunehmen und ihrerseits mit der Arbeitsversicherung und einem Weiterbildungsgesetz an Reformen zu arbeiten. Wir brauchen nun einmal das gemeinsame Agenda-Setting für den Erfolg. ■

Zwischen Zwergendasein und Volkspartei – die SPD bei den Landtagswahlen in den ostdeutschen Ländern 2014

von Daniela Kolbe und Diana Lehmann

Die Ergebnisse der diesjährigen Landtagswahl in den ostdeutschen Bundesländern sind – vorsichtig formuliert – durchwachsen. Zwar ist es in Brandenburg gelungen, an das Ergebnis der Wahl im Jahr 2009 anzuknüpfen, und die SPD in Sachsen konnte – wenn auch moderate – Zugewinne verzeichnen. Gleichzeitig verliert die SPD in Thüringen ein Drittel der Stimmen und stürzt auf das schlechteste Ergebnis seit der Wiedervereinigung ab. In Sachsen und Thüringen liegt sie nun gleichauf bei mageren 12,4 Prozent.

Das erschreckendste Ergebnis aller drei Wahlen sind wohl die geringe Wahlbeteiligung – nur etwa jede*r Zweite hat seine Stimme abgegeben, in Brandenburg gerade einmal 47,9 Prozent der Wahlberechtigten – sowie die hohen Zustimmungswerte für rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien. Der Alternative für Deutschland (AfD) ist es aus dem Stand gelungen, in allen drei Ländern zweistellige Wahlergebnisse einzufahren. In Sachsen verpasste die NPD den Wiedereinzug um gerade einmal 800 Stimmen. Hier gilt es – parteiübergreifend – die Demokratie zu stärken. Die Nazis müssen wir auch außerhalb des Parlaments bekämpfen. Die AfD wird auf unseren entschiedenen Widerstand treffen. Um die Menschen von der Sinnhaftigkeit des Wählens zu überzeugen, müssen wir zudem überall die demokratische Auseinandersetzung suchen, den Kampf um die besten Konzepte und nicht die Friedhofsruhe vermeintlicher Harmonie.

Betrachtet man die Wahlergebnisse in Gänze zeigt sich, dass sich die Ausgangsbedingungen in den Ländern deutlich voneinander unterscheiden. Zwar sind alle Länder wirtschaftlich stabil und zeichnen sich durch eine relativ gute Arbeitsmarktsituation aus. Die

Voraussetzungen, mit denen die SPD in Wahl gegangen sind, könnten aber unterschiedlicher kaum sein: aus der Opposition oder aus der Regierung – als stärkste Fraktion oder als Juniorpartner. In allen Ländern werden der SPD hohe Kompetenzwerte im Bereich Bildung und soziale Gerechtigkeit, in Brandenburg auch im Bereich Wirtschaft zugeschrieben. Alles wahlentscheidende Themen. Mit Dietmar Woidke ist ein neuer Ministerpräsident in kurzer Zeit zu einem unangefochtenen Amtsinhaber aufgestiegen. Der Spitzenkandidat der Sachsen-SPD Martin Dulig konnte mit einem sympathischen und bürgernahen Wahlkampf, in dem er die Menschen zu Gesprächen an seinen Küchentisch gebeten hat, für Aufsehen sorgen.

Dennoch ist es der SPD, außer in Brandenburg, nicht gelungen die Wähler*innen in großer Zahl davon zu überzeugen, sie zu wählen. Von den Brandenburger Werten können die Genossinnen und Genossen in Sachsen und Thüringen nur träumen. Während es der brandenburgischen SPD in den vergangenen 25 Jahren gelungen ist, sich auch in der Fläche zu etablieren, ist die SPD in Sachsen und Thüringen nach CDU und der LINKEN lediglich die drittstärkste Kraft. Mit jeweils 12,4 Prozent ist sie nun nur geringfügig stärker als die AfD. Warum unterscheiden sich die Ergebnisse so stark voneinander?

Allen drei Landtagswahlen gemein ist, dass die SPD jeweils ohne eindeutige Koalitionsaussage in den Wahlkampf gegangen ist. Während dies in Sachsen und Brandenburg offenbar nicht geschadet hat, lag der Fall in Thüringen offensichtlich anders. Dort spitzte sich die Wahlauseinandersetzung schnell auf die Frage zu, ob Christine Lieberknecht (CDU) oder Bodo

Ramelow (Linke) nach der Wahl die Regierung führen. Die Wähler*innen wussten nicht, welche Präferenzen es für die Regierungsbildung in der SPD gab, die Partei wurde zerrieben. Gleichzeitig zeichnete sich aber in der Bevölkerung keine klare Mehrheit für eine der beiden Optionen ab, und vor allem auch in der SPD war die Frage hoch umstritten. Die Festlegung auf eine bestimmte Regierungsbildung – mit welcher Partei auch immer – wäre für die Thüringer SPD eine große interne Herausforderung geworden. Ob die Auseinandersetzung um die Regierungsbildung im Vorfeld der Wahl tatsächlich zum Wahlerfolg beigetragen hätte ist in diesem Kontext offen.

Situative Faktoren wie Umfragekonstellationen und Koalitionsaussagen haben ohne Zweifel eine wichtige Rolle für den Wahlausgang gespielt. Die zentrale Zukunftsfrage ist aber die strukturelle. Herausforderung für die kommenden Jahre wird es sein, gut funktionierende Parteistrukturen auch in der Fläche in den ostdeutschen Ländern zu verankern. Gerade einmal 25 Jahre alt sind die Parteistrukturen im Osten und in ihren Ursprüngen stark verbunden mit der Widerstands- und Bürgerrechtsbewegung in der DDR. In den nächsten Jahren wird es auch darum gehen, diesen Teil der ostdeutschen SPD mit denjenigen zu einen, für die andere Momente der 150-jährigen Geschichte der Partei individuell stärkere Bedeutung besitzen. Auch wenn für viele Parteimitglieder der ersten Stunde die Freiheitsbewegung 1989 zentrales Motiv für ihr Engagement in der SPD ist, geht es inzwischen vielen jüngeren Mitgliedern auch um andere Fragen von Emanzipation, Gleichberechtigung und guter Arbeit, die die SPD seit 1863 prägen. Die Verbindung der traditionellen Fortschritts- und Emanzipationsgeschichte der SPD mit dem Freiheitsgeist der Bürgerrechtsbewegung ist ein hohes, einzigartiges Gut. Für diese Werte gibt es auch im Osten Mehrheiten. Dafür müssen wir aber formulieren, was unsere Idee von einer modernen und offenen Gesellschaft ist, was gesellschaftlicher Fortschritt für uns bedeutet.

Außerdem müssen wir die Frage beantworten, wie es gelingt, die SPD auch in Juniorpartnerschaften zu profilieren. Dauerhaft kann es nicht das Ziel sein, immer nur Mehrheitsbeschaffer für die stärkere Fraktion zu sein. Die SPD darf ihren Führungsanspruch auch in Ostdeutschland nicht aufgeben. Die SPD ist dem Anspruch nach die linke Volkspartei, auch im Osten. Nicht zuletzt die Wahlergebnisse auf Landesebene zeigen, dass dies offensichtlich bis zuletzt nicht gelungen ist. Dabei wird oft übersehen, dass die SPD auf kommunaler Ebene selbst in Sachsen und Thüringen Hochburgen hat. Vier der fünf größten Städte Thüringens werden von Sozialdemokraten regiert, in Sachsen stellt die SPD die Rathauschef*innen von drei der großen vier Städte. Auch bei Bundestagswahlen wurde die SPD in diesen Ländern teils schon stärkste Partei und holte reihenweise Direktmandate.

Das zeigt: die SPD ist keinesfalls zum Zwerge dasein verdammt. Es liegt an uns. Es muss uns auch im Osten gelingen, deutlich zu machen, dass wir die linke Volkspartei sind. Wir müssen noch deutlicher definieren wer unsere Zielgruppe ist und wen wir eigentlich erreichen wollen. Unsere Formate müssen wir überdenken, und neue Anspracheformen finden. Wir müssen Wege finden, Wähler*innen zu erreichen, auch wenn wir schwache Parteistrukturen haben und es uns faktisch in einigen Regionen gar nicht gibt. Und vor allem müssen wir programmatisch überzeugen. In allen drei Ländern ist die SPD nach den Landtagswahlen in Sondierungen oder Koalitionsverhandlungen eingetreten. Sollten diese erfolgreich sein, liegt es an uns, die ostdeutschen Länder in den nächsten Jahren mitzugestalten. ■

☞ Daniela Kolbe ist Vorsitzende der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsfraktion. Die Leipziger Bundestagsabgeordnete ist stellvertretende Vorsitzende des Forums DL21.

☞ Diana Lehmann (1983) ist Soziologin und ist seit Oktober 2014 Abgeordnete im Thüringer Landtag.

Debatte: Waffenlieferungen in den Irak – Ein humanitärer Einzelfall?

von Christoph Strässer

Gibt es Situationen, in denen zu Verhinderung schwerster Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Völkermord der Einsatz militärischer Mittel und/oder das Liefern von Waffen legitim ist? Oder sind derartige Maßnahmen kontraproduktiv? Diese Frage ist auch stets in der SPD stark diskutiert worden. Denn hier geht es um das Selbstverständnis der SPD als Friedenspartei. Ganz im Sinne Willy Brandts, der sagte: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“ Gerade in unserer Zeit stellt sich die Frage immer häufiger. Wie soll sich die internationale Gemeinschaft in Krisen wie in Libyen, Sudan, Afghanistan, Syrien (oder in den 1990er Jahren Ruanda und Srebrenica) verhalten? Ich war stets der Auffassung, dass man nicht pauschal entscheiden kann, ob man im Notfall mit militärischen Mitteln den Frieden und die Menschenrechte schützen soll. Ich war aber auch immer der Meinung, dass es absolute Ausnahmesituationen gibt, die einen Blauhelmeinsatz, eine „humanitäre Intervention“ oder das Liefern von Waffen rechtfertigen können – unter völkerrechtlicher Legitimation versteht sich.

Bei dem Vorstoß der menschenverachtenden Terrormiliz Islamischer Staat (IS) handelt es sich meiner Überzeugung nach um eine solche Ausnahmesituation. Die Lage im Irak und in der Region hat sich dramatisch verändert. Bedroht ist das Leben von Millionen Menschen, die Stabilität des Irak und der ganzen Region und nicht zuletzt angesichts der Vielzahl ausländischer Kämpfer auch unsere Sicherheit in Deutschland und Europa. Es ist unsere humanitäre Verantwortung und unser sicherheitspolitisches Interesse, den Leidenden zu helfen und den IS zu stoppen. Hilfreich wäre in diesem Zusammenhang zudem eine Unterstützungsinitiative des UN-Sicherheitsrates. Durch die Zustimmung der Regierung in Bagdad besteht die völker-



☞ Christoph Strässer, MdB und Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung.

Foto: www.christoph-straesser.de

rechtliche Voraussetzung für die Lieferung von Waffen, Auszubildern und anderem militärischem Material. Es handelt sich hier aber um eine nicht vergleichbare Einzelfallentscheidung, aus der kein Automatismus für zukünftig ähnlich gelagerte Fälle abzuleiten ist.

Für Deutschland hat die humanitäre Hilfe die oberste Priorität. Die Bundesregierung hat daher umgehend 50 Millionen Euro für Hilfsleistungen im Nordirak bereitgestellt. Mehr als 150 Tonnen Nahrungsmittel und Güter sowie medizinisches Material wurden bereits geliefert.

Dadurch wird zur Linderung der unmittelbaren humanitären Katastrophe und zur Stabilisierung der Lage im Nordirak beigetragen. Die Hilfen sind in einen politischen Ansatz eingebettet, durch den der Irak so stabilisiert werden soll, dass alle Bevölkerungsgruppen angemessen eingebunden werden. Durch diplomatische Bemühungen auf internationaler Ebene wird auf eine nachhaltige politische Befriedung der Region hingewirkt.

Grundsätzlich sollte gemeinsam nach Wegen gesucht werden, über den Einsatz militärischer Zwangsmittel gar nicht erst streiten zu müssen: durch Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, die Reduzierung

der Armut, den Zugang zu sauberem Wasser und Sanitäreinrichtung, zu Bildung und Gesundheit.

Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert ist deshalb menschenrechtsorientierte Entwicklungspolitik, die sich durch Nachhaltigkeit

auszeichnet. Dabei gilt es, notfalls auch kurzfristige völkerrechtskonforme Stabilisierungsmaßnahmen wie zum Beispiel die Waffenlieferungen an die Kurden aber vor allem langfristige politische Strategien zur Befriedung und Stabilisierung der Konfliktregionen zu entwickeln und umzusetzen. ■

Debatte: Waffenlieferungen in den Irak – Ein humanitärer Einzelfall?

von Ute Finckh-Krämer

Um es vorweg zu nehmen: Ich habe in der Fraktionssitzung am 1. September gegen den Antrag gestimmt, der unter dem Titel „Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge im Irak und Kampf gegen die Terrororganisation IS“ nicht nur die Humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge im Irak, sondern auch die am Tag zuvor von der Bundesregierung beschlossene Lieferung von Waffen an die kurdisch-irakische Regionalregierung begrüßt hat (Bundestagsdrucksache 18/2459). Aus meiner Sicht bleiben (zu) viele Fragen unbeantwortet:

- Wird die politische Einigung über eine neue, inklusivere Regierung im Irak durch die Waffenlieferungen beeinträchtigt?
- Werden insbesondere die Machtkämpfe zwischen der halbautonomen Kurdenregion und der Zentralregierung in Bagdad wieder verschärft?
- Sind Gegenreaktionen der Unterstützer der schiitischen Milizen/Parteien bzw. des ISIS zu erwarten, wenn ja, welche?
- Verschärft sich insbesondere die Gewalt gegen diejenigen, die sich im von ISIS beherrschten Gebiet oder sogar direkt in deren Gewalt befinden?
- Gefährden Waffenlieferungen aus Deutschland die von Deutschland bzw. von deutschen Organisationen (z.B. THW, Diakonie, Katastrophenhilfe, Caritas) geleistete humanitäre Hilfe bzw. die Helfer?
- Was bedeutet es insbesondere, wenn dieselben Soldaten in Erbil die Weitergabe der humanitären Hilfsgüter aus Bundeswehrbeständen an die Hilfsorganisationen und die Verteilung der Waffen/militärischen Ausrüstung koordinieren?
- Welche Erwartungen von Konfliktparteien in anderen Konflikten werden durch eventuelle Waffenlieferungen geweckt, inwieweit können diese Erwartungen dort konflikteskalierend wirken?



⇨ Ute Finckh-Krämer ist Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Obfrau im Unterausschuss für Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln sowie stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung.

Foto: Foto-AG Gymnasium Melle - Eigenes Werk. Wikipedia-Bundestagsprojekt 2014



Bei diesem Band handelt es sich um das leicht überarbeitete und um die Zeit nach der Bundestagswahl 2009 bis zum SPD-Mitgliederentscheid 2013 erweiterte Kapitel „Geschichte der Strömungs- und Faktionskämpfe der SPD“ der im Nomos Verlag erschienenen Publikation „Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei“.

Der Autor analysiert die Geschichte der SPD-Flügel nach 1945 und legt dar, dass sie Transmissionsriemen sozialer Milieus und gesellschaftspolitischer Lager und damit Gradmesser für den Erfolg der SPD sind. Die Hochzeit der SPD als linke Volkspartei in den 1970er Jahren mit über 40 Prozent der Wählerstimmen und über einer Million Mitgliedern war auch die Erfolgszeit der SPD-Flügel. Erst mit der Ausgrenzungspolitik unter dem SPD-Vorsitzenden und Kanzler Schröder setzte mit der Verabschiedung der Agenda 2010 die Krise der SPD ein. Sie fand bei der Bundestagswahl 2009 ihren Höhepunkt und dauert bis heute an. Die Geschichte der SPD-Flügel zeigt Auswege aus der Krise auf und weist anhand von programmatischen und personalpolitischen Aushandlungsprozessen nach, dass eine partizipatorische Politik mehrheitsfähig ist und sich nicht auf legitimatorische Mitgliederentscheide beschränken muss.

spw-verlag, 178 Seiten, € 18,00

- Welche Auswirkungen hat es auf die weit verbreitete Wahrnehmung von Deutschland als vergleichsweise ehrlichem Makler, wenn Deutschland als Waffenlieferant in eine akute Kampfsituation eingreift?

Die Waffenlieferungen werden von der Bundesregierung als Teil eines humanitären Gesamtpaketes gesehen. Die aktuelle Entwicklung zeigt aber, wie berechtigt die Fragen sind. Noch bevor die ersten Waffen in Erbil ankamen, verlagerten sich die Kämpfe weg von Erbil in das syrisch-irakisch-türkische Grenzgebiet. Ob die deutschen Waffenlieferungen etwas zum Schutz der Flüchtlinge in und um Erbil beitragen, ist daher mehr als fraglich. Die Behauptung, dass es eine sorgfältige Abstimmung zwischen den verschiedenen Staaten gibt, die Waffen an die kurdische Regionalregierung liefern, wurde bisher nicht belegt. Auch wenn die Bundesregierung durch den Ansatz der „bedarfsgerechten“ Waffenlieferungen den Versuch unternimmt, den Missbrauch zu erschweren, bleibt ohne internationale Koordinierung zu befürchten, dass die heute gelieferten Waffen in zukünftigen bewaffneten Konflikten inner- oder außerhalb der Region eingesetzt werden. Das wird nicht die Befürworter, sondern die Gegner von Waffenlieferungen stärken. Wichtig bleibt zudem die Forderung, dass mit der „großzügigen Aufnahme der Flüchtlinge aus der Region“, die im Beschluss des Bundestages vom 1.9.2014 angekündigt wird, Ernst gemacht wird und dass die Mittel für humanitäre Hilfe im Bundeshaushalt 2015 am absehbaren Bedarf ausgerichtet, also gegenüber dem eingebrachten Entwurf deutlicherhöht werden.

Es bleibt zu hoffen, dass es seitens der Bundesregierung ein einmaliger Vorgang bleiben wird, Waffenlieferungen in ein Konfliktgebiet mit dem Schutz von Flüchtlingen zu begründen. ■

Soziales Wachstum – linke Perspektiven in der Wachstumsdebatte

Einleitung zum Schwerpunkt

von Ole Erdmann, Katharina Oerder, Michael Reschke und Stefan Stache



Foto: © kantver - Fotolia.com

„Deutschland geht es wirtschaftlich gut“ – diese Aussage haben im Dezember 2012 63 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland geteilt, im Dezember 2013 ist diese Zahl auf 75 Prozent gewachsen und ist seitdem stabil auf diesem Niveau. Im September 2014 bestätigen diese Aussage 73 Prozent¹, auch wenn sich angesichts globaler Krisen die Stimmung eintrübt. Gleichzeitig hat sich das klassisch im Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessene Wachstum von 3,6 Prozent Zuwachs im Jahre 2011 auf 0,1 Prozent in 2013 verlangsamt, um in 2014 wieder leicht

anzusteigen. Stabil seit 2011 ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt, seitdem hat die Arbeitslosenquote in Deutschland die 8 Prozent nicht mehr überschritten und liegt derzeit im Herbst 2014 bei 6,5 Prozent².

Einen direkten Zusammenhang zwischen Stimmung und Wachstum kann man anhand dieser Daten kaum feststellen. Wichtiger für die Stimmung scheint die Arbeitsmarktsituation zu sein, was aus Sicht von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sehr gut nachvollziehbar ist.

¹ <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/> (Abruf 17.10.2014)

² <https://www.destatis.de> (Abruf 17.10.2014)

Dennoch, es bleiben die Zweifel, dass wir es mit einer dauerhaft stabilen wirtschaftlichen Lage zu tun haben. Dies lässt sich weniger mit Stimmungsabfragen bei Konsumenten oder Produzenten ermitteln. Auch hier nehmen die Sorgen zu. Es geht vielmehr um die Frage, wie und ob überhaupt die Große Krise 2008/2009 überwunden werden konnte. Mit Blick auf den für die deutsche Wirtschaft nach wie vor wichtigsten Markt, den Europäischen Binnenmarkt, ist bekannt, dass jahrelanges Abwürgen der Volkswirtschaften trotz billigen Geldes von der Europäischen Zentralbank (EZB) eben nicht zu einer Bewältigung der Krise geführt hat. Aber auch die Berichte über die wieder in Fahrt kommende Spekulation auf den Aktien- und Derivatemärkten machen mehr als deutlich, dass es eben nicht gelungen ist, die tiefe Krise nachhaltig zu überwinden. Erste Erfolge sozialdemokratischer Politik in Deutschland, wie der Einführung des Mindestlohns und die Verbesserungen des Rentenzuganges, stehen einer europaweit durchgesetzten und insbesondere durch die CDU verteidigten Austeritätspolitik gegenüber, die den Süden Europas in Agonie verharren lässt und die großen Volkswirtschaften Italien und Frankreich in die Rezession drückt. Ein grundsätzlicher Richtungswechsel der Wirtschafts- und Fiskalpolitik in Europa hat nicht stattgefunden.

Versucht man, sich von der aktuellen konjunkturellen Lage in Europa aber auch in den USA, China oder anderen Teilen der Welt zu lösen und zu hinterfragen, welche Lehren aus der Großen Krise 2008/2009 gezogen wurden, lässt sich zweierlei feststellen. Einerseits hat sich die etablierte Politik der Regierungen der wichtigsten Volkswirtschaften nach einer kurzfristigen Wiederbelebung längst vergessen geglaubter keynesianischer Antikrisenpolitik zu einer nachhaltig verfestigten neoliberalen Umverteilungspolitik zurück bewegt. Andererseits hat die Krise eine

wachsende Verunsicherung in der Fachwelt der Wirtschaftswissenschaftler/innen, Journalist/innen und auch immer breiteren Teilen der Bevölkerung ausgelöst³. Können wir so weitermachen wie bisher?

In der spw 177 „Wachstum neu denken“ haben wir uns bereits 2010 mit der Diskussion um Lehren aus der Krise und den Folgen für das zentrale Paradigma kapitalistischer Wirtschaft – dem Wachstum – auseinandergesetzt. In einer veränderten Situation mit einer neuen deutschen Bundesregierung seit 2013 und einer neuen EU-Kommission seit Herbst 2014, die beide durch eine große Koalition gestützt werden, scheint – auch angesichts der Krisen im Nahen Osten und der Ukraine – relative Ruhe in die Auseinandersetzung um den richtigen Weg zu nachhaltigem Wohlstand gekommen zu sein. Diese Auseinandersetzung erschien 2010 noch lebendiger und offener im Ausgang zu sein. Immerhin wurden staatliche Konjunkturprogramme durch die G20 empfohlen, das Misstrauen in den Finanzsektor war mit Händen zu greifen und die Vorschläge unserer damaligen Autoren etwa über sozial-ökologische Investitionsprogramme, mehr Umverteilung von oben nach unten und einen neuen Maßstab (Indikator) für die Messung von Wohlstand erfreuten sich großer Aufmerksamkeit. Aber nach vier Jahren muss man ernüchert feststellen, dass die wohl wichtigsten Gründe für die Krise, nämlich die weiter gestiegene Ungleichheit der Einkommen und Vermögen innerhalb der entwickelten Volkswirtschaften, und die massiven Handelsungleichgewichte zwischen den Weltregionen, weiterhin gegeben sind, auch wenn sich letztere teilweise etwas abgeschwächt haben. Die nächste Krise kommt bestimmt, die Schuldigen haben die Zeche nicht gezahlt.

3 The European: Interview mit Gustav Horn vom 01.10.2014.

Aus diesem Anlass wollen wir uns in dem Schwerpunkt dieser Ausgabe erneut mit der Frage beschäftigen, wie eine veränderte Wirtschaftspolitik aussehen kann, die mit den trotz der Krise erstaunlich wirkmächtigen Grundsätzen von Austerität und materiellem Wachstumszwang bricht und neue Wege aufzeigt.

Einer weit verbreiteten Auffassung in der sogenannten „Postwachstumsdebatte“, dass Wachstum aufgrund der ökologischen Grenzen eben nicht mehr gehe, steht die bereits im o.g. Heft von Till van Treeck und Simon Sturn vertretene These gegenüber, dass ein moderates Wachstum des BIP erst die Handlungsspielräume bei der Verteilung aber auch der (öffentlichen) Investitionspolitik ermögliche, die einen langfristigen Pfadwechsel hinzu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise möglich mache.

Wir haben in diesem Heft versucht, einige neue Perspektiven auf die Frage zu eröffnen, ob und wenn ja, welches Wachstum benötigt wird, um nachhaltig Wohlstand zu erzeugen.

Michael Dauderstädt legt in seinem Beitrag dar, was soziales Wachstum für eine immer weiter auseinanderklaffende Gesellschaft bedeutet. Er macht deutlich, dass Arbeitseinsatz und Investitionen in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen zwingend notwendig sind, um die Reproduktion der Wirtschafts- und letztlich der Lebensgrundlagen auf Dauer zu sichern. Ein auf die Absenkung des materiellen Ressourcenverbrauchs fokussierter Ansatz verliert diese Zusammenhänge oftmals aus dem Blick.

Daran anschließend verdeutlicht *Cäcilie Schildberg* in einem Interview, wie wichtig die Dimension der Pflege-, Erziehungs- und Bildungswirtschaft – englisch kurz „care“ zusammengefasst – für eine nachhaltige Wirtschaft ist, und wie sehr diese Dimension wie-

derum die Frage der Geschlechterverhältnisse in den Mittelpunkt rückt. Vor diesem Hintergrund ist das Motto der rot-grünen NRW-Landesregierung „kein Kind zurücklassen“ in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Ähnlich wie bei den jüngst beschlossenen lohn- und rentenpolitischen Maßnahmen auf Bundesebene lassen hier erfolgreiche sozialdemokratische Politikansätze erkennen, die zu einer progressiven Wirtschafts(!)politik beitragen. Leider fehlt es nach wie vor auf allen politischen Ebenen an einer kohärenten Erzählung und der dazu passenden Strategie, die einem breiten Publikum deutlich macht, dass diese Politiken zentrale Bausteine eines fortschrittlichen Wirtschaftsmodells sind. Vielmehr werden sie auch angesichts der mächtigen Schuldenmantras immer noch als zusätzliche Wohltaten angesehen, die wir uns zwar angesichts der aktuellen Konjunktur vorübergehend leisten können, die aber eigentlich unseren Wohlstand langfristig schmälern würden⁴.

Ulrich Brand arbeitet in seinem Artikel grundsätzlich heraus, wie das Wachstumsparadigma auch in die aktuellen Herrschafts- und Machtverhältnisse eingewoben ist. Dass sich linke Kräfte mit ihrer Kritik oftmals auf die daraus abgeleitete Politik konzentrieren, aber die Machtverhältnisse außer Acht lassen, erklärt denn auch, warum fortschrittliche Politik immer wieder in die Defensive gerät.

Mit dem Beitrag von *Holger Rogall* und *Katharina Gapp* zu den Zusammenhängen von Wachstum und Globalisierung beleuchten wir, welcher Ansatz für ein die ökologischen Grenzen wahrendes Wachstum verfolgt werden sollte und welche Möglichkeiten eine Strategie des selektiven Wachstums bietet.

Steffen Lange diskutiert in seinem Artikel die Rolle von Unternehmen in einer Post-

4 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage: Jahresgutachten 2013/14, Vorwort S. I

wachstumswirtschaft, aufbauend auf seiner Übersicht von Ansätzen der Wachstumskritik.

Wir finden in diesem Schwerpunkt in allen Beiträgen grundlegende Überlegungen zur Rolle von Wachstum. Die Autorinnen und Autoren kommen zu unterschiedlichen Einschätzungen und beziehen sich auf teilweise unterschiedliche Diskurse. Uns ist es wichtig, diese unterschiedlichen Diskurse hier abzubilden, damit sich unsere Leser/innen in der Debatte besser orientieren können.

Ziel sozialdemokratischer Politik sollte es sein, neben den tagtäglichen Auseinandersetzungen in einzelnen Politikfeldern, in denen wir unsere Programmatik in politische Maßnahmen versuchen umzusetzen, in der Debatte eine mittelfristige Strategie aus einer langfristigen Zielsetzung zu entwickeln. Bereits heute hat der wachstumskritische Diskurs im Gewand einer konservativen Verzichts und Maßhalten-Debatte auch bürgerliche Kreise erreicht, die mit den Zielen von sozialdemokratischer Politik wenig bis gar nichts zu tun haben⁵. Hier braut sich eine öko-konservative gesellschaftliche Allianz zusammen, die Wachstumskritik dazu nutzt, Umweltschutz durch lukrative technische Innovationsprofite für Wenige und Verzicht für Viele sowie im Zweifel durch eine Re-Nationalisierung von Politik- und Lebenszusammenhängen die Stabilisierung von den vorherrschenden Macht- und Verteilungsverhältnissen zu erreichen. Es zeigt sich aber auch, dass ausgehend von der mittlerweile mehrheitsfähigen Erkenntnis der ökologischen Grenzen des Wachstums⁶ eine grundsätzliche Debatte über die Gesetzmäßigkeiten unseres Wirtschaftssystems auch in der veröffentlichten bürgerlichen Meinung nicht verstummt ist⁷.

5 Denkwerk Demokratie, Werkbericht Nr. 1, August 2012, S. 93-95

6 vgl. Timmo Krüger, „Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung“ in Leviathan Heft Nr. 3, (Nr. 41) 2013; S. 422-456

7 vgl. Alexandra Enderes: „Es ist das Wachstum, Dummkopf“ in die Zeit am 24.09.2014. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-09/klimagipfel-ban-ki-moon-wachstum>

Das eröffnet Chancen für eine progressive Wende des wirtschaftspolitischen Diskurses in Deutschland und Europa.

Dafür müssen aus der Debatte über das Für und Wider von Wachstum Ansätze für eine Politik des sozialen Wachstums und Perspektiven für arbeitende Menschen in Deutschland, Europa und in den Entwicklungsländern gewonnen werden. Ausbeutung von Mensch und Natur müssen dabei gleichermaßen betrachtet werden. Sowohl im nationalstaatlichen und europäischen Rahmen wie auch in internationalen Beziehungen muss die wirtschaftliche Praxis so reguliert werden, dass ein neuer Konsens für ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften entsteht. ■

☞ Ole Erdmann ist Volkswirt und Mitglied in der spw-Redaktion. Er arbeitet in der regionalen Wirtschaftsförderung und lebt in Köln.

☞ Katharina Oerder ist stellvertretende Vorsitzende der Jusos und Mitglied der spw-Redaktion.

☞ Michael Reschke ist Politikwissenschaftler, Mitglied der spw-Redaktion und lebt und arbeitet in Potsdam.

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

Neues Wachstum für Europa

von Michael Dauderstädt

Europa stagniert; allerdings nicht ganz Europa. Vor allem in Mittel- und Osteuropa ist teilweise noch Wachstum zu beobachten. Aber in den GIPS-Schuldenländern (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien) und wichtigen Zentralökonomien wie Frankreich, Italien, Niederlande und selbst dem viel gepriesenen Deutschland lagen die Wachstumsraten 2012 und 2013 zwischen -7 Prozent und +1 Prozent. In der Folge ist es schwer, die Staatsschulden zu verringern und die Arbeitslosigkeit bleibt hoch. Wie Wachstum bewirkt werden könnte, darüber herrscht zwischen eher linken Kräften (wie den französischen Sozialisten) und eher rechten (wie den deutschen Christdemokraten) keine Einigkeit. Die einen wollen die Nachfrage stimulieren, die anderen fordern Sparmaßnahmen und schmerzhaftere Reformen. Gemeinsam ist jedoch beiden, dass sie Wachstum als Lösung sehen.

Dagegen wenden sich Gruppen, die Wachstum grundsätzlich skeptisch betrachten und deren Spektrum ebenfalls von Konservativen (wie Meinhard Miegel) über Linke (Karl-Georg Zinn) bis zu Alternativen (wie Niko Paech) reicht. Sie befürchten den Ruin des Planeten durch Klimawandel, Ausrottung von Arten, Ressourcenerschöpfung und Umweltverschmutzung. Damit paart sich eine Ablehnung eines expandierenden Konsums mit einer immer rascheren Umschlagsgeschwindigkeit der technischen Ausstattung und Moden, dessen Fähigkeit, die Menschen glücklich zu machen, fraglich ist und der weniger Bedürfnisse befriedigt als der sozialen Distinktion dient.

Was soll, was kann wachsen?

Bezeichnenderweise fordern die wenigsten Wachstumsskeptiker einen Wachstumsstopp für Einkommen (angefangen bei sich selbst). Aber wenn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nicht mehr wachsen soll, darf es auch das Volksein-

kommen (das sich nur durch Auslandseinkommen, Abschreibungen und Gütersteuern vom BIP unterscheidet) nicht mehr. Nun kann man – zumal aus sozialdemokratischer Perspektive – sicher gegen das Wachstum ohnehin schon hoher Einkommen sein. Bekanntlich sind diese in den letzten Jahrzehnten viel schneller gewachsen als die niedrigen Einkommen. Aber wie sieht es mit den Armen in Europa aus? Sollen sie arm bleiben? In einem Null- oder Minuswachstumskontext (Degrowth) wäre das dann nur durch Umverteilung von reich zu arm zu bewerkstelligen.

Insbesondere in Europa stellt sich die Frage auch regional: Sollte den ärmeren Mitgliedstaaten nicht ein höheres Wachstum vergönnt sein als den reicheren? Tatsächlich sind seit etwa 2000 – vor allem bis zur Krise 2009 – die Volkswirtschaften der neuen Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas sowie in der Peripherie (GIPS) stärker gewachsen als der (reichere) Rest. Nach der Krise konnten die meisten osteuropäischen Länder wieder auf den Pfad aufholenden Wachstums zurückkehren, aber die Opfer der Austeritätspolitik (GIPS) fallen weiter zurück.

Ungeachtet der regionalen Verteilung ist zunächst auch offen, welche Einkommen und – damit eng verbunden – welche Tätigkeiten und welcher Output zunehmen sollen. Auch hier gibt es ideologisch geprägte Kontroversen. Für die konservativ-liberale Seite soll der private Sektor wachsen (oder jedenfalls auf keinen Fall der Staat) und am besten der Export und die Investitionen. Das hat auch den Vorteil, dass dann die Gewinne und Kapitaleinkommen schneller wachsen können als die Löhne, denn auf die (inländische) Konsumnachfrage ist man in diesem Wachstumsmodell kaum angewiesen. Aus sozialdemokratischer Sicht ist der Zweck des Wirtschaftens die Deckung

der Bedürfnisse der Bevölkerung. Damit steht der (inländische) Konsum im Vordergrund. Inwieweit dabei der öffentliche oder der private Konsum wachsen sollen, hängt davon ab, wo die Bedürfnisse liegen, ob eher ein ungedeckter Bedarf an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen wie Bildung oder Gesundheit oder an privaten besteht. Dabei spricht unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit einiges für eine langfristige Expansion des öffentlichen Sektors, da die private Bedürfnisbefriedigung über den Markt für die ärmeren Bevölkerungsschichten oft am Mangel an Einkommen und Kaufkraft leidet.

Eine weitere Kontroverse betrifft die Verteilung des Wachstums auf Industrie und Dienstleistungen. In Deutschland herrscht derzeit die Erzählung vor, dass das Land in der Vergangenheit vor allem aus angelsächsischen Kreisen zu Unrecht wegen seiner angeblichen Industrielastigkeit kritisiert worden sei, während die Krise und die Erholung danach die Vorteile deutscher industrieller Stärke gezeigt hätten. Entsprechend empfiehlt man den europäischen Partnern eine Re-Industrialisierung. Auch die angelsächsischen Regierungen von Obama und Cameron sehen in ihren Volkswirtschaften entsprechende Defizite. Tatsächlich wächst die US-Wirtschaft schneller als die deutsche und auch die deutsche Industrie verliert kontinuierlich Arbeitsplätze, weshalb die niedrige deutsche Arbeitslosigkeit sich vor allem dem Beschäftigungswachstum im Dienstleistungssektor verdankt. Aber im Kontext eines stark auf Exporte gestützten Wachstums liegt ein Fokus auf die Industrie nahe, da sie eher handelbare Güter anbietet als der Dienstleistungssektor. Daher wird Ländern mit hohen Außenhandelsdefiziten eine Reindustrialisierung empfohlen, damit sie mehr exportieren oder Importe substituieren können.

Drei Sorgen: Arbeit, Umwelt, Verteilung

Wachstum hängt in ambivalenter und komplexer Weise mit drei zentralen Anliegen der

Menschen zusammen, die Beschäftigung, eine nachhaltige Ökologie und eine sozial ausgeglichene Verteilung wünschen.

Arbeit und Wachstum sind über die Produktivität miteinander verbunden. Je mehr und je produktiver gearbeitet wird, desto höher ist der Output. Wachstum erfordert entweder mehr Arbeitsinput oder eine steigende Produktivität. Umgekehrt erfordert höhere Beschäftigung Wachstum oder sinkende Produktivität. Das deutsche Beschäftigungswunder bei geringem Wachstum verdankt sich zwei Entwicklungen, einem Rückgang der Arbeitszeit pro Beschäftigten und einem schwachen Produktivitätswachstum. Die Arbeitszeitverkürzung erfolgte aber nicht im Zuge einer – von Gewerkschaften immer wieder geforderten – Reduzierung der Wochenarbeitszeit, sondern durch eine Zunahme der Teilzeitarbeit auf Kosten der Vollzeitarbeitsplätze. Das geringe Produktivitätswachstum äußerte sich auch in einem geringen Lohnwachstum. Wachsende Gruppen mit wenig produktiven Teilzeitjobs sind die Basis für zunehmende Ungleichheit und Armut.

Die **Umwelt** leidet – wie eingangs schon erwähnt – unter dem Wachstum, wenn es traditionellen Mustern mit hohem Ressourcenverbrauch und starken Emissionen (vor allem auch von CO₂) folgt. Aber ein Wechsel von diesem Wachstumspfad auf einen umweltschonenden Pfad „grünen Wachstums“ würde auch Wachstum bedeuten, etwa in Bereichen alternativer Energieproduktion. Dieses spezifische Wachstum könnte aber durch Schrumpfen anderer Bereiche kompensiert werden. Vertreter des grünen Wachstums können sich positive Beschäftigungseffekte erhoffen, wenn die grüne Produktion arbeitsintensiver wäre als die verdrängte traditionelle Produktion, eventuell allerdings um den Preis niedrigerer Produktivität.

Die **Verteilung** der Einkommen (und damit real des Outputs) hängt ebenfalls vom Wachstum ab. Piketty (2014) hat gezeigt, dass

langfristig die Kapitalrendite relativ stabil bei 4 Prozent und damit über der Wachstumsrate des BIP liegt. Gleichzeitig wächst der Kapitalstock bzw. der Vermögensbestand relativ zum BIP (Piketty's β). Damit sinkt zwangsläufig die Lohnquote. Will man diese fatalen Verteilungsfolgen vermeiden, müsste entweder das Wachstum höher als die Kapitalrendite sein oder die Kapitaleinkommen und Vermögen stärker besteuert werden. Ungeachtet politischer Gegenmaßnahmen dürfte dieses Wachstumsmodell aber kaum stabil sein, da fraglich ist, ob kontinuierlich so viel investiert wird, wenn die Nachfrage wegen der sinkenden Lohnquote eher schwach bleibt.

Das Dilemma besteht darin, dass geringes Wachstum tendenziell Beschäftigung und Einkommensverteilung beeinträchtigt, starkes Wachstum dagegen die Umwelt, soweit es nicht einem neuen, grünen Muster folgt. Gibt es einen Ausweg aus diesem Dilemma? Das in der FES entwickelte Leitbild des „sozialen Wachstums“ bietet eine Alternative.

Soziales Wachstum – Leitbild progressiver Wirtschaftspolitik

Das soziale Wachstum (FES 2011) stützt sich angebotsseitig auf eine Expansion von Branchen, die den einheimischen Bedarf befriedigen, vor allem der sozialen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit oder Pflege, aber auch alternativer Energie- und Transportsysteme. Nachfrageseitig beruht das Modell auf Lohnwachstum durch mehr Beschäftigung und gute Arbeit und auf einer effizienteren Umverteilung (Besteuerung der Vermögen, Erbschaften und hohen Einkommen). Konservative befürchten, der darin angelegte Strukturwandel könnte gesamtwirtschaftlich die Zunahme der Arbeitsproduktivität bremsen, wenn Branchen mit stark steigender Arbeitsproduktivität (Industrie) an Gewicht verlieren und Branchen mit schwach steigender Arbeitsproduktivität (eventuell soziale Dienstleistungen) an Gewicht gewinnen.

Aber der (relativ langsamere) Anstieg der Arbeitsproduktivität im Bereich der sozialen Dienstleistungen kann beschleunigt und das Abflachen des Wachstums der Arbeitsproduktivität in der Gesamtwirtschaft gebremst werden: Erstens kann bei der Produktion der sozialen Dienstleistungen qualitativ höherwertige Arbeit eingesetzt werden. Damit verbessert sich die Qualität des Produktionsergebnisses, und die verbesserte Qualität wird als Bestandteil des realen Wachstums verbucht. Eine verbesserte Qualität der eingesetzten Arbeit ist wachstumswirksam, wenn sie zu höheren Einnahmen der Dienstleister und mittelbar zu höheren Löhnen führt. Das führt bei den Haushalten, die durch die zusätzliche Beschäftigung begünstigt werden, zu (noch) höheren Einnahmen. Zweitens werden sich die Wertproduktivität und die (Real-)Löhne im Dienstleistungssektor erhöhen, wenn die Nachfrage nach Dienstleistungen steigt und die Preise im Industriesektor dank der dort steigenden Produktivität relativ sinken (Dauderstädt 2012).

Eine Expansion der sozialen Dienstleistungen kann auch aus Gründen wachstumswirksam sein, die jenseits der kreislaufmäßigen Zusammenhänge liegen. Dazu zählt etwa die Transformation von Hausarbeit (z.B. Pflege oder Kinderbetreuung) in Erwerbsarbeit, die mit dem Fachbegriff „Marketization“ bezeichnet wird (Schettkat 2010). So entstehen neue Einkommensströme, die auch im Bruttoinlandsprodukt (BIP) erfasst werden und es vergrößern. Aber auch vom Output sozialer Dienstleistungen können positive Wachstumswirkungen ausgehen. Eine verbesserte Erziehung und Bildung, die durch den erhöhten Einsatz von professioneller Arbeit bei deren „Produktion“ zustande kommt, verbessert den gesellschaftlichen Kapitalstock qualitativ und trägt zu einer höheren Beschäftigungsfähigkeit der (künftigen) Arbeitskräfte bei. Quantitative Modellierungen dieses Wachstumsmodells durch Prognos (Gramke u.a. 2012) und RWI (Augurzyk u.a. 2012) im Auftrag der FES belegen, dass sich diese Expansion

im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf selbst finanziert und zu einem – allerdings strukturell anders aufgebauten – Wachstum führt.

Dieses soziale Wachstum schafft Beschäftigung, verbessert die Verteilung und belastet die Umwelt deutlich weniger als eine vergleichbare Expansion industrieller Fertigwarenproduktion, die außerdem viel stärker exportorientiert wäre.

Soziales Wachstum für Europa?

Für Deutschland ist das Modell des sozialen Wachstums tragfähig und angesagt, da das exportlastige deutsche Wachstumsmodell Binnenwachstum verschenkt, indem es Ersparnisse ins Ausland verschiebt, wo sie an Wert verlieren, und die europäischen und globalen Ungleichgewichte erhöhen. Stattdessen würde eine Expansion der Binnennachfrage Wohlstand im eigenen Land schaffen und dazu beitragen, die Ungleichgewichte abzubauen.

Problematischer ist jedoch die Übertragung dieses Modells auf defizitäre Länder, die eigentlich ihre Exportfähigkeit verbessern müssten. Die Länder Südeuropas haben bis zur Krise Wachstumsmodelle verfolgt, die hauptsächlich auf einer Expansion der Binnennachfrage und der Branchen, die nicht-handelbare Güter produzieren (z.B. Bausektor), beruhen. Preise und Löhne stiegen schneller als bei ihren Handelspartnern und untergruben so die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Aber der Kollaps dieses Modells war primär dem externen Schock von Finanzkrise und globaler Rezession geschuldet und der falschen europäischen Reaktion auf die Staatsschuldenpanik.

Die Spuren dieser fatalen Vollbremsung haben sich tief, zu tief in die betroffenen Volkswirtschaften und ihre Gesellschaften eingegraben. Das Überschießen der Löhne ist inzwischen korrigiert. Das künftige Wachstum sollte aber nicht nur exportorientiert sein.

Letztlich ist Europa als Ganzes zu groß, um mit Exportüberschüssen sein Wachstum anzukurbeln. Auch wenn der Bedarf für Branchen wie den Bausektor erst mal gedeckt ist, bleiben viele Bedürfnisse der Menschen in Europa und gerade in den Krisenländern unbefriedigt. Hier geht es wie im Konzept des sozialen Wachstums darum, Kreisläufe wieder in Gang zu setzen, die Arbeit schaffen, deren Output diese Bedürfnisse deckt und deren Einkommen die dazu nötige Kaufkraft bereitstellt. Die Konservativen, die darauf bestehen, dass die Rettung nur im Export liege, müssen sich der Frage stellen, wie die Weltwirtschaft denn ohne Exporte wachsen kann. Europa ist zwar kleiner als die Welt, aber nicht zu klein für ein binnenmarktorientiertes Wachstum und zu groß, um den Rest der Welt mit Exportüberschüssen deutlichen Ausmaßes zu überfluten. ■

Literatur

- Augurzky (2012) Soziale Gesundheitswirtschaft – Impulse für mehr Wohlstand, Bonn (FES) (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/o8872.pdf>)
- Gramke, Kai, Reinhard Schüssler und Markus Matuschke (2012) Soziales Wachstum durch produktive Kreisläufe, Bonn (FES) (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/o8886.pdf>)
- Dauderstädt, Michael (2012) Produktivität im Dienstleistungssektor: Eine Grenze des Wachstums? In: Wirtschaftsdienst 1/2012
- FES (2011) Soziales Wachstum. Leitbild einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik, Bonn (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/o8628.pdf>)
- Piketty, T. (2014) Capital in the Twenty-First Century, Cambridge: Harvard University Press, translated by Arthur Goldhammer (Original: Le capital au XXIe siècle, Paris: Edition du Seuil, 2013)
- Schettkat Ronald (2010) "Dienstleistungen zwischen Kostenkrankheit und Marketization" Bonn (FES) (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/o7406.pdf>).

↳ Dr. Michael Dauderstädt war bis 2013 Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung und arbeitet heute als freiberuflicher Berater.

Care-Economy: Die unsichtbare Seite der Ökonomie sichtbar machen

Interview mit Cécilie Schildberg



Foto: © Benjamin Haas - Fotolia.com

spw: Wie bewertest Du die Frage der Reproduktion für die Entwicklung unseres Wohlstandes?

» **C. Sch.:** Reproduktion ist für Wohlstand eine ganz zentrale Grundlage. Denn ohne Reproduktion kann Wohlstand gar nicht entstehen. Feministinnen verwenden an Stelle von Wohlstand auch oft den Begriff des „guten Lebens“, um ein umfassenderes Konzept zu transportieren.

Um zu verstehen, welche Bedeutung Reproduktion für unseren Wohlstand hat, muss man sich nur einmal verdeutlichen, wie das ökonomische System funktioniert. Ohne Reproduktion, also das Großziehen von Kindern und die Sorge und Pflege von kranken Menschen, würde der Arbeitsmarkt schnell zusammenbrechen, da er kein Reservoir an Arbeitskräften mehr hätte.

Im jetzigen System wird die Reproduktion aus dem System ausgegrenzt, obwohl sie

maßgeblich den Fortbestand der Ökonomie sichert. Adelheid Biesecker hat es auf den Punkt gebracht. Sie sagte: Bei Trennung zwischen reproduktiver und produktiver Arbeit handelt es sich um eine voll und ganz künstliche Trennung.

spw: Kannst Du dafür ein Beispiel nennen?

» **C. Sch.:** Wenn ich meiner Tochter ein Mittagessen koche und sie somit versorge, wird das als reproduktive Arbeit angesehen. Wenn ich aber als Köchin in einem Restaurant ein Mittagessen für die Gäste zubereite, wird das als produktive Arbeit betrachtet.

spw: Welche Antworten gibt der Ansatz der care-Economy?

» **C. Sch.:** Der Ansatz der Care-Economy setzt auf die Aufhebung dieser Trennung und der Ausgrenzung der Sorgetätigkeiten. Die unsichtbare Seite der Ökonomie soll sichtbar gemacht werden.

spw: Wie entwickelt sich die Debatte um eine care-economy? Siehst Du Fortschritte? Wo sind Blockaden?

» **C. Sch.:** Die Debatte um care-Economy hat seit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise einen Aufschwung erfahren und findet auch in nicht-akademischen Kreisen stärkere Beachtung als zuvor.

Die gestiegene Bedeutung des Themas spiegelt sich auch in den Verhandlungen über die Sustainable Development Goals der UNwider, bei denen care-Economy erstmals eine Rolle gespielt hat und erwähnt wurde. Das zeigt, dass es ein stärkeres Bewusstsein für care-economy gibt als noch im Jahre 2000. Das hängt auch damit zusammen, dass wir unser ökonomisches System seit der Krise stärker in Frage gestellt haben. Wenn man darüber nachdenkt, wie man das System verändern könnte, kommt man automatisch auch zu den Fragen der Verteilung von Sorgearbeit. Allerdings hängen viele Regierungen, vor allem religiöse Regierungen, nach wie vor einem konservativen Geschlechterbild an. Ökonomische Anerkennung und Umverteilung der care-Arbeit wird von ihnen als Angriff auf ihr eigenes Weltbild verstanden.

Eine neue Entwicklung ist die Verbindung von care-Economy und Nachhaltigkeit, eingebunden in Diskurs um eine sozial-ökologische Gestaltung von Transformationsprozessen. So gibt es zunehmend Forscher_innen, die sich mit diesem Thema befassen. Das ist ein neuer Trend in der care-Economy – und meiner Meinung nach auch ein zukunftsweisender.

spw: Welches Verhältnis siehst Du zwischen dem Diskurs einer ökologischen und einer sozialen Nachhaltigkeit? Siehst Du Widersprüche?

» **C. Sch.:** Soziale und ökologische Nachhaltigkeit gehören zusammen und sind nicht voneinander trennbar. Nachhaltigkeit ist als Vorstellung von Gerechtigkeit ja ein normatives Konzept und beinhaltet die Integra-

tion der drei Dimensionen sozial, ökologisch und ökonomisch.

Nachhaltigkeit beinhaltet außerdem sowohl inter- als auch intragenerationale Aspekte: So wird ein Blick in die Zukunft geworfen und gefragt, welche Folgen heutige Handlungen für die Zukunft haben werden. Das bedeutet, wenn die Folgen einer Handlung nicht abschätzbar sind, dürfte sie aus einer Nachhaltigkeitsperspektive auch nicht vollzogen werden.

Meiner Meinung nach müssen diese drei Dimensionen von Nachhaltigkeit immer zusammen gedacht werden. In der Debatte werden sie aber oft getrennt voneinander behandelt. So wird etwa oft argumentiert, man müsse sich erst um die ökologische Nachhaltigkeit kümmern, bevor man eine soziale Nachhaltigkeit erreichen könne. Das sehe ich nicht so. Klar ist aber auch, dass es in der praktischen Umsetzung natürlich zu Spannungen zwischen sozialen und ökologischen Aspekten kommen kann. Dies war bzw. ist ja beispielsweise immer wieder Thema bei der Schließung von Kohlebergwerken gewesen. Ich denke aber, dass man die sozialen und ökologischen Aspekte nicht gegeneinander ausspielen darf, sondern sozial-gerechte Lösungen für die Folgen von Veränderungsprozessen gefunden werden müssen.

spw: Gibt es auch Chancen durch eine Verknüpfung von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit

» **C. Sch.:** Ich finde, dass soziale und ökologische Nachhaltigkeit nicht voneinander getrennt werden sollten.

Hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse möchte ich auf das neue Buch von Joan Tronto „Caringdemocracy – Markets, Equality, and Justice“ verweisen. Dort wird sehr gut nachgezeichnet, wie care-Arbeit über die Jahrhunderte geschlechterspezifisch geprägt wurde – das heißt, durch Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit. Das ist natürlich auch mit

der strukturellen Verankerung von Machtfragen verbunden. Durch diesen historischen Blick wird deutlich, dass die gesamte Ökonomie, wie wir sie heute kennen, auf diese konstruierten Geschlechterverhältnisse ausgerichtet ist.

Damit wird Geschlechtergerechtigkeit zu einer wichtigen Stellschraube für Transformation. Wir müssen einen Perspektivwechsel einnehmen. Aus nachhaltig-feministischer Perspektive muss man die beiden bis dato ausgegrenzten Bereiche – Natur wie auch Care – integrieren. Das beinhaltet nicht nur ein neues Menschenbild, sondern auch ein neues Mensch-Natur-Verhältnis.

Die Sorge für und um etwas bezieht sich damit nicht mehr nur auf Menschen, sondern ebenso auf die Natur. Im Prinzip geht es um einen erweiterten, umfassenden Sorgebegriff.

spw: Was für ein Wachstumsbegriff steht dahinter?

» **C.Sch.:** Es handelt sich um einen wachstumskritischen Ansatz, insbesondere der Wachstumszwang wird abgelehnt. Es geht vielmehr um einen Entwicklungsprozess. Die Frage ist hier vielmehr was „wachsen“ soll, denn nicht jede Form von Wachstum ist schlecht. Ein Wachstum von qualitativ hochwertiger Pflege oder Kinderbetreuung wäre beispielsweise zu begrüßen.

spw: Wie versuchst Du den care-Ansatz im politischen Diskurs stärker zu verankern?

» **C. Sch.:** In vielen Industriestaaten und auch in Deutschland gewinnt die Frage um care durch die Alterungsprozesse automatisch an Bedeutung. Wir haben bislang noch keine guten Lösungen für die zunehmende Nachfrage wachsender Pflegebedürfnisse gefunden.

Die bestehenden global care chains, bei denen vor allem weibliche Pflegekräfte aus anderen Ländern nach Deutschland geholt

werden, sind mit vielen Problemen verbunden. Denn dadurch entstehen zum einen in den Herkunftsländern wiederum Pflegelücken – sowohl bei der Pflege von Alten als auch bei der Kindererziehung. Darüber hinaus sind es oftmals nicht die Geringqualifizierten, die in die Industrieländer kommen und care-Aufgaben übernehmen.

Ich nenne hier nur das Stichwort Brain drain. Fachkräfte werden aus den betreffenden Staaten abgezogen und zum Teil überqualifizierte Menschen führen die Pflegetätigkeiten in Aufnahmeländern aus.

Wir müssen uns bewusst machen, dass care eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und dass jeder Mensch im Laufe seines Lebens umsorgt werden muss.

Das bietet den Ausgangspunkt für die Debatte, da care ein universelles menschliches Anliegen ist. Das Bewusstsein hierfür muss weiter geschärft werden.

Wir haben hier noch einiges zu tun. Die Debatten um care werden aber mit der zunehmenden Arbeitsmarktintegration von Frauen automatisch auch stärker auf die Tagesordnung kommen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentraler Aspekt des Themas.

Die Pflegefrage wird uns also sowieso beschäftigen. Das gibt Anlass zur Hoffnung, dass es zu einem Umdenken kommt und nicht nur nach kurzfristigen Lösungen gesucht wird.

Auf internationaler Ebene muss das Thema auf der Agenda gehalten werden. Hier leistet die **Womens Major Group** (ein Netzwerk von über 450 internationalen NGOs vor allem aus globalem Süden) eine vorbildliche Arbeit. ■

☞ Dr. Cäcilie Schildberg ist Referentin im Referat Globale Politik und Entwicklung der Friedrich-Ebert Stiftung. Sie koordiniert das Projekt Geschlechtergerechte Gestaltung der Globalisierung.

☞ Das Gespräch führte Myriam Riedel.

Wohlstand – wie anders?

Wachstumskritik als Teil der Debatte um sozial-ökologische Transformation¹

von Ulrich Brand

Foto: © stockWERK - Fotolia.com



1. Der machtpolitische Kontext der aktuellen Krise in Europa

Politik begründet sich – vor allem in Krisenzeiten – unter anderem damit, den Menschen in einer Gesellschaft lebbarere Verhältnisse und ihren Wohlstand zu sichern, sie gegen Gefahren und plötzliche Krisen abzusichern, ein gewisses Maß an Gerechtigkeit zu sichern. Doch wie dies geschehen soll, das ist in den letzten Jahren durchaus umstritten.

Die herrschende Politik, gerade in Deutschland und Österreich, lautet: „Weiter wie bisher.“ Die Anpassungsleistungen sind andernorts zu erbringen, nämlich von den sich in einer tiefen Krise befindenden Ländern, insbesondere in Südeuropa. Es wird intensiv Politik gemacht – um Schlimmeres für die bislang weniger von der Krise betroffenen Län-

der und vor allem für die Vermögensbesitzer zu verhindern. Die dominante öffentliche Diskussion und Politik inszenieren sich geradezu als Sachzwang-Politik. Zur Austerität scheint es keine Alternative zu geben. Dies führt zu Sparpolitiken allerorten, zur Verarmung von Menschen, zur Umverteilung von unten nach oben, zum forcierten Abbau sozialer Rechte und der Demokratie. Doch das sei nur vorübergehend, so wird uns versichert. Das Ziel besteht ja darin, wieder auf den vielversprechenden Wachstumspfad zu gelangen. Alles scheint dem Mantra „Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit“ untergeordnet zu werden. In diesem Kontext geschieht auch die aktuelle Initiative für ein Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP), das die neoliberale Wirtschaftsausrichtung international festschreiben soll. Damit werden vor allem die Machtpositionen derjenigen gesichert, die diese Krise verursacht haben, der ökonomischen Eliten, der Vermögensbesitzer und ihrer politischen Helfer. Attraktive

¹ Der Beitrag basiert auf Überlegungen, die ich in den Zeitschriften „Prokla“ (2/2014) und „Kurswechsel“ (2/2014) publiziert habe. Ole Erdmann von der SPW-Redaktion danke ich für vielfältige Hinweise.

Zukunftsentwürfe sind Fehlanzeige, sondern Zukunft ist die Fortführung der Gegenwart. Eben, „weiter so!“.

Eine Alternative hierzu wird in Teilen des sozialdemokratischen und davon linkeren Spektrums formuliert; ich nenne sie der Einfachheit halber keynesianisch. So gab es beispielsweise Anfang März im Europäischen Parlament eine große Konferenz mit dem Titel „Progressive Economy“ (<http://www.progressiveconomy.eu/de>) von einer gleichnamigen Initiative der europäischen Sozialdemokratie. In einem Plenarvortrag skizzierte der ehemalige und neue Präsident des Europäischen Parlaments und der damalige Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokratie für den Vorsitz der EU-Kommission, Martin Schulz, seine Version angemessener Politik gegen die zunehmende Ungleichheit. Das ist in der Tat ein zentrales Problem für viele Menschen, etwa Arbeitslosigkeit und ungleich bezahlte Arbeit, insbesondere entlang von Geschlechterlinien. Und damit auch Aufgabe für progressive Politik.

Ungleichheit führe, so Schulz, zu wirtschaftlicher Stagnation, weil die Vermögenden ihr Geld auf Finanzmärkten und in Steueroasen anlegen, aber nicht ausreichend investieren oder konsumieren. Joseph Stiglitz (2012) hat in einem zweiten Vortrag die vielen Dimensionen von Ungleichheit eindrucksvoll belegt.

Schulz ging aber in seinem Vortrag weder auf die Debatte um erweiterte oder alternative Wohlstandsverständnisse ein, noch auf ökologische Fragen. Machtpolitisch ist für ihn aktuell zentral, dass die Finanzmärkte aktuell die Industrie in die Knie zwingen und künftig, dass die Politik wieder das Primat über die Wirtschaft erhält. Die Ökonomie ist für ihn die formelle Marktökonomie, die für den Markt produzierten und gegen Geld verkauften Güter und Dienstleistungen. Von einem potenziellen Kommissionspräsidenten und

nun wieder Parlamentspräsidenten Schulz hätte ich mir gewünscht, dass er sich in einer derart programmatischen Rede offener für Themen neben jenem der Ungleichheit zeigt.

Sowohl in der Austeritätsposition wie auch in der dargestellten keynesianischen Version fehlt eine systematische Berücksichtigung von Themen jenseits der Finanz- und Wirtschaftskrise: Die Rede ist von Klimawandel und dem zunehmenden Run auf die Ressourcen des Planeten, die sich teilweise erschöpfen, um deren Aneignung sich Konflikte intensivieren. In dieser Diskussion wurde in den letzten Jahren der Begriff der „sozial-ökologischen“ oder „Großen Transformation“ geprägt (WBGU 2011, Wissen 2012, Brand 2012, Brie 2014). Die Themen sind aber nur scheinbar unabhängig voneinander. Auch Ressourcenknappheit, höhere Energiepreise oder Auswirkungen der Klimaveränderungen haben viel mit Ungleichheit zu tun.

Im Unterschied zu „Wandel“ oder dem immer zahnloser werdenden Begriff der Nachhaltigkeit impliziert der Terminus „sozial-ökologische Transformation“ eine radikale Semantik. Der ebenfalls verwendete Begriff der Großen Transformation stammt von Karl Polanyi (1978/1944), der in seinem vor siebzig Jahren publizierten Buch „The Great Transformation“ den Übergang in den Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert nachzeichnete. Was in dieser Diskussion heute angedacht werden soll, ist eine Heraustransformation aus einem Kapitalismus, der auf fossilen Energieträgern beruht und rastlos Ressourcen und Senken benötigt. Das vielfach postulierte postfossile Zeitalter muss eingeleitet werden. Wie gesagt, diese Diskussion und der dort prominent gewordene Transformationsbegriff werden stark vor dem Hintergrund der Umwelt-, Klima- und Ressourcenkrise geführt.

Manche gehen einen Schritt weiter und denken an eine Große Transformation weg vom neoliberalen Kapitalismus, der nicht nur

ökologische Zerstörung, sondern auch gesellschaftliche Spaltung und Entsolidarisierung vorabtreibt. Joseph Stiglitz erinnerte bei der genannten Veranstaltung Anfang März noch mal daran, dass in den USA in der Krise zwischen 2009 und 2012 unfassbare 99 Prozent des Einkommensanstiegs beim reichsten ein Prozent der Bevölkerung zu verzeichnen gewesen sei. Und in Deutschland die 30 Prozent der Bevölkerung, die am wenigsten verdienen, zwischen den 1990er Jahren und 2008 Rückgänge beim Einkommen hatten. Die Forderung nach einem Ausstieg aus dem Finanzmarktkapitalismus gehört im progressiven politischen Spektrum und auch bei manchen Konservativen zum politischen Grundvokabular. Hier geht es neben ökologischen auch um soziale und wirtschaftliche Dimensionen.

Eher wenige verstehen darunter eine Raus- transformation aus dem Kapitalismus insgesamt, also weg von einer Gesellschaft, in der zentrale Bereiche des gesellschaftlichen Lebens nicht mehr zuvorderst dem Profit- und Wachstumsprinzip unterworfen werden (The 2013, Beiträge in Brie 2014). Es geht also nicht nur darum, die Finanzmärkte zu schwächen, sondern die ökonomische und politische Macht des Kapitals insgesamt und seine die Gesellschaft strukturierende Dominanz.

Wir befinden uns also Mitte in den Auseinandersetzungen um angemessene Krisenpolitiken.

2. Ausstieg aus der Wachstumsfixierung? – *Degrowth* als radikaler Vorschlag für sozial-ökologische Transformation

Anfang September fand in Leipzig die Vierte internationale Degrowth-Konferenz – nach Paris 2008, Barcelona 2010 und Venedig sowie Montreal 2012 – statt, die mit 3.000 TeilnehmerInnen auf unerwartet großes Interesse stieß (Brand 2014a). Das Thema Degrowth – übersetzt in etwa mit Wachstumsrücknahme, Postwachstum, Entwachsen,

Wachstumswende, Wachstumskritik – hat in Deutschland nicht zuletzt durch die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages einige Aufmerksamkeit erfahren.²

Die Konstellation, welche das Wirtschaftswachstum als heilige Kuh erscheinen lässt, stellt sich wie folgt dar: Die verteilungspolitische Versöhnungsformel moderner kapitalistischer Gesellschaften ist das in Geld bewertete ökonomische Wachstum. Damit wächst der Verteilungsspielraum von Staat und Tarifparteien. Die historischen Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung haben dazu geführt, dass die wachstums-, wirtschafts- und verteilungspolitischen Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklung stark politisiert sind. Andere Aspekte wurden dabei an den Rand gedrängt und teilweise erst später politisiert: etwa jene nach Geschlechtergerechtigkeit, nach den Umweltbelastungen durch Wachstum und des Produktionsmodells oder nach den internationalen (imperialen) Voraussetzungen, d.h. die Tatsache, dass Menschen in anderen Ländern zu schlechteren Bedingungen arbeiten und durch den internationalen Handel zum Reichtum in den wohlhabenden Ländern beitragen. Besonders in Zeiten ökonomischer Krisen wird deutlich, was es bedeutet, wenn ökonomisches Wachstum nicht gesichert ist.

Doch wir sind in einer veränderten gesellschaftlichen Konstellation, die von einer zukunftsfähigen Linken zunächst begriffen und dann politisch aufgegriffen werden muss.

Wachstum wird insbesondere unter Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus selbst zum destabilisierenden Faktor. Aber eben auch das weitere Wachsen der Produktion von Gütern und Dienstleistung, insbesondere von kurzlebigen Gütern, schafft potenzielle

² Enquete-Kommission, Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. Drucksache 13/300. Berlin 2013.

und reale Instabilität. Die Ressourcen müssen beschafft werden, was nicht immer konfliktfrei abläuft; der Klimawandel schafft viele Unsicherheiten inklusive der berüchtigten „Kippunkte“ des lokalen oder regionalen Klimas. Oder des Auftauens von Permafrostböden, womit unvorstellbare Mengen an Methangas freigesetzt werden.

Hier setzt die gegenwärtige Wachstumskritik an. Sie ist breiter zu verstehen als die Degrowth-Perspektive, da es auch wachstumskritische Beiträge aus dem konservativen Lager gibt oder solche, die eher auf qualitatives Wachstum setzen (vgl. Brand 2014a). „Wachstumskritik“ ist der gemeinsame Nenner für jene Vorschläge, die aus unterschiedlichen Gründen die Orientierung an ökonomischem Wachstum und die damit verbundenen Implikationen für problematisch halten. Zugespitzt könnte man diese Beiträge so zusammenfassen, dass Wirtschaftswachstum und die damit verbundenen – höchst unterschiedlich eingeschätzten – gesellschaftlichen Triebkräfte zu ökologischen, sozio-ökonomischen, politischen, friedenspolitischen, aber auch individuellen (psychischen wie auch die Lebensführung betreffenden) Risiken und Momenten wirtschaftlicher und gesellschaftlicher De-Stabilisierung werden. Die ökologische Krise, die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise, der wachsende Druck auf die Menschen im Arbeitsleben, aber auch zur Prestigegewinnung, die gesellschaftliche Polarisierung, die ökologische Krise, zunehmende Gewalt bei Konflikten oder gar Kriegen um Ressourcen sind dafür angeführte Belege. Das betrifft auch zeitliche Verschiebungen möglicherweise erst in Zukunft eintretender Probleme und Krisen.

Konsens in der wachstumskritischen Diskussion ist, dass es der gesellschaftlichen Veränderungen bedarf, um vielfältige soziale und ökologische Probleme zu bearbeiten. Dabei auf Wachstum wie bisher zu setzen, ist eher Teil des Problems als der Lösung. Und zu-

dem wird kritisiert, dass der Fokus auf die Produktion und den geldvermittelten Austausch von Gütern und Dienstleistungen viel zu eng ist. Die unterschiedlichen Beiträge sind zudem ein Angriff auf die Mainstream-Wirtschaftswissenschaft, da sie zum einen den nutzenmaximierenden homo oeconomicus, zum anderen die Zentralität des Wirtschaftswachstums hinterfragt.

3. Wachstum und Herrschaft

Allerdings läuft die wachstumskritische Debatte – auch jene um Degrowth – Gefahr, zentrale Momente wirtschaftlichen, d.h. kapitalistischen Wachstums zu unterschätzen; nämlich ihren herrschaftlichen Gehalt. Das deutet sich zwar in Beiträgen mit Begriffen wie „Befreiung von Herrschaft“, „Gleichheit ist Glück“ oder den tief verankerten „mental Infrastrukturen“ an. Doch es bedarf m.E. einer weiteren Präzisierung, was unter kapitalistischem Wachstum bzw. Kapitalismus überhaupt verstanden wird. Viele Beiträge bleiben hier unbestimmt und verstehen unter Wachstum die Zunahme von materieller Produktion und Konsum, ohne nach deren Charakter als kapitalistische, patriarchale, rassifizierte oder postkoloniale soziale Verhältnisse zu fragen. Beispielsweise fragt sich Tim Jackson (2011: 200) ganz am Ende seines prominenten Buches, was unter Kapitalismus verstanden werden sollte und stellt fest: „Das ist gar nicht so einfach.“

Deutlich wird diese Auslassung auch am breit rezipierten und in vielen Punkten plausiblen Ansatz von Niko Paech, der davon ausgeht, dass die Menschen in den materiell wohlhabenden Gesellschaften unter dem Überfluss eher leiden und dadurch die ökologischen Grenzen erreicht werden. „Befreiung vom Überfluss“ (2012) lautet die Option und Aufforderung. Es wird durchaus die mit dem gegenwärtigen Wirtschafts- und Wachstumsmodell einhergehende Macht der Großunternehmen gesehen (und entsprechend

auf eine Regionalisierung der Wirtschaft gesetzt).

Analytisch und politisch zentral für eine emanzipatorische Perspektive ist meines Erachtens der Zusammenhang von wirtschaftlichem Wachstum und kapitalistischer Form von Akkumulation und Herrschaft. Wirtschaftswachstum und die Orientierung daran sind Ausdruck tief verankerter sozialer Verhältnisse.

Die mannigfaltigen sozialen Verhältnisse, die eine Orientierung am Wirtschaftswachstum erfordern und sich dadurch gleichzeitig absichern, sind der kapitalistische Markt verstanden als soziales Verhältnis und damit verbunden Klassen-, rassifizierte und Geschlechterverhältnisse und post-kolonial aufgeladene globale Zusammenhänge. Auch eine bestimmte Form der Politik, nämlich eine an Staat und Parteien ausgerichtete, welche sich stark an der Schaffung politisch angemessener kapitalistischer Wachstums-konstellationen orientiert, ist Herrschaft.

Die überwiegende Mehrheit der Menschen besitzt keine Produktionsmittel, Ersparnisse, die vom Zwang zur Lohnarbeit befreien, oder Vermögen, sondern reproduziert sich durch Lohnarbeit, durch die die kapitalistischen Waren produziert werden. In Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise basiert die Reproduktion der Lohnarbeit und der Menschen selbst in ihren unterschiedlichen Lebensphasen quer durch alle Schichten nicht nur auf dem Lohn, sondern auch auf der oft von Frauen geleisteten Haus- und Pflegearbeit. Dies wiederum hängt an asymmetrischen Geschlechterverhältnissen, an gesellschaftlichen Bewertungen von „wertvoller“ und „nicht-wertvoller“ Arbeit (vgl. etwa Jochimsen/Knobloch 2006).

Antonio Gramsci hat vor diesem Hintergrund seine Hegemonietheorie ausgearbeitet. Die materiellen wie ideologischen Kon-

senselemente von Herrschaft werden durch den „Alltagsverstand“ (Gramsci GH 3: 372) stabilisiert, der eben zentrale Dimensionen sozialer Herrschaft als nicht hinterfragbar erscheinen lässt. Hegemonie in diesem Sinne ist eine umfassende materielle Praxis, „nämlich die täglichen Initiativen vieler einzelner und sozialer Gruppen, in denen sie in der Form einer aktiven Selbstunterwerfung unter die gemeinsam geteilten Gewohnheiten großer Kollektive die Zustimmung zu Herrschaft erkennen lassen“ (Demirovic 1997: 257).

Kapitalistische Dynamik besteht zudem darin, immer weitere Aspekte der Gesellschaft in marktfähige Waren zu verwandeln und darüber Macht und Herrschaft zu konstituieren. Das betrifft neben der Natur gerade die Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen in kapitalistischen Unternehmen. In China und Indien wird das als Wirtschaftswunder gefeiert, ohne eben nach dem sozialen Gehalt und der enormen Wucht zu fragen, die für die Menschen „eine fremde, außer ihnen stehende Gewalt“ ist. Doch auch dieser Aspekt, die Kommodifizierung von Arbeitskraft und Natur, wird in der Postwachstums-Debatte nicht systematisch behandelt.

Zudem gilt es aus hegemonietheoretischer Perspektive zu berücksichtigen, dass die sozialen Herrschaftsverhältnisse im Bewusstsein der solcher Herrschaft Unterworfenen nicht als solche wahrgenommen werden, sondern als stummer Zwang anonymer Verhältnisse, als kaum zu steuernde Prozesse von technischem Fortschritt und globalem Markt, von Produktivismus und Globalisierung. Der junge Marx spitze das folgendermaßen zu: „Die soziale Macht, d.h. die vervielfachte Produktionskraft, die durch das in der Teilung der Arbeit bedingte Zusammenwirken der verschiedenen Individuen entsteht, erscheint diesen Individuen, weil das Zusammenwirken selbst nicht freiwillig, sondern naturwüchsig ist, nicht als ihre eigne, vereinte Macht, sondern als eine fremde, außer ihnen stehende

Gewalt, von der sie nicht wissen woher und wohin, die sie also nicht mehr beherrschen können, die im Gegenteil nun eine eigentümliche, vom Wollen und Laufen der Menschen unabhängige, ja dies Wollen und Laufen erst dirigierende Reihenfolge von Phasen und Entwicklungsstufen durchläuft“ (MEW 3: 34).

Die meisten Menschen erleben ihren Alltag als wenig handlungsfähige Individuen; Handlungsantriebe sind neben der Einkommenssicherung am ehesten solche der Statussicherung (Welzer 2011), die wiederum die imperiale Lebensweise (Brand/Wissen 2011a) absichern. Das ist die Basis kapitalistischer Kultur.

Zudem ist das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem systematisch blind gegenüber den Voraussetzungen und Folgen des Wirtschaftens. In der feministischen Diskussion wird davon ausgegangen, dass die kapitalistische Ökonomie eine Ökonomie der Trennung ist, weil die formellen Marktprozesse von ihren Voraussetzungen – nämlich der nicht-bezahlten Arbeit, insbesondere der Sorgearbeit, und den Elementen der Natur, die keine Waren sind – getrennt werden (Biesecker et al. 2012). Insofern ist Externalisierung ein „Prinzip“, das entscheidend zum Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft beiträgt. Wirtschaftswachstum ist zudem eng verbunden mit einem männlichen, rationalistischen und westlichen Entwicklungsverständnis, das zuvorderst und als Bestandteil patriarchaler Dominanzverhältnisse an der Beherrschung der Natur orientiert ist.

Ein weiterer Aspekt ist wichtig. Die Wachstumskritik ist völlig zu Recht motiviert von der Sorge um die Zerstörung der biophysikalischen Lebensgrundlagen. Die ökologischen Begründungen für ein neues Wohlstandsverständnis gehen dabei meist von einer Übernutzung bzw. Zerstörung der Natur, d.h. ihrer Ressource, ihrer ökosystemaren Dienstleistungen und ihrer Senken aus. Prominent steht hier der Begriff der „planetarischen Grenzen“ (Rockström

et al. 2009), die bereits übernutzt werden oder bedroht sind. Die Menschheit und die einzelnen Gesellschaften sollen maximal so viel verbrauchen, dass das Ökosystem Erde sich ohne langfristigen Schaden alljährlich reproduzieren kann. Fragen sozialer Herrschaft und die praktische wie theoretische Kritik daran bleiben abgeschattet.

Die Politische Ökologie, die stark in einer feministischen und historisch-materialistischen Tradition steht, hat ein davon unterschiedenes Verständnis des Zusammenhangs von Wirtschaft, Gesellschaft und Natur und spricht – zumindest in der deutschsprachigen Diskussion – entsprechend von *gesellschaftlichen Naturverhältnissen* (Görg 2003, Dietz/Wissen 2009, Köhler/Wissen 2010, Brand/Wissen 2011b). In den Blick geraten damit nicht die „Umwelt“, sondern die herrschaftlich organisierten gesellschaftlichen Formen der Aneignung von Natur: also die Formen, in denen gesellschaftliche Basisbedürfnisse wie Ernährung und Wohnen, Mobilität und Kommunikation, Gesundheit und Fortpflanzung materiell und symbolisch produziert und konsumiert werden – und eben unter Bedingungen komplexer sozialer und damit herrschaftlicher Verhältnisse. Eine entscheidende Triebkraft der Naturaneignung – nicht die einzige! – ist der kapitalistische Akkumulationsimperativ. So tendiert die Ernährungsweise dazu, kommodifiziert und industrialisiert zu werden. Die Energieversorgung erfolgt eher – das können wir aktuell am roll-back der Energiewende in Deutschland besichtigen – unter Kontrolle mächtiger kapitalistischer Akteure statt. Politik findet eben nicht für „die Menschheit“ statt, sondern ganz konkret als Verfolgung von Interessen. Umweltfragen sind also Macht- und Herrschaftsfragen.

Zugespitzt ausgedrückt: Die Menschen hierzulande werden in der kapitalistischen Wachstumsszange gehalten. Bei Angst vor bzw. Strafe des Verlusts ihrer Lebensgrundlage, nämlich der Erwerbsarbeit, und dem damit verbundenen Statusverlust. Die herrschende Produk-

tions- und Lebensweise hat viel mit Herrschaft zu tun. Geiz ist geil und kauf Dich glücklich sind falsche, aber Herrschaft sichernde Versprechen. Der Produktivismus unter dem Diktum globaler Wettbewerbsfähigkeit bedeutet kapitalistische Herrschaft im Betrieb und außerhalb, führt zu Arbeitsverdichtung und burn-out; die kapitalistische Arbeitsteilung ist auch eine geschlechtsspezifische.

Die Degrowth-Bewegung schafft überhaupt wieder **gesellschaftliche Vorstellungsräume**, anderes als nur die Ausrichtung am Wirtschaftswachstum zu denken. Und damit die gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen, unter denen Menschen ihre Individualität entfalten und leben können – und zwar in einem solidarischen sozialen Zusammenhang, der ja erst die Bedingung freier Persönlichkeitsentwicklung ist.

4. Ansatzpunkte einer Strategie der sozial-ökologischen Transformation

Es geht nicht um ein abstraktes Ja oder Nein zu kapitalistischem Wirtschaftswachstum, sondern um eine andere gesellschaftliche Logik, bei der nicht soziale Herrschaft und Herrschaft über Natur zentral sind. Und diese Logik wird in der aktuell anhebenden Diskussion um *Degrowth* oder *Jenseits des Wachstums* am stärksten infrage gestellt und ein Raum für Alternativen geöffnet (Brand 2014b).

Ein Aspekt wird in der Postwachstums-Debatte betont. Sozial-ökologische Transformation bedeutet neben Verteilungsfragen: Es geht um eine andere Art und Weise der Produktion und des Lebens: Weniger Autos, und die übrigen mit deutlich reduziertem Energieverbrauch, weniger Flugverkehr und Fleischkonsum sowie eine Umkehr von der hochindustrialisierten zu einer nachhaltigen Landwirtschaft. Doch deutlich weniger Autos zu produzieren, hier einen Konversionsprozess einzuleiten, darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden (Candeias

et al. 2011). Andere Formen der Mobilität, die wir ja kennen, aber auch Vermeidung von sog. erzwungener Mobilität müssen gestärkt werden.

Daraus folgt eine politisch-strategische Konsequenz: Um die genannten mächtigen Logiken hin zu einer solidarischen Moderne zu verändern bedarf es einer konfliktfähigen Transformationslinken, **die nicht nur besser zu verteilen weiß, sondern in die Art und Weise gesellschaftlicher Produktion einzugreifen in der Lage ist**. Doch bei Eigentumsfragen geht es bekanntlich ans Eingemachte. Wer bestimmt in diesem Land, in dieser Stadt über die Art und Weise der Energieversorgung?

Das ist ein Kern eines linken Wohlstandsbegriffs, der auf politische Gestaltung, ökologisch verträgliche Produktion und ein attraktives Leben für die Menschen setzt: Die de-stabilisierenden Formen des kapitalistischen Wachstums und die damit verbundenen Interessen müssen verändert werden. Dazu sind sozial-ökologische Konflikte notwendig, die im Horizont einer sozial-ökologischen Transformation geführt werden.

Auch wenn in Österreich und Deutschland wenig Proteste gegen die Krisenpolitik stattfinden. Immer mehr Menschen wehren sich gegen die Zumutungen aktueller Politik, sie wollen längst anders leben und arbeiten: sozial, ökologisch und gemeinsam. Die Kämpfe gegen Prekarisierung und für gute Arbeit, für selbstbestimmtes Wohnen und lebenswerte Städte, Urban Gardening, solidarische Ökonomie, die Commons Bewegung und die Energiegenossenschaften sind ihre unmittelbaren Antworten. Ihr Protest und ihre Ideen finden jedoch keinen Widerhall in den Talkshows und Expertenrunden. Das Versprechen „Wachstum gleich Wohlstand“ wird immer weniger geglaubt und real erfahren. Und dennoch – das ist die Ambivalenz einer progressiven Position – **bleibt steigender materieller Wohlstand eine wichtige Orientierung**.

Mein Punkt ist, dass ein progressives Projekt sich angesichts der multiplen Krise nicht über politisches Klein-Klein definiert, sondern über einen Entwurf, der unsere Gesellschaft auf eine andere Grundlage stellt, um Wohlstand zu schaffen und zu sichern (vgl. zur Debatte über Visionen und Wege sozial-ökologischer Transformation: Kammerlander et al. 2013, zum Begriff des Futuring Rilling 2014). **Nur damit kommt das progressive gesellschafts-politische Spektrum wieder in die Offensive, gewinnt Glaubwürdigkeit und Gestaltungsmacht.**

Doch gesellschaftliche und **politische Hegemonie bedarf eines materiellen Kerns**, wie das Antonio Gramsci formulierte (GH 13: 1567). Es geht natürlich um öffentliche Auseinandersetzungen, um vermeintliche Selbstverständlichkeiten und deren Infragestellung. Es geht aber auch und gerade um lebbar, für die Menschen attraktive Verhältnisse. Und das heute unter Bedingungen starker ökologischer Restriktionen, samt ihren macht- und verteilungspolitischen Implikationen.

Es bedarf also eines neuen Wohlstandmodells, das wir in längst Ansätzen kennen. Andere Formen der Ernährung und Mobilität, der Energieversorgung und Kommunikation, des Wohnen und Kleidens. Wir fangen dabei nicht bei Null an, sondern es gibt ja vielfältige Diskussionen, Vorschläge und praktische Ansätze (Habermann 2012, Felber 2012, Haug 2011, Biesecker 2014).

Dazu bedarf es vieler Akteure mit progressivem Anspruch und Handeln, die das vorantreiben. Das sind, oft an den Rändern der Gesellschaft, soziale Bewegungen, das sind, schon eher in der Mitte, progressive Verbände, natürlich die Gewerkschaften und die betriebliche Ebene sowie NGOs. Das sind kritische Menschen und Gruppen in der Wissenschaft, in Denkstätten und den Medien, progressive Unternehmerinnen und Unternehmer. Gerade das kirchliche Spektrum spielt eine wichtige

Rolle bei der Entwicklung von Energiegenossenschaften, der Entwicklung ökologischer Landwirtschaft und vielem anderen. Das sind die Menschen, die sich vielleicht unorganisiert auf andere Alltagspraxen des Lebens, Arbeiten und Konsumieren einlassen. Sie erhalten dafür aber auch Angebote; das entsteht ja meist nicht aus dem Nichts.

Die Parteien bleiben jedoch Kristallisationspunkte und, als Ausdruck und Teil breiterer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, eben auch mögliche treibende Kräfte. Wichtig scheint mir hier, dass die Parteien als privilegierte Akteure im politischen System kein instrumentelles Verhältnis zu diesen anderen Akteuren haben.

Das alles hat einen drängenden aktuellen Ausgangspunkt. Um das Projekt einer sozial-ökologischen Transformation voranzutreiben, muss zum einen die gegenwärtige Austeritätspolitik in Europa gestoppt werden. Die Menschen werden das europäische Projekt nur unterstützen, wenn es für Demokratie und eine attraktive Lebensweise steht. Es muss zudem ernsthafte Antworten auf die ökologische Krise formulieren. ■

Neue Literatur

- Biesecker, Adelheid (2014): Die ganze Arbeit im Blick. Gutes Leben braucht Vorsorgen. In: Kurswechsel 2/2014, 60-66.
- Brand, Ulrich (2014): Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen grundlegender Wachstumskritik. In: Prokla 44(2), 175, 289-306.
- Brand, Ulrich (2014a): Degrowth: Der Beginn einer Bewegung?. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Oktober.
- Rilling, Rainer (2014): Transformation als Futuring. In: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus. Münster. Westfälisches Dampfboot, 12-48.

☞ Ulrich Brand ist derzeit Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, derzeit Fellow am DFG-Forschungskolleg „Postwachstums-gesellschaften“ der Universität Jena. Er ist Mitglied des Kuratoriums des Instituts Solidarisches Moderne (ISM).

Wachstum und Globalisierung¹

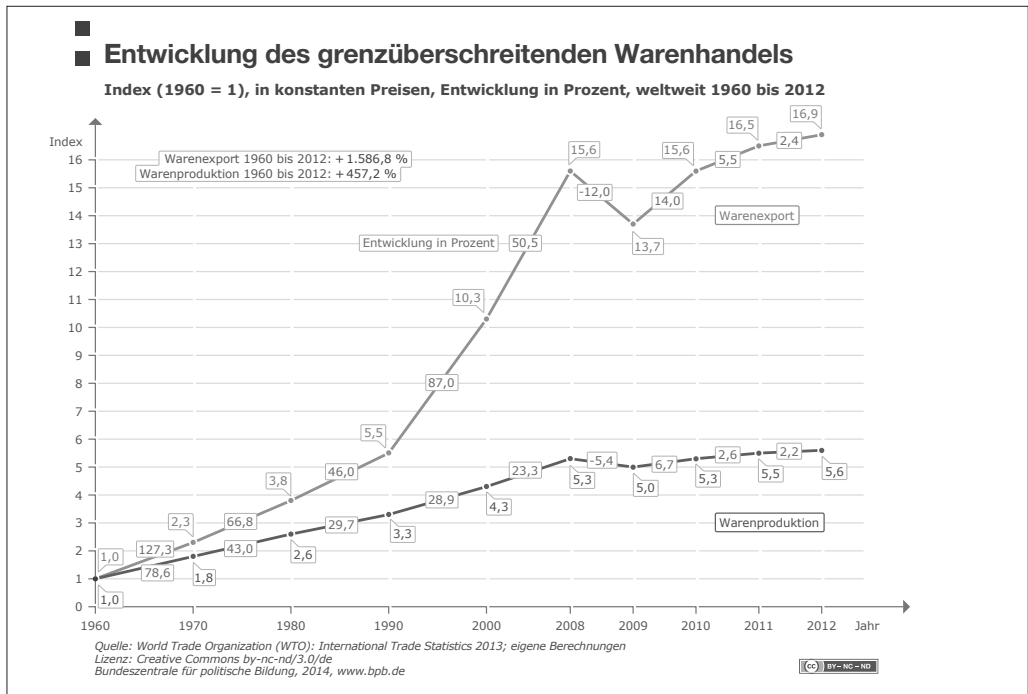
von Katharina Gapp und Holger Rogall

Die Globalisierung bietet in ihrem heutigen Umfang nicht nur Chancen, sondern auch eine Reihe von Risiken, insbesondere für die Entwicklung innerhalb der Tragfähigkeit der natürlichen Grenzen. Diese Gefahren könnten durch den Einsatz nachhaltiger Leitplanken auf globaler Ebene eingeschränkt werden, was jedoch ein mutiges Voranschreiten von Vorreiterstaaten nötig macht.

Ursachen und Chancen der Globalisierung

Der Handelsaustausch zwischen Völkern ist nicht neu. Schon in der frühen Antike entwickelten sich regelmäßige Handelsbeziehungen

zwischen Nord-Afrika, Europa und Asien. Die heutige Intensität der Austauschbeziehungen – Globalisierung genannt – kann aber als historisch einmalig bezeichnet werden. Ursprünglich wurde der Begriff Globalisierung in der Ökonomie verwendet, um die zunehmende weltweite Verflechtung der Volkswirtschaften, insbesondere der Finanzmärkte, zu charakterisieren. Heute versteht man unter Globalisierung einen Vorgang der zunehmenden weltweiten Verflechtung in allen Bereichen. Es werden daher sowohl die technologische, ökonomische, politische, soziale und auch die ökologische Dimension der Globalisierung betrachtet (Holtbrügge/Welge



¹ Der Beitrag basiert auf der Veröffentlichung: Rogall, H. (2013): Volkswirtschaftslehre für Sozialwissenschaftler, 2. überarbeitete Auflage, Wiesbaden sowie auf Rogall, H.: Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre, unveröffentlichtes Manuskript, 2. überarbeitete Auflage, erscheint 2015 im Metropolisverlag Marburg.

2008: 27 f.). Je intensiver die internationalen Austauschbeziehungen zwischen Menschen und Organisationen werden, desto stärker

beeinflussen die globalen Veränderungen die Entwicklungen der Nationalstaaten (und zwar in allen Dimensionen).

Seit den 1950er Jahren wächst der globale Handel tendenziell schneller als das BIP, ein Prozess der seit den 1990er Jahren an Dynamik weiter gewonnen hat. Dieser Globalisierungsprozess hat verschiedene *Ursachen*:

- 1) Bestrebungen der Großunternehmen, ihre Absatzmärkte auszuweiten und Vorleistungen kostengünstiger aus dem Ausland zu beziehen
- 2) Sinkende Transaktionskosten der Raumüberwindung von Personen, Produkten, Kapitaltransfers und Informationen durch neue Technologien und die damit verbundene Internationalisierung von Wettbewerbsbeziehungen.
- 3) Druck internationaler Organisationen (z.B. Weltbank, WTO und IWF), transnational agierender Konzerne und wirtschaftsliberaler Ökonomen auf alle Regierungen, besonders auf Entwicklungsländer, auf Maßnahmen der Außenwirtschaftspolitik zu verzichten und zu deregulieren.
- 4) Damit einhergehende Deregulierung der Finanz- und Währungsmärkte, was zu einem starken Anstieg von Finanzinvestitionen und Spekulationen führte.

Wirtschaftsliberale Ökonomen gehen davon aus, dass die internationalen Austauschbeziehungen immer für alle beteiligten Länder Vorteile erbringen und fordern daher i.d.R. einen Ausbau des Freihandels. Bislang hat der Globalisierungsprozess immer weiter zugenommen. Diese Dynamik könnte sich künftig aufgrund von zunehmenden Ressourcenkosten und Klimaschutzmaßnahmen durch neue Techniken (z.B. der 3D-Drucker) verlangsamen.

Die zunehmende Vernetzung der Kulturen und Volkswirtschaften wurde mit einer Reihe von *Hoffnungen* versehen: (1) Erschließung wirtschaftlicher Entwicklungspotenziale durch die positiven Resultate der internationalen Arbeitsteilung (z.B. höhere Einkommen). (2) Verbreitung zentraler Leitideen der modernen Gesellschaft (z.B. Demokratie, Rechtsstaat, Gleichberechtigung, Solidarität und Nachhaltigkeit). (3) Tendenz zur Angleichung von ökologischen und sozial-kulturellen Standards in allen Kulturräumen auf hohem Niveau (inkl. Produktnormen, wissenschaftliche und medizinische Erkenntnisse usw.). (4) Steigerung der globalen Arbeitsproduktivität und Ressourceneffizienz durch den Wissens- und Technologietransfer und (5) die Tendenz zur Angleichung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen (Chance zur Ökologisierung der Finanzsysteme durch Erhebung von Ressourcenabgaben).

Risiken der Globalisierung

Begonnen haben die Globalisierungsprozesse, wie wir sie heute kennen, in den 1970er Jahren, als das Bretton-Woods-System der fixen Wechselkurse durch flexible Wechselkurse ersetzt wurde. Erheblich verstärkt wurde die Deregulierung seit den 1990er Jahren. Faktisch beseitigten fast alle Länder ihre Beschränkungen und Kontrollen des internationalen Kapitalverkehrs (von den Folgen der daraufhin ausbrechenden Weltwirtschafts- und Finanzkrise haben sich die europäischen Länder bis heute nicht erholt).

Seit einiger Zeit werden nicht nur die Chancen, sondern auch die Risiken der Deregulierungs- und Globalisierungsprozesse thematisiert. In der *ökologischen Dimension* wird die zunehmende Übernutzung der natürlichen Ressourcen als Quellen und Senken kritisiert (Stichworte: zunehmende Treibhausgasemissionen, Artensterben, Verbrauch nicht erneuerbarer und Übernutzung erneuerbarer Ressourcen, Gefährdung der

menschlichen Gesundheit). In der *ökonomischen Dimension* werden die Gefahren für die ökonomische Stabilität diskutiert, da die Globalisierung die Nationalstaaten zum Verzicht einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik zwingt (Stichworte: Prekarisierung der Arbeitswelt und Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern, Verhinderung des nachhaltigen Umbaus der Volkswirtschaften, Konzentrationsprozesse und Entwicklung zum *Casino-Kapitalismus*, Verlust staatlicher Einnahmen durch Steuersenkungswettläufe). Schließlich können die Deregulierungs- und Globalisierungsprozesse zu gefährlichen sozial-kulturellen und sozial-ökonomischen Fehlentwicklungen beitragen (detailliert Rogall 2013, Kap. 27). Besonders intensiv werden zurzeit die Gefahren des Abbaus der staatlichen Steuerungspotentiale im Zuge der Verhandlungen des Freihandelsabkommens USA – EU diskutiert, das auch ein Investitionsschutzabkommen beinhalten soll. Durch derartige Abkommen können Unternehmen ausländische Staaten auf Schadensersatz verklagen, wenn diese Gesetze zum Schutz ihrer Bürger erlassen (z.B. Umwelt- und Gesundheitsschutz, Sozialgesetzgebung), die den Gewinn der Unternehmen schmälern könnten. Diese Konflikte werden durch das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) – einer Art Gericht – behandelt. Ursprünglich wurden diese Abkommen nur mit Staaten abgeschlossen, die keine Rechtsstaaten waren (daher existiert zurzeit auch kein derartiges Abkommen mit den USA, das würde sich aber mit dem Freihandelsabkommen TTIP ändern). Mit diesem Investitionsschutzabkommen könnten Staaten zur Aufgabe einer eigenständigen Umwelt- und Sozialpolitik gezwungen werden. Anders als inländische Gerichte unterliegt das ICSID keiner Verfassung, gegen die Urteile können keine Rechtsmittel eingelegt werden. Derzeit sind 185 Verfahren beim ICSID anhängig (Kohlenberg u.a. 2014/02: 15).

Wunsch und Wirklichkeit des stetigen Wachstums

Nach Ansicht der traditionellen Ökonomen führen Freihandel und Globalisierung zu einem größeren wirtschaftlichen Wachstum. Nicht nur das deutsche Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 strebt ein *stetiges, angemessenes* wirtschaftliches Wachstum an (gemessen als prozentuale Steigerung des realen Bruttoinlandsprodukts – BIP pro Jahr), sondern alle traditionellen Ökonomen, unabhängig davon, welche inhaltlichen Kontroversen sie ansonsten ausfechten (z.B. Keynesianer versus Wirtschaftsliberale). Dieses **Wachstumsparadigma** kann als wichtigstes Ziel fast aller Wirtschaftspolitiker weltweit angesehen werden. Natürlich drängen sich hierbei die Fragen auf, welche Wachstumsraten dauerhaft als *angemessen* und welche Wachstumsraten mit der natürlichen Tragfähigkeit der Erde vereinbar sind (ausführlich SRU 2012/06: 35). Traditionellen Ökonomen stellen sich diese Fragen nicht und sprechen auch heute noch von einer *Wunschwachstumsrate* für Deutschland von 4 Prozent (Grossekettler u.a. 2008: 312). Andere Autoren und Institutionen fordern immerhin stetige Wachstumsraten von 3 Prozent (z.B. Europäischer Rat in der Lissabon-Strategie, McKinsey), was eine Verdoppelung der Gütermenge alle 23 Jahre bedeutet.

In der *Realität* sinken die Wachstumsraten in den letzten Jahrzehnten aber tendenziell, so dass in der Mehrzahl der OECD-Länder ein lineares statt ein exponentielles Wachstum zu verfolgen ist (Deutschland 1950 bis 2008 etwa 20 Milliarden Euro pro Jahr, mit leicht sinkender Tendenz; BMAS 1992 und 2011/09: 1.2). Dort, wo die Staaten in den 1990er und 2000er Jahren, wie die USA, noch Wachstumsraten von über 2 Prozent erzielten, geschah das i.d.R. auf Kosten einer enormen Verschuldung, die, wie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte, nicht zukunftsfähig ist. Daher ist es aus Sicht von Vertretern der Nachhaltigen

Ökonomie – unabhängig von der Frage, wie wünschenswert ein stetiges Wachstum ist – ziemlich unwahrscheinlich, dass weitentwickelte Industriestaaten ein stetiges exponentielles Wirtschaftswachstum von mehr als 2 Prozent pro Jahr dauerhaft aufrechterhalten können.

Mögliche Gefahren einer wachstumsfixierten Gesellschaft

Wachstumskritiker verweisen auf die *ökologischen* und *sozial-kulturellen Gefahren* einer auf wirtschaftliches Wachstum fixierten Gesellschaft. Unter anderem werden die folgenden *Gefahren* genannt (Seidl, Zahrnt 2010, detailliert Rogall 2012, Kap. 10):

Erstens Ökologische Gefahren (Kosten): Hier treten die gleichen Gefahren wie bei der zunehmenden Globalisierung auf, die zu einem nachhaltigen Umbau (Transformation) der Volkswirtschaften zwingen, was die stetige Absenkung des globalen Ressourcenverbrauchs und einen Umbau der Energiewirtschaft zu einer 100-Prozent-Versorgung mit erneuerbaren Energien zum Ziel hat.

Zweitens Ökonomische Risiken: Die ökologischen Gefahren führen auch zu schwerwiegenden ökonomischen Problemen. Mit der Übernutzung der natürlichen Ressourcen werden in der Folge auch fast alle ökonomischen Ziele einer Nachhaltigen Entwicklung tangiert: (1) Selbstständige Existenzsicherung (z.B. verlieren Bauern und Fischer ihre Arbeitsplätze); (2) die Grundbedürfnisse können für immer mehr Menschen nicht mehr befriedigt werden. (3) Der immer schnellere Verbrauch und die Übernutzung der natürlichen Ressourcen führen seit der Jahrtausendwende zu drastischen Preissteigerungen, die sich nach Überwindung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt fortsetzen werden (zwischen 2002 und 2006 stieg der Preis für Kupfer, Zink und Wolfram um 400 Prozent, der Preis für Nickel, Blei, Eisenerz, Zinn und

Aluminium um 100 bis 200 Prozent, Miegel 2010: 117). Die bislang aufgebauten Recyclingkapazitäten können diese Entwicklung nicht ausreichend kompensieren.

Drittens Sozial-kulturelle Gefahren: Eine wachstumsfixierte Gesellschaft kann zu einem Wachstumszwang für alle Gesellschaftsmitglieder führen. Der Wachstumszwang kann so dominant werden, dass die gesamte Politik unter dieses Ziel gestellt wird. So wird in jüngster Zeit immer intensiver die Einschränkung von sog. wachstumshemmenden Gesetzen (z.B. Schutzrechten für Umwelt und Arbeitnehmer) gefordert.

Wachstumskritik

Als *Zwischenfazit* wollen wir festhalten, dass ein dauerhaftes Wachstum der materiellen Güterproduktion, verbunden mit einem steigenden Ressourcenverbrauch (über viele Jahrhunderte), weder ökologisch vertretbar noch wirtschaftlich wahrscheinlich ist. Ökonomen, die diese Position vertreten, können als Wachstumskritiker im weitesten Sinne bezeichnet werden. In der wachstumskritischen Diskussion existieren die unterschiedlichsten Positionen und Schulen. Wir wollen hier vier Positionen skizzieren:

1) **Technikstrategie:** Die Vertreter der Technikstrategie gehen davon aus, dass die globalen Probleme des 21. Jh. durch eine konsequente Effizienzstrategie zu lösen sind. Sie gehen davon aus, dass Zielkonflikte zwischen Umweltbelastungen und der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung durch Umweltschutztechniken lösbar und beherrschbar sind. Die Mehrzahl der Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie geht davon aus, dass diese Strategie nicht weit genug geht, weil die zu erwartenden Rebound-Effekte die notwendige globale Ressourcenminderung (-50 Prozent bis 2050) nicht ermöglichen würden.

- 2) **Verzicht auf Wachstum und Verteilung:** In jüngster Zeit ist eine neue wachstumskritische Position entstanden, die – unabhängig von der Wünschbarkeit – die Aufrechterhaltung des Wachstumsziels als unrealistisch ansieht und in diesem Zusammenhang Lohn- und Verteilungspolitik als nicht mehr zeitgemäß abtut. Darüber hinaus sprechen sie sich für die Ausweitung des Niedriglohnssektors und den Abbau des Sozialstaates aus (Miegel 2010: 179, 190, 193). Der Position von *Miegel* folgen die Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie *nicht*. Heute ist empirisch erwiesen: Je ungleicher eine Gesellschaft ist, umso schlechter ist es tendenziell um die sozial-kulturellen Indikatoren der Nachhaltigkeit bestellt (Wilkinson, Pickett 2009: 20, 44).
- 3) **Steady-State-Economy:** Die Steady-State-Economy verfolgt das Ziel, das globale Wirtschaftssystem so schnell wie möglich zu einer Gleichgewichtsökonomie (Steady-State) mit konstantem oder schrumpfendem BIP umzubauen. Ein Wirtschaftssystem, das darauf ausgerichtet ist, eine konstante Ausstattung mit materiellen Gütern zu gewährleisten, die für ein *gutes Leben* ausreicht. Dabei sollte die Bevölkerungshöhe möglichst konstant bleiben (Daly 1999). Sie hält eine Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch für nicht möglich (Jackson 2010, Paech 2009).
- 4) **Wirtschaftliche Entwicklung in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit** (selektives Wachstum, Eppler 1981: 147; Rogall 2000: 71 u. 132, Eppler 2011: 4): Diese Position verfolgt das Ziel, innerhalb der kommenden 35 Jahre ausreichend hohe ökologische, ökonomische und sozial-kulturelle Standards für alle Menschen zu erreichen und trotz moderater Wachstumsraten durch einen nachhaltigen Umbau der globalen Volkswirt-

schaften (Transformation) den globalen und nationalen Ressourcenverbrauch mit Hilfe der drei Strategiepfade der Nachhaltigen Ökonomie (Effizienz, Konsistenz, Suffizienz) global absolut um 50 Prozent (in den Industrieländern um 80-95 Prozent) zu senken und damit die wirtschaftliche Entwicklung der natürlichen Tragfähigkeit unterzuordnen. Andere Autoren nennen diese gesteuerte wirtschaftliche Entwicklung qualitatives Wachstum (Müller, Niebert 2009: 99; Renn 2007: 32), Sustainable Growth oder green growth (Majer 1984).

Die Vertreter der Steady-State-Economy und der wirtschaftlichen Entwicklung in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit vertreten auf lange Sicht die gleichen Ziele (Einhaltung der natürlichen Tragfähigkeit), allerdings mit divergierenden Zeitperspektiven und Instrumenten. Unstrittig ist die Auffassung, dass eine weitere wirtschaftliche Entwicklung nur in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit erfolgen darf.

Mögliche Folgen eines konstanten oder sinkenden BIP

Hintergrund der Forderung nach stetigem wirtschaftlichem Wachstum sind eine Reihe von ökonomischen Problemen, die auftreten können, wenn das gesamtwirtschaftliche Einkommen (das BIP) dauerhaft konstant bleibt oder gar sinkt. Wir können sie hier nur benennen, (detailliert Rogall 2013, Kap. 13.3): 1) Steigende Arbeitslosigkeit, 2) Stagnation der Einkommen, schlechte Erwartungshaltung und Deflation, 3) Standard der meritorischen Güterausstattung öffentlicher Infrastruktur sozialer Sicherung stagniert, 4) Kapitalkosten der öffentlichen Verschuldung werden drückender, 5) Finanzierung des Sozialsystems im Zeitalter demografischen Wandels wird noch schwieriger. Vertreter einer schrumpfenden Wirtschaft müssen daher die Fragen beantworten, wie ohne eine Steigerung der

wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit/Einkommen die daraus folgenden ökonomischen Probleme zu lösen wären. Weiterhin, wie die Bevölkerung von einer Strategie bewusst herbeigeführter Einkommensenkungen überzeugt werden soll, und schließlich, wie dieser systemsprengende Transformationsprozess bewerkstelligt werden soll.

Entwicklung in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit

Ein nachhaltiges Wirtschaften verfolgt das Ziel, ausreichend hohe ökologische, ökonomische und sozial-kulturelle Standards für alle Menschen im Rahmen der natürlichen Tragfähigkeit zu erreichen. Da die natürliche Tragfähigkeit aber schon heute überschritten ist, beinhaltet nachhaltiges Wirtschaften als Essential, den globalen und nationalen Ressourcenverbrauch stetig (Jahr für Jahr) zu senken (das gilt für alle Wirtschaftseinheiten). Dieses Ziel nennen wir *Nachhaltigkeitsparadigma*. Um die Ziele des nachhaltigen Wirtschaftens zu erreichen, verfolgt die Nachhaltige Ökonomie das Konzept einer wirtschaftlichen Entwicklung in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit (selektives Wachstum, (Eppler 1981)). Hierbei geht es um den *nachhaltigen Umbau (Transformation) der globalen Volkswirtschaften*, bei dem die heutigen nicht zukunftsfähigen Produkte, Verfahren und Strukturen durch nachhaltige ersetzt werden. Um die Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit bei dieser Entwicklung einhalten zu können, muss die *Formel für nachhaltiges Wirtschaften* eingehalten werden, nach der die Ressourcenproduktivität ständig schneller steigen muss als das BIP (Δ Ressourcenproduktivität $> \Delta$ BIP). Das soll im Zuge eines *selektiven Wachstums*, durch ökologische Leitplanken (politisch-rechtliche Instrumente), die Strategiepfade der Nachhaltigen Ökonomie (Effizienz, Konsistenz, Suffizienz) sowie von Wachstums- und Schrumpfungprozessen erreicht werden.

Die **Effizienzstrategie** setzt auf die ressourceneffiziente Gestaltung von Produkten. Dies geht i. d. R. auch mit geringeren Kosten für die Herstellung und Nutzung einher. Daher trifft die Effizienzstrategie auf breite Zustimmung. Ihre Potentiale sind bisher noch nicht ausgeschöpft. Die **Konsistenzstrategie** zielt auf die Entwicklung und Verwendung von Produkten und Dienstleistungen, die mit den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung im Einklang stehen. Zur Konsistenzstrategie passt die Verwendung erneuerbarer Energietechniken ebenso wie Produkte, die nur aus Sekundärrohstoffen hergestellt worden sind. Mit der **Suffizienzstrategie** ist eine Veränderung der Lebens- und Konsumstile gemeint. Der Ressourcenverbrauch soll durch eine Senkung des (materiellen) Konsumniveaus gesenkt werden. Sie wird in die drei Kategorien Selbstbeschränkung, Änderung der Lebensstile und Strukturwandel (z.B. Dematerialisierung) unterteilt (detailliert siehe Rogall 2013: 260 f). Dabei lassen sich einzelne Entwicklungen auch mehreren Strategiepfaden zuordnen. Die Zunahme sozialer Dienstleistungen, wie z.B. Pflege, kann zum einen zur Konsistenzstrategie gezählt werden. Sie kann aber auch der Dematerialisierung und damit der Suffizienzstrategie zugeordnet werden. Der materielle Konsum wird gesenkt, während die Lebensqualität erhöht wird.

Nach den vorliegenden empirischen Daten konnte die Formel für nachhaltiges Wirtschaften – wenn überhaupt – bislang nur in Ländern eingehalten werden, die moderate Wachstumsraten hatten (kleiner als 2 Prozent). Z.B. hat Deutschland in den meisten Indikatoren der Umweltgesamtrechnung (UGR) und der umweltbezogenen Indikatoren des Nachhaltigkeitsprogramms der Bundesregierung von 2002 die Nachhaltigkeitsformel seit 1990 einhalten können (Rogall 2013, Kap. 13).

Die dargestellte Strategie kann in dem zur Verfügung stehenden begrenzten Trans-

formationszeitraum durch ungesteuerte Marktprozesse nicht erfolgen. Hierfür sind die vorherrschenden sozial-ökonomischen Faktoren, Pfadabhängigkeiten (z.B. von fossilen Energieträgern) und ökonomischen Machtstrukturen (z.B. auf den Energiemärkten) zu wirkungsmächtig (Hennicke 2010: 22; detailliert: Rogall 2014). Vielmehr bedürfen sie der Änderung der Rahmenbedingungen durch politisch-rechtliche Instrumente (Rogall 2012, Kap. 7). Hierzu ist auch der Druck der Bürgergesellschaft durch NGOs sowie durch neue Bündnisse zwischen Zivilgesellschaft, Politik und gesellschaftlich verantwortlich wirtschaftenden Unternehmen unerlässlich (z.B. Stichwort Apo 2.0, Leggevie, Welzer 2010: 225). Hierbei ist wichtig zu betonen, dass durch die Einführung von politisch-rechtlichen Instrumenten (*nachhaltigen Leitplanken*) die Freiheit gegenwärtiger und künftiger Generationen nicht etwa beschränkt oder gar beseitigt werden soll. Vielmehr bedeuten die Erhaltung und – soweit möglich – Verbesserung von Umweltbedingungen eine Sicherung von *Gemeingütern* (global commons oder meritorischen Gütern), die die Naturgrundlage für kollektive Freiheitsrechte darstellen.

Die Atmosphäre stellt in diesem Zusammenhang ein solches globales Gemeingut dar. Der anthropogene Klimawandel zeigt, dass der Einsatz von nachhaltigen Leitplanken auf nationaler Ebene zwar hilfreich, aber nicht ausreichend ist. In den letzten 40 Jahren haben sich internationale Organisationen vor allem um die Förderung der ökonomischen Dimension der Globalisierung bemüht. Die Gefahren des Wachstums zeigen, dass diese Betrachtung zu kurz greift und die Weltgemeinschaft sich künftig stärker mit der ökologischen Dimension auseinandersetzen und Vereinbarungen treffen muss, um eine globale Entwicklung in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit zu erreichen.

Zusammenfassung und Fazit

Die Mehrzahl der Wirtschaftspolitiker hofft auf und fordert immer noch ständige Wachstumsraten von drei bis vier Prozent pro Jahr, ein derartiges stetiges Wachstum ist dauerhaft aber sehr unwahrscheinlich und aufgrund der ökologischen, ökonomischen und sozial-kulturellen Gefahren auch nur begrenzt wünschbar. Aufgrund dieser Erkenntnisse haben sich unterschiedliche Positionen der Wachstumskritik herausgebildet, die wir modellartig in vier Positionen gegliedert haben: Technikstrategie, Verzicht auf Wachstum und Verteilung, Steady-state-Economy, selektives Wachstum. Die ersten beiden Positionen werden nicht als zielführend angesehen. Daher standen die dritte und vierte Position im Mittelpunkt der weiteren Ausführungen. Eine Position des bewussten Schrumpfens hätte den sicheren Vorteil des Rückgangs des Ressourcenverbrauchs. Gleichzeitig müssen Vertreter dieser Position eine Reihe von Fragen beantworten, die bis heute völlig ungeklärt sind und sehr große Herausforderungen darstellen. Als *Alternative* wurde eine wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen der natürlichen Tragfähigkeit (selektives Wachstum) vorgestellt, die das ökologische Nachhaltigkeitsparadigma (stetige Senkung des Ressourcenverbrauchs) einhält. Ein derartiges Ziel fordert nicht weniger als einen nachhaltigen Umbau der Volkswirtschaften (Transformation) bei dem die heutigen nicht zukunftsfähigen Produkte, Verfahren und Strukturen durch nachhaltige ersetzt werden. Um ein derartiges selektives Wachstum zu erreichen, halten wir die Einhaltung der ökologischen Nachhaltigkeitsformel für unverzichtbar (Δ Ressourcenproduktivität $>$ Δ BIP). Die Einhaltung dieser Formel ist dauerhaft nur möglich wenn (1) die Wachstumsraten moderat sind (kleiner als 2 Prozent), (2) ausgewählte Wachstums- und Schrumpfungsprozesse angestrebt werden, (3) die drei Strategiepfade der Nachhaltigen

Ökonomie (Effizienz, Konsistenz und Suffizienz) konsequent umgesetzt werden und (4) ökologische Leitplanken dafür sorgen, dass diese Strategien auch umgesetzt werden. Daraus folgt, dass das BIP in vielen Bereichen, in denen natürliche Ressourcen zum Einsatz kommen, gesenkt wird. Ob durch diesen Transformationsprozess im Saldo das BIP steigt oder sinkt, ist nicht sicher und weniger wichtig, da die Realeinkommen durch die Kostensenkungen für eine bestimmte Zeit weiter steigen. Die daraus folgende absolute Entkopplung des Ressourcenverbrauchs von der Steigerung des BIP kann zu einer Halbierung des globalen Ressourcenverbrauchs (80- bis 95-prozentige Reduktion in den Industriestaaten) bis 2050 führen. Trotzdem muss die Wirtschaftspolitik auf lange Sicht Konzepte entwickeln, wie die wichtigsten gesellschaftlichen Ziele auch ohne wirtschaftliches Wachstum erreicht werden könnten. ■

Literatur

- BMAS (1992): Arbeits- und Sozialstatistik, Broschüre.
- BMAS (2011/09): Arbeits- und Sozialstatistik, Broschüre.
- Daly, H. (1999): *Wirtschaft jenseits vom Wachstum – Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung*, Salzburg, München, original: *Beyond Growth, The Economics of sustainable Development*, Boston 1996.
- Eppler, E. (1981): *Wege aus der Gefahr*, Reinbek.
- Grosseckler, H. u.a. (2008): *Volkswirtschaftslehre*, 2. Auflage, Konstanz.
- Hennicke, P. (2010): unveröffentlichtes Papier auf der Grundlage Kristof, K.; Hennicke, P. Policy Papers im Rahmen des Projektes: „Materialeffizienz und Ressourcenschonung“.
- Holtbrügge, Dirk und Welge, Martin K. (2010): *Internationales Management*, Stuttgart.
- Jackson, T. (2010): Interview, abgedruckt in: Seidl, I.; Zahrt, A. (2010): *Postwachstumsgesellschaft*, Marburg.
- Kohlenberg, K.; Pinzler, P.; Uchatius, W. (2014/02): Im Namen des Geldes, in: *Die Zeit* am 27.2.2014.
- Leggewie, C.; Welzer, H. (2010): *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten*, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Original 2009.
- Majer, H. (1984): *Qualitatives Wachstum. Eine Einführung in Konzeption der Lebensqualität*, Frankfurt a. M.
- Miegel, M. (2010): *Exit, Wohlstand ohne Wachstum*, Berlin.
- Müller, M.; Niebert, K. (2009): *Epochenwechsel*, München.
- Paech, N. (2009/04): *Postwachstumsökonomie – ein Vademecum*, in *Zeitschrift für Sozialökonomie*, Folge 160-161, April 2009.
- Renn, O. (2007): *Entgrenzte Welt – Begrenztes Denken?*, in: *Deutscher Studienpreis (2007, Hrsg.): Ausweg Wachstum? – Arbeit, Technik und Nachhaltigkeit in einer begrenzten Welt*, Wiesbaden.
- Rogall, H. (2000): *Bausteine einer zukunftsfähigen Umwelt- und Wirtschaftspolitik*, Berlin.
- Rogall, H. (2012): *Nachhaltige Ökonomie*, 2. überarbeitete und wesentlich erweiterte Auflage, Marburg.
- Rogall, Holger (2013): *Volkswirtschaftslehre für Sozialwissenschaftler*, 2. überarbeitete Auflage, Wiesbaden.
- Rogall, H. (2014): *100%-Versorgung mit erneuerbaren Energien – Bedingungen für eine globale, nationale und kommunale Umsetzung*, Marburg.
- Rogall, Holger (2015): *Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre*, unveröffentlichtes Manuskript, 2. überarbeitete Auflage, erscheint 2015 im Metropolisverlag Marburg.
- Seidl, I.; Zahrt, A. (2010): *Postwachstumsgesellschaft*, Marburg.
- SRU (2012/06) – Sachverständigenrat für Umweltfragen: *Umweltgutachten 2012, Verantwortung in einer begrenzten Welt*, online: http://www.umwelttrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2012_06_04_Umweltgutachten_HD.pdf?__blob=publicationFile
- Wilkinson, R.; Pickett, K. (2009): *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Berlin.

☞ Katharina Gapp lehrt Wirtschaftswissenschaften (u.a. internationales Management) als Lehrbeauftragte an der HWR Berlin und der HTW Berlin. Sie ist Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Nachhaltigkeit e.V. und wissenschaftliche Mitarbeiterin von Holger Rogall.

☞ Professor Dr. Holger Rogall lehrt an der HWR Berlin Nachhaltige Ökonomie, er ist Direktor des Instituts für Nachhaltigkeit der HWR und Sprecher des Netzwerkes Nachhaltige Ökonomie. www.holger-rogall.de. www.nachhaltige-oekonomie.de. holger.rogall@hwr-berlin.de.

Politik für sozial-ökologische Unternehmen – nicht für globale Konzerne

Wirtschaftspolitische Bedingungen für Unternehmen in einer Postwachstumsökonomie

von Steffen Lange



Foto: © Werner Gölzer - Fotolia.com

I. Merks Sicht der Dinge und das Globalisierungsparadox

Im Januar 2013 hielt Angela Merkel eine Rede beim Wirtschaftsforum in Davos. Diese viel beachtete Rede war in mehrerer Hinsicht bemerkenswert. Nach vier Jahren der „Politik der kleinen Schritte“ stellte sie zum ersten Mal eine langfristige Strategie zur Lösung der europäischen Wirtschaftskrise vor. Sie hatte sich entschlossen, diese Rede in Davos, also vor den Wirtschaftsgrößen der Welt zu halten und nicht zum Beispiel vor dem europäischen Parlament. Dabei nahm sie kein Blatt vor den Mund.

Im Zentrum ihrer Analyse stand die Forderung, dass alle Länder Europas international wettbewerbsfähiger werden, sprich, mehr exportieren und weniger importieren müssten

als bisher. Durch mehr Exporte würden die Länder wieder höhere Wachstumsraten erzeugen und somit aus der Krise kommen. Zur Erzielung höherer Wettbewerbsfähigkeit nannte sie explizit die Verringerung der Lohnstückkosten – also höchstwahrscheinlich Lohnsenkungen. Die konkrete Umsetzung sollte durch Verträge zwischen den einzelnen Staaten der EU und der europäischen Kommission sichergestellt werden.

Frau Merkel nannte zwei weitere Strategien zur langfristigen europäischen Wirtschaftsentwicklung. Erstens solle durchgesetzt werden, was nach der Finanzmarktkrise von den G20 beschlossen wurde: Dass „jeder Finanzplatz, jeder Finanzmarktakteur und jedes Finanzmarktprodukt reguliert werden muss“ (Merkel, 2013). Leider machte sie zu diesem Punkt keinen konkreten Vorschlag zur Umset-

zung. Zweitens sollten weitere multilaterale und bilaterale Freihandelsabkommen abgeschlossen werden. Dies wurde in den letzten zwei Jahren stark in Form der geplanten Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada vorangetrieben.

Was für eine Sicht auf die Welt kommt in dieser Rede zum Ausdruck? Die Widersprüchlichkeit der Politikvorschläge lässt sich am Konzept des „Globalisierungsparadox“ (Rodrik, 2011) zeigen: Früher bezogen sich politische Akteure (Regierungen) und wirtschaftliche Akteure (Unternehmen) auf das gleiche Territorium. Regierungen machten die Gesetze für Nationalstaaten und die ansässigen Unternehmen hatten sich daran zu halten. Über die letzten Jahrhunderte hat sich der politische Bereich weniger stark globalisiert als der wirtschaftliche. Globale Unternehmen können von einer größtenteils auf nationalstaatlicher Ebene agierenden Politik nicht mehr kontrolliert werden. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden verhältnismäßig starke internationale Institutionen eingerichtet, welche dieses Ungleichgewicht verringerten. Die Liberalisierungen der internationalen Märkte in den letzten Jahrzehnten haben das Problem aber erneut verstärkt.

Die Forderungen in Merkels Rede zeigen eine Kombination dreier Reaktionsarten auf das Globalisierungsparadox. Die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit stellt den Versuch dar, mit nationalstaatlichen Instrumenten die Lage in den Griff zu bekommen. Wenn die Unternehmen die Staaten gegeneinander ausspielen können, soll die Europäische Union möglichst gut abschneiden. Dabei werden Interessen anderer Staaten nicht mitbedacht: Erzielt die Europäische Union insgesamt einen Außenhandelsüberschuss, müssen andere Staaten Defizite erwirtschaften. Dies führt zu einem „race to the bottom“ mit Lohnkürzungen, Unternehmenssteuersenkungen, Problemen der Staatsfinanzierung und insgesamt zu steigenden ökonomischen Ungleichheiten.

Der zweite Teil von Angela Merkels Forderungen, die Regulierung der Finanzmärkte, spiegelt den Versuch einer „Globalisierung der Politik“ wider. Die Wirtschaft soll durch eine globalisierte Politik wenigstens teilweise wieder eingefangen werden. Angesichts des großen Gefälles zwischen unternehmerischer und politischer Globalisierung ist es allerdings ein überaus zaghafter Versuch. Darüber hinaus ist unklar, wer dies umsetzen kann und soll.

Drittens wird durch Freihandelsabkommen die Macht der Unternehmen gegenüber politischen Akteuren gestärkt. Größere Märkte bringen größere multinationale Unternehmen hervor, denen es leichter fällt, sich staatlichen Regeln zu entziehen. Wenn man sich die konkreten Vorhaben der Freihandelsabkommen ansieht (TTIP mit den USA und CETA mit Kanada) wird klar, dass darüber hinaus staatliche Regulierungsmöglichkeiten eingeschränkt werden (Fritz, 2014). Insgesamt ergeben die von Merkel vorgeschlagenen Maßnahmen also keine Lösung zu der Frage, wie man „das Primat über die Märkte zurück gewinnen“ kann (Merkel, 2010). Stattdessen schlägt unsere Bundeskanzlerin sogar explizit Maßnahmen vor, die dem entgegenstehen.

Zurück zum Globalisierungsparadox. Was ist Rodriks Lösung für das Problem? Er beschreibt es wie folgt: Wir sollten uns die Globalisierung der Wirtschaft und der Politik auf einer Skala vorstellen. Relativ weit links auf der Skala ist die Politik, mit ihren nationalstaatlichen Strukturen. Relativ weit rechts ist die Wirtschaft mit global handelnden Unternehmen. Es gibt nun verschiedene Möglichkeiten. Entweder die Politik bewegt sich auf die Wirtschaft zu, also eine „Globalisierung der Politik“. Oder die Wirtschaft bewegt sich auf die Politik zu, also eine „Regionalisierung der Wirtschaft“. Die meisten Lösungsvorschläge beziehen sich derzeit lediglich auf die erste Möglichkeit. Rodrik argumentiert für eine Kombination der beiden Bewegungen, insbesondere aus einem Grund: Wenn man durch eine Globalisierung der Poli-

tik die beiden Sphären wieder deckungsgleich bringen würde, liefe dies darauf hinaus, zentrale politische Entscheidungen auf globaler Ebene treffen zu müssen. Doch auf globaler Ebene ist eine echte Demokratie kaum vorstellbar.

II. Ökologische Grenzen, Kapital im 21. Jahrhundert und die Überflusgesellschaft

Das Globalisierungsparadox ist das erste Argument für eine Umgestaltung der Unternehmensstrukturen und eine stärkere Regionalisierung der Wirtschaft. Wenn man dies konkretisieren möchte, sollten mindestens drei weitere Charakteristika der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen mit analysiert werden. Insgesamt münden diese Überlegungen in eine Wirtschaftsform, die derzeit vielerorts unter dem Konzept der „Postwachstumsökonomie“ diskutiert wird.

Erstens ist die derzeitige Form des Wirtschaftens ökologisch nicht tragbar. Zu diesem Ergebnis gibt es inzwischen eine Vielzahl von Analysen. Ein Beispiel: Um beim derzeitigen Wirtschaftswachstum zu gewährleisten, dass die 2 Grad Obergrenze der Klimaerwärmung bis 2050 eingehalten werden, müssten sich die Effizienzsteigerungen in ihrer Geschwindigkeit weltweit verzehnfachen (Deutscher Bundestag, 2013). Ein solcher technologischer Fortschritt auf Grundlage des derzeitigen Wirtschaftssystems ist unvorstellbar (Jackson, 2011). Die Alternative ist eine fundamentale Veränderung der Art des Wirtschaftens in den kommenden Jahrzehnten.

Zweitens generiert die Wirtschaft unter derzeitigen Bedingungen immer größere ökonomische Ungleichheiten. Jüngst hat Thomas Piketty detailliert herausgearbeitet, dass sich die Einkommens- und Vermögensungleichheiten in den westlichen Industriestaaten in den vergangenen Jahrzehnten enorm gesteigert haben. Seine simple Analyse: Die Möglichkeit, Kapitaleinkommen zu generieren, erhöht strukturell monetäre Ungleichheiten.

Mindern oder umkehren kann man diesen Effekt nur durch starke politische Maßnahmen, insbesondere durch Steuerinstrumente (Piketty, 2014).

Drittens ergibt es aus wohlfahrtsökonomischer Perspektive keinen Sinn mehr, dass das durchschnittliche Einkommen in reichen Industrieländern weiter wächst. Sowohl subjektive als auch objektive Wohlfahrtsforschung kommen zu dem Ergebnis, dass weiterer materieller Reichtum die Menschen in den bereits reichen Industrieländern nicht glücklicher macht (Diener & Biswas-Diener, 2009; Wilkinson, Pickett, & Chafer, 2011). Zwar sind auch in diesen Ländern die Menschen mit hohen Einkommen durchschnittlich zufriedener als die Menschen mit niedrigen Einkommen. Dies liegt aber am Effekt des „relativen Konsums“. Es macht Menschen glücklich, wenn sie nicht von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen werden, weil sie nicht genug Geld haben, oder wenn sie das Gefühl haben, mehr zu haben als andere. Da dieser Konsum aber immer relativ zum Konsum anderer ist, werden die Menschen insgesamt nicht zufriedener, wenn der Konsum allgemein zunimmt (Diener & Biswas-Diener, 2009).

Aus globaler Sicht ergibt sich damit folgende Perspektive: Um gleichzeitig innerhalb der ökologischen Grenzen zu wirtschaften und gute Lebensstandards für alle zu generieren, müssten Produktion und Konsum in den reichen Ländern nicht weiter zunehmen, sondern abnehmen und umverteilt werden. Damit würden Länder mit niedrigeren durchschnittlichen Einkommen den ökologischen Spielraum bekommen, ein ausreichendes materielles Lebensniveau zu generieren.

III. Unternehmen einer Postwachstumsökonomie

Im September 2014 fand in Leipzig eine komplett andere Veranstaltung als die in Davos statt. Hier trafen sich ca. 3000 Menschen,

welche die zuvor beschriebenen Analysen manchmal auf die Straße und nun in die Universität trieben. In fünf Tagen wurde auf der „Degrowth-Konferenz“¹ diskutiert, wie eine Postwachstumsökonomie in den Ländern des globalen Nordens aussehen würde.

III.1. Beispiel für sozial-ökologische Unternehmen

Auch das Thema Unternehmen spielte eine große Rolle. Beispielsweise werden derzeit Projekte der Solidarischen Landwirtschaft viel diskutiert und wissenschaftlich analysiert. Bäuer_innen tun sich hier mit Konsument_innen zusammen um Nahrungsmittel gemeinsam zu produzieren. Die Konsument_innen sagen zu, die Produkte des Bauernhofs langfristig über einen monatlichen Beitrag abzunehmen. Dies gibt Planungssicherheit. Gleichzeitig dürfen die Konsument_innen mitbestimmen, was wie angebaut wird. Sie sind aufgefordert einige Tage im Jahr beim Pflanzen oder Ernten zu helfen. Der monatliche Beitrag wird darüber hinaus in vielen solcher Projekte solidarisch getragen. Das heißt, Menschen, die finanziell weniger gut gestellt sind, bezahlen weniger – wohlhabende zahlen tendenziell mehr.

Die Solidarische Landwirtschaft ist beeindruckend, weil sie die unterschiedlichen Dimensionen der nötigen Transformation beinhaltet und sehr erfolgreich ist. Es handelt sich größtenteils um ökologische Landwirtschaft und die Produktion ist nachhaltig, weil sie saisonal und regional ist. Entscheidungen werden demokratisch getroffen und die Verteilung findet in vielen Projekten bedürfnisorientiert statt. Darüber hinaus beinhalten die Projekte einen Bildungsaspekt, da die Menschen viel über Ernährung und Landwirtschaft lernen. Schließlich werden Arbeitsbe-

dingungen selbstbestimmt gestaltet (Reiß, 2013).

Ein zweites Beispiel sind die vielfältig entstehenden Kollektivbetriebe. Im Gegensatz zur Solidarischen Landwirtschaft werden die Produkte hier meist über den Markt gehandelt. In Kollektivbetrieben entscheiden alle Mitarbeiter_innen gleichberechtigt oder zumindest demokratisch (z.B. durch Wahl der Geschäftsführung) über alle Bedingungen der Produktion: Was wird produziert, unter welchen Arbeitsbedingungen, zu welchem Preis, etc. Die Einkommensunterschiede in diesen Unternehmen sind gering und viele von ihnen sind ökologisch ausgerichtet (Voß, 2010).

Es ließen sich viele weitere Beispiele für Unternehmen finden, die den Zielen einer Postwachstumsökonomie entsprechen². Alle haben überdurchschnittlich demokratische Strukturen, produzieren ökologisch nachhaltig und sind durch geringe Einkommensunterschiede gekennzeichnet. Des Weiteren sind sie fast ausnahmslos verhältnismäßig klein, was Umsatz und Mitarbeiter_innenzahl betrifft. Solche Unternehmen lassen sich also auch auf nationaler oder gar lokaler Ebene politisch einbetten.

III.2. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Vor kurzem wurde in einer Studie erstmals die Struktur der internationalen Wirtschaft systematisch untersucht. Wissenschaftler aus der Schweiz hatten die Verflechtungen globaler Unternehmen unter die Lupe genommen. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass 147 Unternehmen ca. 40 Prozent der weltweiten Produktion kontrollieren. 1381 Unternehmen betreiben ca. 80 Prozent der Weltproduktion. Die Unternehmen besitzen sich durch kom-

¹ Für mehr Informationen zu den Inhalten der Konferenz siehe leipzig.de-growth.org.

² Für weitere Beispiele und eine detaillierte Beschreibung ihrer Attribute siehe (Konzeptwerk Neue Ökonomie, 2014).

plexe Strukturen gegenseitig (Vitali, Glattfelder, & Battiston, 2011).

Diese Unternehmen unterscheiden sich sehr stark von den genannten Beispielen der Unternehmen in einer Postwachstumsökonomie. Es geht nun nicht darum, direkt alle multinationalen Unternehmen abzuschaffen, sondern eine Umkehrung in der Richtung der Veränderung einzuleiten. Als Konsequenz aus dem Globalisierungsparadox hieße dies: Eine Regionalisierung der Wirtschaft um eine gesellschaftliche Kontrolle der Unternehmen zu ermöglichen.

Die naheliegende Herangehensweise ist, durch entsprechende Anreize solche Unternehmen zu belohnen, welche die gesellschaftlich wünschenswerten Eigenschaften an den Tag legen – inklusive der demokratischen Kontrollierbarkeit. Im Folgenden werden eine Anzahl solcher Anreize skizziert.

- (1) **Steuersystem:** Eine Umstellung des Steuersystems von arbeitsbasierter auf ressourcenbasierte und kapitalbasierte Besteuerung würde arbeitsintensive Produktionsweisen konkurrenzfähiger machen. Eine solche Steuerreform würde kleine Unternehmen gegenüber großen fördern, da diese tendenziell mit weniger Kapitalaufwand arbeiten. Außerdem wäre sie aus ökologischer Sicht sinnvoll und würde Arbeitsplätze generieren.
- (2) **Unternehmensformen:** Demokratische Unternehmen können direkt gefördert werden. Ein Beispiel wäre, demokratische Unternehmensformen (z.B. Genossenschaften) rechtlich und steuerlich besser zu stellen.
- (3) **Unternehmensgröße:** Anreize zu kleinen Unternehmensformen können gesetzt werden – beispielsweise durch progressive Umsatzsteuern.

- (4) **Handelsregeln:** Weitere Freihandelsabkommen sind kontraproduktiv um lokale Strukturen zu unterstützen. Im Gegenteil sollte mehr Handlungsspielraum für staatliche und lokale Regierungen geschaffen werden, beispielsweise durch die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen.
- (5) **Transportkosten:** Niedrige Transportkosten tragen dazu bei, dass internationale Wertschöpfungsketten preiswerter produzieren können als regionale. Daher – und aus ökologischer Sicht – sollten diese erhöht werden.
- (6) **Arbeitsbedingungen:** Ein weiterer Grund für den Erfolg internationaler Unternehmen sind die schlechten Arbeitsbedingungen in vielen Ländern des globalen Südens. Bessere Arbeitsbedingungen würden Kostenunterschiede verringern.
- (7) **Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe:** Wirtschaftsförderung kann auf Unternehmen mit genannten Charakteristika fokussiert werden, um mehr Projekte dieser Art entstehen zu lassen.

Diese Maßnahmen tragen zur Regionalisierung und Stärkung kleiner gegenüber globaler Unternehmensstrukturen bei. Sie würden somit helfen, Politik und Wirtschaft wieder auf eine ähnliche Ebene zu stellen. Gleichzeitig würden sie zur Lösung der anderen zentralen globalen Probleme – Umweltbelastungen und ökonomische Ungleichheiten – beitragen.

IV. Wettbewerbsfähigkeit à la Merkel oder sozial-ökologische Wirtschaftspolitik?

Kommen wir noch einmal zurück zum Ausgangspunkt der Analyse: Merkels Rede und dem Globalisierungsparadox. Beachtlich für ihre Rede war nicht nur der Inhalt, sondern auch der Anlass. Sie wurde gehalten vor den Weltwirtschaftsgrößen in Davos. Sie sind

mächtige Akteure – nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Beeinflussung politischer Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene. Die in diesem Artikel genannten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stehen diametral zu den Interessen dieser Akteure.

Um Politik in die genannte Richtung umzusetzen, braucht es daher eine starke gesellschaftliche Koalition: (1) Politische Akteure, die entsprechende Regeln im Gesetzgebungsprozess unterstützen. In der Enquete-Kommission zu „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ wurde deutlich, dass es in Deutschland Anknüpfungspunkte in vielen Parteien gibt. (2) Akteure aus der (regionalen) Wirtschaft, die eine andere Politik fordern. Hier gibt es mehrere Verbände und Organisationen, denen es aber bisher vergleichsweise selten gelungen ist, Forderungen in Politikmaßnahmen umzusetzen. (3) Zivilgesellschaftliche Akteure, welche eine gesamtgesellschaftliche Analyse und Perspektive vornehmen, kommunizieren und über die öffentliche Meinung Druck erzeugen.

Unternehmen, Politiker_innen und Menschen aus Gewerkschaften, Kirchen, NGOs und basisdemokratischen Bewegungen arbeiten bereits an diesen Themen. Auf der De-growth-Konferenz 2014 kamen diese Akteure zusammen und haben (auch) über eine sozial-ökologische Wirtschaftspolitik und neue Unternehmensstrukturen diskutiert. Der nächste Ort solcher Diskussionen wird der Kongress „Wir können auch anders: Solidarische Ökonomie in der Praxis – Beiträge zur Transformation“³ im September 2015 sein. Daneben arbeiten unterschiedliche Kombinationen der genannten Akteure an mehreren Projekten, um gemeinsam ihren Forderungen mehr Gehör in Gesellschaft und Politik zu verleihen. ■

Literatur

- Deutscher Bundestag. (2013). Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.
- Diener, E., & Biswas-Diener, R. (2009). *The science of well-being*. Springer.
- Fritz, T. (2014). TTIP vor Ort.
- Jackson, T. (2011). *Prosperity without growth: Economics for a finite planet*.
- Konzeptwerk Neue Ökonomie. (2014). Sinn fürs Geschäft – Soziale, ökologische & demokratische Unternehmen in Leipzig.
- Merkel, A. (2010). Europa nach Lissabon – Deutschland nach Lissabon? Retrieved October 15, 2014, from <http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Artikel/2010/05/2010-05-06-wdr-forum.html>
- Merkel, A. (2013). Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim Jahrestreffen 2013 des World Economic Forum. Retrieved October 15, 2014, from <http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2013/01/2013-01-24-merkel-davos.html>
- Piketty, T. (2014). *Capital in the Twenty-first Century*. Harvard University Press.
- Reiß, K. (2013). *Gesellschaftliche Transformation zu nachhaltigen Produktions- und Konsumptionsweisen. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Solidarischer Landwirtschaftshöfe in Deutschland*. Universität Kassel.
- Rodrik, D. (2011). *The globalization paradox: democracy and the future of the world economy*. New York. Cambridge University Press.
- Vitali, S., Glattfelder, J., & Battiston, S. (2011). The network of global corporate control. *PLoS One*, 6(10), e25995.
- Voß, E. (2010). *Wegweiser solidarische Ökonomie: anders Wirtschaften ist möglich!* AG Spak Bücher.
- Wilkinson, R., Pickett, K., & Chafer, C. (2011). *The spirit level*. Tantor Media Incorporated.

⇨ Steffen Lange arbeitet beim Konzeptwerk Neue Ökonomie und promoviert zum Thema „Macroeconomics of post-growth“ an der Universität Hamburg. Er hat Volkswirtschaftslehre und andere Sozialwissenschaften in Maastricht, Santiago de Chile und Göttingen studiert.

3 Mehr Informationen unter <http://solidarische-oekonomie.de/>

Öffentliche Investitionen und Public-Private-Partnerships

von Arne Heise



Der Ärger wird immer größer: Straßen aller Art sind teilweise in einem beklagenswerten Zustand, in Universitäten, Schulen und öffentlichen Bädern tropft das Wasser buchstäblich von den Decken oder kurz: Die öffentliche Infrastruktur in Deutschland wird seit Jahren auf Verschleiß gefahren. Dies führt nicht nur zu Unannehmlichkeiten, sondern gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft und damit unseren Wohlstand.

Die Ursachen dieser Entwicklung: Die öffentliche Investitionstätigkeit, die den Erhalt bzw. Ausbau der öffentlichen Infrastruktur ermöglicht, wird seit Jahrzehnten zurückgefahren: Wurden im Jahr 1980 noch 3,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes öffentlich investiert, waren es im Jahr 2000 mit 1,9 Prozent nur noch knapp die Hälfte. Im Zuge der jüngsten Weltfinanz- und Eurokrise hat sich dieser fatale Trend sogar fortgesetzt: Im letzten Jahr lag die öffentliche Investitionsquote bei nurmehr 1,6 Prozent.

Die beständige Anspannung der öffentlichen Finanzen, die sich in einer im Trend steigenden öffentlichen Verschuldung ausdrückt, bringt alle Ausgabenbereiche des Staates unter Druck. Vor allem aber sind Investitionen im politischen Kampf um Wählerstimmen eine gern gewählte Verfügungsmasse. Und in neoliberalen Zeiten mit ihrem ideologisch aufgebauten Steuerwiderstand und dem politisch gewollten Steuerwettbewerb innerhalb der Europäischen Union erscheint der Weg, den Druck auf die Investitionsausgaben durch höhere Steuereinnahmen zu vermindern, weitgehend verbaut.

Mittlerweile hat sich ein Investitionsrückstand – Ersatz-, Nachhol- und Erweiterungs-

investitionen – von etwa 700 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 insbesondere bei Straßen, Schulen, Abwasser, ÖPNV und kommunaler Energieversorgung aufgebaut. Wollte man ihn ernsthaft abbauen müssten die jährlichen Investitionsausgaben des Staates massiv erhöht werden. Wenn Einnahmeerhöhungen der öffentlichen Hand ausgeschlossen werden, bliebe nur eine Erhöhung der öffentlichen Verschuldung. Da es sich um Investitionen handelt, die auch von künftigen Generationen genutzt werden können und die Bedingungen für unsere künftigen Lebenschancen schaffen, steht aus ökonomischer Sicht einer Verschuldung nichts entgegen (dies ist die sogenannte „goldene Haushaltsregel“). Doch der europäische (Stabilitäts- und Wachstumspakt) und nationale (die auch mehrheitlich von der SPD mitbeschlossene „Schuldenbremse“ im Grundgesetz) Regulierungen hebeln die ökonomische Rationalität aus.

In dieser Zwickmühle sitzend, erwägt Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel nun die Beteiligung privater Investoren an der Finanzierung öffentlicher Güter. Gemeint ist dabei aber nicht etwa jene, die in der Vergangenheit durch Körperschafts- und Einkommenssteuerreformen massiv entlastet wurden – also insbesondere die Hoch- und Höchstverdiener und Unternehmen –, wieder etwas stärker an dieser Finanzierung zu beteiligen, sondern so genannte „Public-Private-Partnerships“ (PPP). Hierbei gehen Träger der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen einen Dienstleistungsvertrag ein, der die privaten Unternehmen verpflichtet, für einen festgelegten Zeitraum (meist 20–30 Jahre) eine öffentliche Güterversorgung zu übernehmen (z.B. die Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur, Energie- oder Ab-

wasserversorgungseinrichtungen, aber auch kulturelle Unternehmungen). Dafür erhalten sie ein Entgelt, das entweder die öffentliche Hand (z.B. in Form von Mietzinsen) oder auch die Endverbraucher (z.B. durch Wassergebühren oder Maut) zu entrichten haben.

Auf diese Weise braucht der Staat sich nicht zu verschulden, ohne auf die Bereitstellung der benötigten öffentlichen Güter – die dann aber keine wirklichen öffentlichen Güter mehr sind – zu verzichten. Was nach einer scheinbar optimalen Lösung für die öffentliche Hand aussieht, hat allerdings eine Reihe von Nachteilen und versteckten Kosten, die eine kritischere Betrachtung von PPP verlangen.

Einerseits sollte es die öffentlichen Vertreter misstrauisch stimmen, dass eine starke private PPP-Lobby dieses Finanzierungsmodell massiv anpreist und auch im Vorfeld die vorbereitenden Maßnahmen (Aufbau von Steuerwiderständen und Lobbying für die grundgesetzlich verankerte „Schuldenbremse“) kräftig unterstützt hat – hier sollen offenbar neue Geschäftsfelder erschlossen werden, die nach einem Abklingen der Privatisierungsoffensiven der 1980er und 1990er Jahre nicht besetzt werden konnten. Das offensichtliche Interesse privater Investoren (z.B. von Versicherungsunternehmen und Investmentfonds) an PPPs muss, so das Argument der PPP-Lobby, aber nicht zulasten der öffentlichen Hand und des Gemeinwohl gehen, sondern stelle eine ‚Win-Win-Situation‘ dar – alle profitierten also davon.

Ob aber die öffentlichen Hände tatsächlich langfristig von PPPs profitieren, hängt einzig und allein von dem ausgehandelten Dienstleistungsvertrag ab. Um hierbei von den längst existenten internationalen Beraterfirmen der PPP-Branche nicht über den Tisch gezogen zu werden, müsste eine kostspielige spezialisierte Verwaltung aufgebaut werden. Selbst wenn dies gelänge, müsste

ein wasserdichter Vertrag ausgehandelt werden, der die Ertragschancen und -risiken angemessen zwischen den Vertragspartnern verteilt – angesichts eines 20–30 Jahre betragenden Zeithorizontes und der strategisch schlechten Verhandlungsposition der öffentlichen Hand ein gewiss schwieriges Unterfangen. Die bisherige Erfahrung mit PPPs ist jedenfalls alles andere als gut: Entweder lag das (Ertrags- und Kosten-) Risiko einseitig bei der öffentlichen Hand (z.B. im Falle der Hamburger Elbphilharmonie) oder die privaten Vertragspartner gingen in Konkurs und überließen Schulden und den Weiterbetrieb der gemeinsamen Unternehmung der öffentlichen Hand oder das Entgelt für die Endverbraucher stieg (wie bei manchem PPP im Bereich der Wasserversorgung).

Allenfalls ließe sich argumentieren, dass sich öffentliche Auftraggeber auf einer steilen Lernkurve befinden, die PPPs in Zukunft aus Sicht der öffentlichen Hand sehr viel vorteilhafter erscheinen lassen – Erfahrungen aus Großbritannien, wo PPPs erfunden wurden und schon viel länger praktiziert werden, lassen aber einen solchen Schluss nicht nahelegend erscheinen. Vielleicht sind doch alternative Finanzquellen – z.B. eine Erhöhung der Erbschaftssteuer oder die endliche Einführung einer ernst gemeinten Vermögenssteuer – besser geeignet, die öffentliche Investitionsschwäche zu beheben. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Die aktuelle Zahl

12,2

von Andrew Watt

Zuspruch der AfD nicht nur politisch sondern auch ökonomisch verheerend

12,2 Prozent hat die rechtskonservative und eurokritische Alternative für Deutschland bei der Landtagswahl in Brandenburg geholt. Die Partei scheint auf dem Vormarsch zu sein. Die etablierten Parteien fürchten – auch mit Blick auf Entwicklungen in anderen europäischen Ländern – den Aufstieg einer starken nationalistisch/rechtskonservativen Partei.

Das eigentliche Ausstellungsmerkmal der Partei ist allerdings der Wunsch, den Euro zugunsten nationaler Währungen aufzugeben. Diese Sehnsucht wird auch bei vielen im linken Spektrum gehegt, wird doch der Euro als Ursprung einer neoliberalen Austeritätspolitik gesehen. Die Angst vor der AfD dürfte die Hardliner in der CDU/CSU stärken, was eine Lösung der Eurokrise noch schwieriger macht. Umso wichtiger also den Mythos zu entlarven, das Auseinanderbrechen des Euros bringe positive ökonomische Effekte mit sich.¹

Eine Währungsabwertung ist kein „free lunch“ wie viele zu glauben scheinen. Sie kann zwar die Wettbewerbsfähigkeit fördern. Aber steigen die Löhne nicht mit den höheren Importpreisen, dann gibt es reale Einkommensverluste. Steigen sie doch ist für die Wettbewerbsfähigkeit nichts gewonnen.

Viel wichtiger: die Kosten und Risiken eines Ausstiegs aus dem Euro werden heruntergespielt oder ignoriert. Zuerst gibt es die Übergangskosten. Es scheint schwer vorstellbar, dass die Auflösung eines grundsätzlich irreversiblen Währungssystems kurzfristig

ohne erhebliche Turbulenzen, wenn nicht eine offene Krise, vonstattengehen sollte. Wie könnte ein einzelnes Land oder eine kleine Gruppe die Währungsunion verlassen, ohne einen panischen bankrun und die massenhafte Flucht aus Staatsanleihen und anderen Wertpapieren, die als abwertungsgefährdet angesehen werden, auszulösen?

Dann kommen die Kosten der – vermutlich überschießenden – Abwertungen und Aufwertungen der nationalen Währungen der Krisen- bzw. der Eurokernländer. Abwertungs-länder müssen der Inflation Herr werden und erleiden zumindest kurzfristig einen teilweisen Stopp der Importe kritischer Vorprodukte und Konsumgüter, was die Produktion beeinträchtigen würde. Die Aufwertungs-länder erleiden massive Verluste ihrer finanziellen und realen Investitionen in den Abwertungs-ländern, vermutlich mit Folgeproblemen im Finanzsektor. Der Wettbewerbsvorteil wäre dahin und der Druck auf die Löhne und Sozialstandards würde hier zwangsläufig zunehmen. Mitnichten wäre also das Ende des Euro synonym mit der Beendigung des neoliberalen Drucks auf Sozialstaat, Löhne und Arbeitsbedingungen.

Nicht zuletzt haben flexible Wechselkurse auch längerfristig hohe Kosten. Ja, dringende Reformen der Architektur des Euroraums sind vonnöten. Aber WählerInnen – und es sind bestimmt mehr als 12,2 Prozent – irren sich, wenn sie glauben, ein Auseinanderbrechen des Euros bringe uns einer Lösung ihrer und unserer Probleme näher. Im Gegenteil. ■

¹ Dieses und neue weitere Euromythen werden in einem neuen E-Buch entlarvt, das Sie hier kostenlos herunterladen können: <http://bit.ly/1oMythen>

↳ Andrew Watt ist Abteilungsleiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Crossover

Soll eine sozial-ökologische Kräftekonstellation im Jahr 2017 keine Wunschvorstellung bleiben, muss sie durch intensive Debatten zwischen den linken Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Bewegungen vorbereitet werden. Aus Sicht der SPD-Linken hat der Öffnungsbeschluss von Leipzig Möglichkeiten für eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit auf Bundesebene eröffnet, die vorher SPD-intern blockiert waren. Andererseits erschwert die Einbindung der Partei in die große Koalition zugleich die langfristige und glaubwürdige Suche nach neuen Bündnissen. Es gilt, nicht nur auf bekannte Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu verweisen, sondern Brücken über die unterschiedlichen programmatischen Ansätze und Vertrauen zwischen den Akteuren zu bilden. Wird dieser Prozess allein machttaktisch und nicht als politisches Projekt verstanden, entsteht weder

unter den beteiligten Akteuren noch in den jeweiligen Wählerklientelen Vertrauen. Mit der neuen Artikelserie crossover versucht spw, die diskursiven Schnittmengen zwischen progressiven Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu vergrößern und gemeinsame politische Gestaltungsperspektiven zu entwickeln. Im Juni haben Cansel Kiziltepe (SPD), Axel Troost (Linke) und Lisa Paus (Grüne) einen Denkanstoß zur Eurokrise in der Schriftenreihe des Instituts Solidarische Moderne (ISM) veröffentlicht. Die Mitautorin Cansel Kiziltepe und der neue EU-Parlamentarier Fabio De Masi (Linke) diskutieren in spw über die marktliberale Krisenpolitik und ihre Folgen sowie Ansätze für eine alternative ökonomische Strategie durch öffentliche Investitionen, gerechtere Verteilung, die Stärkung sozialer Rechte und Demokratisierung. ■

„It's the austerity, stupid“

Gespräch mit Cansel Kiziltepe und Fabio De Masi

spw: Der Freitag hat den ISM-Denkanstoß als einen der „wenigen inhaltlichen rot-rot-grünen Impulse bezeichnet, die es seit der Bundestagswahl in die Öffentlichkeit geschafft haben“. Woran liegt es, dass zwischen SPD, Grünen und Linken derzeit wenig programmatische Arbeit sichtbar wird?

» **C.K.:** Die Debatte um die Gemeinsamkeiten zwischen SPD, Grünen und Linken wird zurzeit von den Streitpunkten überlagert. Besonders in der Außenpolitik bestehen wichtige Unterschiede. Ich glaube, dass es hilfreich ist, wenn diese offen diskutiert werden, weil man sonst Gefahr läuft, Dinge einfach auszublenden. Genauso wichtig ist es aber auch, an vielen Punkten Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, die die

Grundlage für eine zukünftige Zusammenarbeit bilden können. Der andere Grund ist, dass die SPD in der Regierung Projekte umsetzt, die auch von Linken und Grünen als Opposition anerkannt werden und weniger Reibungsfläche bieten. Der Mindestlohn ist dafür ein gutes Beispiel.

» **F.D.M.:** Abstrakte Debatten über Rot-Rot-Grün langweilen. Cansel hat Recht: Wir müssen über Programme reden, auch wo es weh tut. Eine Debatte über die Außenpolitik fürchtet DIE LINKE nicht. Aber wir haben auch über die unverantwortliche Europa- und Wirtschaftspolitik zu sprechen. Die Agenda 2010 bzw. die Lohndrückerei in Deutschland haben die Euro Krise begünstigt. Der Fiskalpakt ist dumm. Europa droht ein verlorenes



↳ Cansel Kiziltepe (39, SPD) ist Volkswirtin und Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages.

Foto: www.spd-berlin.de



↳ Fabio De Masi (34, DIE LINKE) ist Volkswirt und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments.

Foto: DIG/Trialon

Jahrzehnt. Und ich finde, Sozialdemokraten dürfen die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada – TTIP und CETA – nicht unterstützen.

spw: Das Papier beschäftigt sich mit der ungelösten Eurokrise. Welche Aspekte sind denn für euch ungelöst?

» **C.K.:** Anlass des Denkanstoßes war, dass in Deutschland über die Eurokrise so gut wie keine Berichte mehr erscheinen. Sie ist allenfalls Gegenstand von Fachartikeln in den Wirtschaftsteilen, wenn es um EU-Verordnungen und die Politik der EZB geht, die kommentiert wird. Dabei gäbe es genügend Kennziffern, die das ganze soziale Ausmaß der Krisenbewältigung deutlich machen. Wir schreiben in dem Papier über steigende Jugendarbeitslosigkeit in Europa, über explodierende Anstiege bei Suiziden, Kindersterblichkeit und HIV-Neuinfektionen in Griechenland sowie Zwangsräumungen in Spanien. Das alles steht für mich unter dem Oberbegriff „Austerität kann tödlich sein“. Diese sozialen Folgen der Austeritätspolitik sind nach wie vor nicht gelöst. Hinzu kommt die wirtschaftliche Lage der Eurozone: Derzeit ist nicht zu erwarten, dass bald Wirtschaftswachstum und Jobs in einem Umfang entstehen, wie es notwendig wäre. Schlicht und einfach deshalb, weil die Sparvorgaben

dieser Krisenpolitik öffentliche Investitionen unmöglich machen.

» **F.DM.:** Die Kürzung von Löhnen, Renten und Staatsausgaben hat in die Depression geführt. Die Staatsverschuldung ist gestiegen statt zu sinken. Die Geldpolitik ist am Limit. Italien und Frankreich drängen jetzt auf eine Lockerung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Allerdings wollen sie sich im Gegenzug auf Strukturreformen verpflichten. Darunter werden dann immer Angriffe auf Arbeitnehmerrechte verstanden, nicht etwa die Besteuerung griechischer Oligarchen. Das kann nicht funktionieren, weil der Staat dann reinpumpt, was er den kleinen Leuten aus der Tasche zieht. Wir brauchen aber auch eine neue Industriepolitik für die Krisenstaaten. Immobilien und Autobahnen schaffen keine Zukunft.

» **C.K.:** Ganz generell muss man auch feststellen, dass in der Analyse der Krise immer noch ein wirtschaftlicher Nationalismus dominiert, indem man versucht, die verschiedenen Staaten und Volkswirtschaften getrennt voneinander zu betrachten. Die Einsicht darin, dass wir es mit Kreisläufen zu tun haben, setzt sich nur sehr langsam durch. Wichtig wäre es außerdem endlich zu erkennen, dass es in allen Ländern eine Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Kapital und

Arbeit gibt. Es sind in den letzten Jahren nicht weniger, sondern mehr Menschen in Europa Millionäre geworden und nicht weniger, sondern mehr Menschen leben unter der Armutsgrenze. Wenn wir das beachten, liegen Lösungen wie eine europäische Vermögensabgabe geradezu auf der Hand.

spw: Wie kann es denn sein, dass in Deutschland die Eurozone so weitgehend in Vergessenheit geraten ist?

» **F.DM.:** Das hat auch mit dem Euro zu tun. Die extremen Exportüberschüsse Deutschlands hätten bei flexiblen Wechselkursen längst zu einer Aufwertung der D-Mark geführt. Ich will den Euro nicht abschaffen. Aber wer meint, den Euro durch interne Abwertung bzw. Depression zu retten, der schafft Europa ab. Ich glaube Merkel denkt, Deutschlands Industrie sei so stark, dass sie die EU-Partner zur verlängerten Werkbank machen und dann unsere Güter nach Asien schicken kann. Das ist ein Irrtum. Auch Deutschland rutscht in die Rezession. Und in Frankreich hat Le Pen die Europawahl gewonnen. Wir haben daher keine Zeit mehr. Wir müssen diese Politik verschrotten und die SPD sollte nicht länger mit der Bundeskanzlerin kuscheln.

» **C.K.:** Ich finde viel wichtiger, dass der deutsche Journalismus sich zu großen Teilen sehr unkritisch verhalten hat. In der Anfangszeit der Eurokrise kamen fast nur Wirtschaftswissenschaftler aus einer neoklassischen Couleur zu Wort. Die Berichterstattung auch in den so genannten Qualitätsmedien hat nicht unbedingt den Eindruck hinterlassen, dass immer verstanden wurde, worüber man geschrieben hat. Ich finde die Medien sind in all diesen Jahren ihrer Aufklärungsfunktion nur sehr unzureichend nachgekommen. Ich empfehle vor diesem Hintergrund immer die Studie der Otto-Brenner-Stiftung aus dem Jahr 2010, die sich kritisch mit dem Wirtschaftsjournalismus zur Finanzmarktpolitik auseinandersetzt.

spw: Woran würdet ihr die unzureichende Aufklärungsfunktion festmachen, wenn ihr an die aktuelle Berichterstattung denkt?

» **C.K.:** Ich denke da derzeit ganz konkret an die Gefahr einer Deflation in der Eurozone. In Umfragen wird immer wieder deutlich, dass sich die meisten Menschen in Deutschland vor einer Inflation fürchten und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch Sparen für ein sehr wichtiges politisches Ziel halten. In der derzeitigen Lage allerdings, in der alle EU-Länder versuchen gleichzeitig zu sparen, kann das nicht gelingen. Die drohende Deflation, die sich daraus ergibt, ist ein bedrohliches Szenario, das in Deutschland kaum diskutiert wird. Hier würde ich mir mehr Aufklärung durch die Medien wünschen.

spw: Die SPD hat ja den Kurs der Bundesregierung in ihrer Oppositionszeit weitgehend mitgetragen. Wie kann denn der jetzige Aufschlag zu einer Neuorientierung der Europapolitik beitragen?

» **C.K.:** Man darf nicht vergessen, dass die SPD genauso wie die Grünen in der Verhandlung mit der schwarz-gelben Bundesregierung in ihrer Oppositionsrolle in der schwächeren Verhandlungsposition war. Die Erwartung, dass solche Verhandlungen ein Ergebnis hätten erzielen können, das vollkommen anders gewesen wäre, ist ziemlich unrealistisch. Dennoch ist es gelungen, die CDU zu einem klaren Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer zu zwingen. Richtig ist aber auch, dass sich gewisse volkswirtschaftliche Zusammenhänge nur sehr langsam in der SPD herumgesprochen haben.

Ich erhoffe mir durch unseren Aufschlag, dass die Krisenfolgen wieder stärker in den Blick geraten und auch die Art und Weise der Krisenlösung wieder stärker diskutiert wird. Wenn wir das Beispiel der Privatisierungen in Griechenland nehmen, sehen wir eine merk-

würdige Diskrepanz zwischen der Diskussion in Deutschland, die wieder eher in Richtung Rekommunalisierung geht und dem was die Troika unter deutscher Beteiligung in Griechenland fordert. Die Einnahmen durch Verkauf von Staatseigentum sind in den vergangenen Jahren marginal geblieben und aus vielen Studien wissen wir um die negativen Effekte, die eine privatisierte Daseinsvorsorge hat. Es wird höchste Zeit, solche Forderungen der Troika zu kippen.

spw: Wenn wir über eine gemeinsame Linie bei der Lösung der Eurokrise zwischen SPD, Grünen und Linken reden, wo sind die entscheidenden Aspekte aber auch Unterschiede?

» **C.K.:** Wir haben am Ende unseres Papiers geschlossen, dass eine Lösung nur zu machen ist, wenn die Europäische Ebene mit mehr Rechten und Kompetenzen ausgestattet wird. Das heißt für mich, dass das Europäische Parlament an Mitbestimmung gewinnen muss. Gerade in der aktuellen Krise sehen wir, dass vor allem die Exekutiven der Mitgliedstaaten die handelnden Akteure sind und waren. Und obwohl die EZB viele richtige Schritte unternommen hat, haben wir es hier ebenfalls mit einer Institution zu tun, die außerhalb der demokratischen Legitimationskette steht.

» **F.DM.:** Die Wahrheit ist immer konkret: Das portugiesische Verfassungsgericht hat die Rentenkürzungen der Troika kassiert. Das Europäische Parlament hat geschwiegen. Ich bin ja etwa dafür, dass wir Steuerdumping auf EU-Ebene bekämpfen. Nur sind Mindeststeuern für Konzerne mit diesen EU-Verträgen nicht umsetzbar. Man kann die Bemessungsgrundlage für Konzerne über das Wettbewerbsrecht harmonisieren. Ohne Mindeststeuern erleichtert das aber den Steuerwettbewerb. Oder nehmen wir die Tarifpolitik. Koordination ja. Aber die Hausaufgaben müssen wir schon in Deutsch-

land machen. Wir müssen die gesetzlichen Lohnbremsen wie sachgrundlose Befristung, Werkverträge und Leiharbeitlösen. Selbst die Bundesbank fordert nun ja höhere Löhne. Ich würde der EU etwa nicht die Kompetenzen für die sogenannten Arbeitsmärkte überlassen. Da kommt nur Mist raus wie die Monti-Verordnung bzw. Angriffe auf das Streikrecht.

» **C.K.:** Außerdem muss die Europäische Union das Recht bekommen, eigene Einnahmen zu generieren und sich zu verschulden. In der Krise waren die Mitgliedstaaten auch deshalb die entscheidenden Akteure, weil die Finanzausstattung der EU zu marginal ist, um wirkliche Effekte erzielen zu können. Deshalb bleibt vieles, was an europäischen Projekten auf den Weg gebracht wird, ein Tropfen auf dem heißen Stein. Viele – vor allem in der Linkspartei – sehen eine solche stärkere Rolle der EU aber mit Skepsis, weil sie die EU für neoliberale Reformen in der Vergangenheit mit verantwortlich machen. Sicher mag das so gewesen sein, aber ich glaube trotzdem, dass die EU als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems analysiert werden muss.

» **F.DM.:** Ich finde den Wettbewerb wer öfter Europa sagt banal. Es gibt kluge Leute im Umfeld der SPD bzw. des Max Planck Instituts wie den Doyen der europäischen Integration, Fritz Scharpf, die sagen, die europäische Integration war seit Mitte der 1980er Jahre ein trojanisches Pferd, um Demokratie und Sozialstaat zu schwächen. Das sind keine Anti-Europäer. Wir haben seit der Krise mehr europäische Governance. Etwa das europäische Semester und die nationalen Reformprogramme. Mein Kollege von den Grünen, Sven Giegold, kritisierte sogar, dass die Mitgliedstaaten diese Dinge unzureichend umsetzen. Aber dannginge es Europa noch dreckiger. Einen Mega-Etat für die EU finde ich unrealistisch. Zumal bei Sparkommissaren und schwachem Parlament. Ich befürworte kreditfinanzierte Investitionen, aber wir

müssen vor allem an die Vermögen der Millionäre ran. Cansel hat die Vermögensabgabe erwähnt. Das Vermögen der europäischen Millionäre übertrifft mit 17 Billionen Euro die Staatsverschuldung aller 28 EU Staaten.

spw: Cansel, du hast von vielen richtigen Schritten der EZB gesprochen. Welche Rolle spielt die EZB denn in der aktuellen Lage?

» **C.K.:** Die EZB hat in der Krise eine wichtige Rolle gespielt, weil sie durch die Entscheidung, im Notfall Anleihekäufe zu tätigen, die Finanzmärkte beruhigt hat. Das hat keine Troika und kein Europäischer Rat geschafft. Ohne die EZB wären wir wohl in einer sehr viel schlechteren Situation. Zudem ist der EZB die Deflationsgefahr bewusst. Mich beunruhigt aber, dass die geldpolitischen Instrumente, die die EZB hat, bald ausgereizt sind und es immer noch nicht zu einer spürbaren wirtschaftlichen Erholung gekommen ist. Das Problem der mangelnden Kreditvergabe an die Realwirtschaft muss politisch gelöst werden. Wenn das nicht bald passiert, dann können wir uns nicht mehr unbedingt darauf verlassen, dass die EZB noch Instrumente hat, um der Wirtschaft in der Eurozone zu helfen. Vielen Ländern sind außerdem durch den Fiskalvertrag dabei Hände gebunden, durch öffentliche Investitionen das Wachstum anzukurbeln.

» **F.DM.:** *It's the austerity, stupid.* Dagegen ist auch billiges Geld machtlos. Die privaten Haushalte versuchen Schulden abzubauen und die Banken wollen ihre Bilanzen sanieren. Daher investieren Unternehmen nicht und Banken vergeben kaum Kredite. Der Staat muss jetzt ran, um die Wirtschaft anzuschieben und ein crowding-in privater Investitionen zu ermöglichen. Die Fiskalpolitik ist wegen Schuldenbremsen jedoch zu träge. Kurzfristig brauchen wir direkte Kredite der EZB an Euro-Staaten, etwa über die Europäische Investitionsbank. Die EZB würde so öffentliche Investitionen finanzieren statt Finanzblasen. Ich bin skeptisch ob der Ankauf

von Staatsanleihen effektiv ist, auch wenn die Ankündigung von Draghi die Finanzmärkte beruhigt hat. Ganz zu schweigen vom Ankauf von Asset Backed Securities, also verbrieften Schrottkrediten. Der Effekt von Vermögenspreisen auf die Kreditvergabe ist in Europa schwächer als in den USA. In Deutschland ist es etwa schwerer ein Haus für Konsumentenkredite zu beleihen. Zum Glück. Ohne Aufschwung durch eine aktive Fiskalpolitik werden den Banken die Liquidität weiterhin bei der EZB parken oder schlicht im Casino zocken.

spw: Fabio, die Legislaturperiode des Europaparlaments hat gerade begonnen. Welche Rolle spielt die Eurokrise in Diskussionen unter den EU-ParlamentarierInnen?

» **F.DM.:** Im Wahlkampf spielte das fast keine Rolle. Aber Italien schrumpft, Frankreich stagniert, Deutschland rutscht in die Rezession. Jetzt gibt es lange Gesichter. Sozialdemokraten – vor allem aus Südeuropa – wirken sehr besorgt. Ich höre in Gesprächen immer wieder: Wir haben keine Zeit mehr. Das ist unsere letzte Chance. Aber im Parlament gibt es zu viele Schlafwandler. Der finnische EU-Vizepräsident für Wirtschaft, Kaitanen, kommt, sagt sein Gedicht vom Sparen auf und geht wieder. Junkers Investitionsprogramm über 300 Milliarden Euro ist hingegen kreative Buchführung. Und er schenkt der City of London einen Kommissar für Finanzmärkte. Der Mann hat Humor. Man trauert als Linker fast um den IWF. Der hat wenigstens gesagt: Sorry, wir haben uns mit der Kürzungspolitik verrechnet.

spw: Welche Rolle spielen die euroskeptischen Parteien und Abgeordneten im Europäischen Parlament? Wie begegnet ihr ihnen?

» **F.DM.:** Die spielen Anwalt der kleinen Leute. Dabei hat doch die AfD Lohn- und Rentenkürzer wie Hans Olaf Henkel nach Brüssel geschickt. Konrad Adam, ein führen-

des Mitglied der AfD wollte gar Rentnern und Erwerbslosen das Wahlrecht entziehen. Und Bernd Lucke beklagte gar kürzlich im Europaparlament, dass die Bundesregierung wenigen Beschäftigten die Rente mit 63 ermöglichen statt – wie in den nationalen Reformprogrammen des europäischen Semesters gefordert – die Lebensarbeitszeit weiter verlängere bzw. Renten kürze. Die AfD will also den Rentnern gemeinsam mit Brüssel ins Portemonnaie greifen. Wir müssen die Rechte daher angreifen. Aber nicht mit gerümpfter Nase, sondern mit klarer Kante. Dies erfordert auch die Spielregeln in der EU: von links zu kritisieren, wo nötig. Wir schaffen etwa über den EU-Binnenmarkt Lohndumping, weil Beschäftigte nach der Herkunft des Unternehmens, nicht nach Tarif vor Ort bezahlt werden. Wir haben einen echten Arbeiter-Strich in Deutschland, wo Zuwanderer ausgebeutet und dann als Aufstocker zum Amt geschickt werden. Das ist Sozialmissbrauch der Bosse. Solidarität erfordert, die Sprache der kleinen Leute zu sprechen. Stéphane Hessel, der Diplomat und große Europäer, rief uns zu: „Empört Euch!“ Das dürfen wir nicht diesem Professor aus Hamburg überlassen.

» C.K.: Wichtig ist auch, zu sehen, dass konservative Parteien häufig durch ihre eigene Wortwahl rechtspopulistische Forderungen begünstigen, statt sich ihnen in den Weg zu stellen. Wir haben in der Vergangenheit in Deutschland auch immer wieder Beispiele gesehen, wo reflexhaft versucht wurde, der Stammtischmeinung hinterher zureden.

spw: Wo seht ihr die EU in fünf Jahren?

» F.DM.: Ich kämpfe für ein neues Europa. Aber ich bin Realist. Keine Demokratie hält es aus, wenn jeder zweite Jugendliche ohne Job ist. In zwei europäischen Kernstaaten – Frankreich und England – hat die extreme Rechte die Wahlen gewonnen. In Deutschland stellt die SPD nur noch Vize-

Kanzler. Die Sozialdemokratie in Griechenland ist tot, in Frankreich geht sie kaputt. Die Entlassung des moderaten Linkssozialisten Montebourg als Wirtschaftsminister war ein Fehler. Was passiert in Italien, wenn Renzi nicht liefern kann? Das kann hässlich werden.

» C.K.: Ich hoffe, dass die EU in 5 Jahren ihre Wachstumsschwäche überwunden hat und die junge Generation zum größten Teil ihr Leben wieder selbst in der Hand hat – vor allem durch eigene Jobs. ■

Rot-grüner Regierungswechsel in Schweden

mit Schattenseiten: ohne Parlamentsmehrheit, einem Rekordergebnis für die Rechtspopulisten und einem angeschlagenen schwedische Modell

von Gero Maass

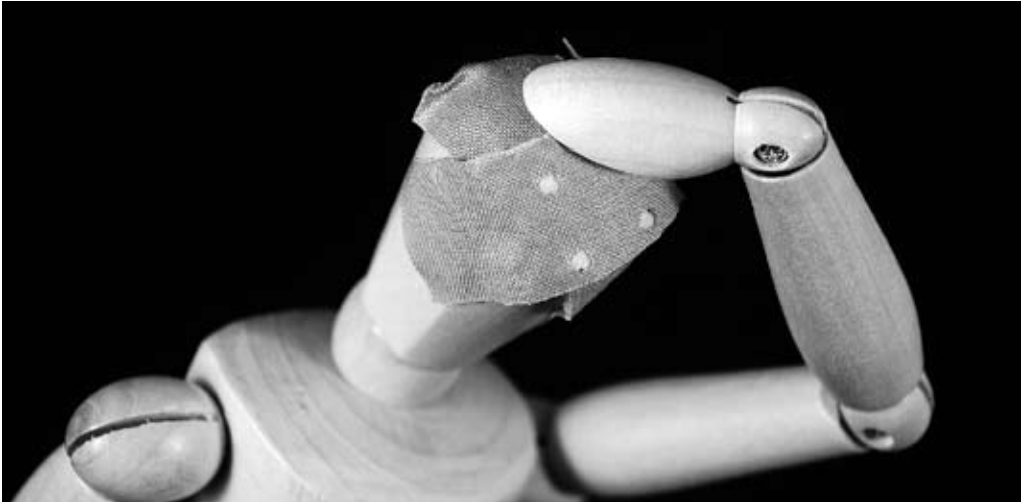


Foto: © pholidito - Fotolia.com

Wahlsieger ohne Mehrheit – Sozialdemokraten mit dem zweitschlechtesten Ergebnis seit 1921 zurück an die Regierung

Befreiter Jubel mochte bei der Partei SAP beim Wahlabend am 14. September 2014 jedoch nicht aufkommen. Seit 2006 hatte sie auf den Oppositionsbänken gesessen. Für eine Partei, die das Land in 70 der letzten 100 Jahre regiert hat, war die Bestätigung der bürgerlichen Regierung 2010 ein schwerer Schlag gewesen. Die SAP hatte sich im Zuge der letzten Jahre inhaltlich und personell reformiert, um mit dem Slogan der Zukunftspartei unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen an die Erfolge der Partei in der Vergangenheit anzuknüpfen und die Diskurshehoheit über das nordische Modell, die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung zurückzugewinnen.

Bildung, Gesundheit und Arbeit waren dann auch ihre zentralen Wahlthemen: Sinkende Qualität sowohl im (teilprivatisierten) Bildungs- und Gesundheitswesen sowie die relativ hohe (Jugend)Arbeitslosigkeit sprachen auch gegen die Mitte-Rechts-Regierung.

Mit ihren 31 lag sie diesmal nur knapp über den 30,7 Prozent von der letzten Wahl – dem schlechtesten Ergebnis seit 1921! Die SAP hatte die Wahl weniger gewonnen, als der amts-müde konservative Ministerpräsident sie verloren hatte. Politische Beobachter auch in den eigenen Reihen hatten der Führung schon im Wahlkampf vorgeworfen, sie sei zu zaghaft und vage. Den engagierten Versprechungen (2020 hat Schweden die niedrigste Arbeitslosigkeit der EU) standen nur unklare oder begrenzte Politikvorschläge gegenüber.

Trotzdem reichte es für den Regierungswechsel, weil alle bürgerlichen Allianzparteien

¹ Als Hintergrund sei auch die FES Studie von Gero Maass, „Die Reichstagswahlen in Schweden. Sozialdemokraten nehmen Kurs auf die Regierungsbearbeitung“ verwiesen. Link: <http://library.fes.de/pdf-files/id/10916.pdf>.

Einbußen haben hinnehmen müssen, allen voran die Moderaten unter Führung ihres Ministerpräsidenten Frederik Reinfeldt (minus 7 Prozentpunkte auf nun 23 Prozent). Eine Mehrheit des rot-rot-grünen Lagers kam indes nicht zustande: von den 349 Sitzen im Reichstag gingen 158 Mandate an rot-rot-grün, 142 an die vier bürgerlichen Allianzparteien. Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten (SD) erzielten mit 12,9 Prozent ein Rekordergebnis und wurden damit drittstärkste Partei. Mit ihren 49 Sitzen wurde sie zum Zünglein an der Waage im Reichstag (Wahlergebnis im Detail: www.val.se).

Rot-grüne Minderheitsregierung auf Abruf

Nach Reinfeldts Rücktritt bestätigte der Reichstag Stefan Löfven als neuen Staatsminister. Möglich machen dies die Regeln des schwedischen Negativ-Parlamentarismus: gewählt ist ein Staatsminister, wenn er keine Mehrheit gegen sich hat. Die Rechtspopulisten hatten zwar gegen Löfven gestimmt, die bürgerlichen Allianzparteien hatten sich jedoch der Stimme enthalten. Tags darauf berief Löfven sein Kabinett, nachdem beide Parteien sich in den Tagen zuvor auf ein gemeinsames Regierungsprogramm geeinigt hatten – obwohl sich die Grünen mit einem ihrer zentralen Wahlkampfversprechen, der Stilllegung von zumindest zwei der vier älteren Kernkraftwerke, nicht durchsetzen konnten.

Die neue 24-köpfige Regierung hat 18 sozialdemokratische und erstmals 6 grüne Minister (12 Frauen und 12 Männer). Ihre beiden Parteivorsitzenden besetzen das Bildungs- sowie das Klima- und Umweltressort. Völlig unabhängig wird die Arbeit der Grünen in diesen wichtigen Ministerien allerdings nicht von Statten gehen: Im neuen Regierungsmodell werden die Aufgaben in diesen Ministerien von beiden Parteien gemeinsam übernommen. Die neue Umweltministerin etwa bekommt einen sozialdemokratischen Energieminister zur Seite gestellt.

Vor allem Arbeit, Bildung, Klima, Integration und Wohlfahrtsstaatsreformen hat sich die neue Regierung auf ihre Fahnen geschrieben. Die erste konkrete Ankündigung war indes außenpolitischer Natur: die diplomatische Anerkennung eines palästinensischen Staates, die postwendend auf heftige Kritik im In- und Ausland stieß.

Die nächste entscheidende Hürde: bis Mitte November muss der Haushaltsentwurf durch den Reichstag gebracht sein. Nun sind Minderheitsregierungen im kooperativ angelegten Parlamentarismus in allen nordischen Ländern nichts Außergewöhnliches. Die Blockbildung im letzten Jahrzehnt hat indes dazu geführt, dass die früheren, fallweisen Mehrheitsbeschaffer aus dem Kreis der Allianzparteien auf Abstand gegangen sind.

Was ist denkbar?

Sollte die Regierung ihr Budget nicht durchbringen, stünden die Zeichen auf Neuwahlen – eher ungewöhnlich in Schweden und das letzte Mal vor über 60 Jahren notwendig. Eine große Koalition zwischen SAP und Moderaten böte zwar eine stabile parlamentarische Mehrheit, ist indes ohne Tradition und gegen die politische Kultur des Landes.

Wird das Budget akzeptiert, so könnte es für Löfven in Zukunft leichter werden. Er versucht sich vor allem auf die Volks- und Zentrumspartei zuzubewegen (das Kunststück dabei: ohne die Linkspartei zu verlieren!) und sie schrittweise aus der Allianz zu lösen. Sollten die Moderaten nach Reinfeldts Öffnungskurs wieder einen Rechtsschwenk einleiten, könnte es für den Ministerpräsidenten leichter werden. Ein wachsender Teil der Moderaten könnte sich – analog zur neuen konservativ-rechtspopulistischen Regierung in Norwegen – in Zukunft eine Zusammenarbeit mit der SD vorstellen. In der ersten Meinungsumfrage nach den Wahlen gewinnt die

SD weiter an Zustimmung und plädieren 50 Prozent der Wähler der Allianzparteien für eine Öffnung hin zu den Schwedendemokraten. (laut IPSOS Wahlbarometer: www.ipsos.se).

Schwedens Gesellschaftsmodell im Stresstest

Bislang war der nordisch-schwedische Weg gekennzeichnet durch

- hohes Vertrauen in die politischen und gesellschaftlichen Institutionen
- strukturelle Mehrheiten links der Mitte
- einen kooperativen Stil im Parlament

sowie in Wirtschaft und Gesellschaft durch eine

- Verbindung von wirtschaftlicher Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit mit einer starken sozialpolitischen Leistungsbilanz
- auf der Basis sozialpartnerschaftlich geprägter industrieller Beziehungen, hoher Beschäftigungszahlen und alles gewürzt mit einem guten Schuss Egalität.

Gesellschaftlicher Wandel, Migration, Globalisierungsdruck und die neue politische Landschaft nagen an Schwedens sozialdemokratisch geprägtem Sonderweg:

1. Die politische Achse verschiebt sich seit 20 Jahren nach rechts – Schweden ist kein sozialdemokratisches Stammland mehr. Zwar haben wir eine Regierung links der Mitte, die Parlamentsmehrheit liegt jedoch rechts der Mitte. Für die Sozialdemokraten – selbst Wegbereiter wie Ausdruck des schwedischen Weges – sind die alten Zeiten alleiniger (Minderheits-) Regierungen vorüber – sie sind auf Koalitionspartner angewiesen. Mehr noch:

in den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die politische Achse in Schweden nach rechts verschoben. Allerdings sind sie als stärkste Kraft im Parlament immer noch in der Lage über intelligente Koalitionsarrangements die Politikagenda zu bestimmen – anders als sozialdemokratische Parteien der europäischen Runde.

2. Die komplexere Parteienlandschaft sorgt für unklare Mehrheitsverhältnisse, könnte den kooperativen Politikstil sowie die Handlungsfähigkeit bedrohen und damit das politische Vertrauen in die staatlichen Institutionen untergraben. Neben der alten, wirtschafts- und sozialpolitisch dominierten Links-Rechts-Achse orientieren sich die politischen Milieus zunehmend an der GAL-TAN-Achse „grün, alternativ und libertär“ versus „traditional, autoritär und national“. So findet man dann die neue Feministische Initiative (mit 3,1 Prozent knapp an der 4 Prozent-Hürde gescheitert) im feministisch-liberalen, tendenziell linken Milieu oder die SD im rechten, autoritären Feld.

Die Rechtspopulisten haben nicht nur aus dem konservativen Lager gewonnen. Reinfeldts positive Einlassungen zur offenen Flüchtlingspolitik mögen ihm nochmals Wählerstimmen gekostet haben. Kein anderes EU-Land hat in den letzten Jahren pro Kopf mehr Flüchtlinge aufgenommen als Schweden. Der SD-Politikmix aus Sozialpopulismus, Europaskeptizismus, Eliten- und Migrationskritik ist indes auch für die Sozialdemokraten eine gefährliche Mischung. Internen Umfragen des Gewerkschaftsbundes LO zufolge, folgen sie (zwar mit Abstand!) den Sozialdemokraten als zweitstärkste Gruppierung, wenn die Mitglieder nach ihren parteipolitischen Präferenzen befragt werden.

3. Steuer- und verteilungspolitisch ist der Profilierungsspielraum gering. Die Steuererleichterungen der bürgerlichen

Koalition banden weite Teile der Mittelschicht an die bürgerlichen Regierungsparteien – die Steuerquote sank in den Reinfeldt-Jahren um vier Prozentpunkte von 44 auf 40 Prozent. Rot-Grün will das Gros dieser Regelungen unangetastet lassen. Bleibt abzuwarten, wie die neue, als ökonomisch und finanzpolitisch vorsichtig bekannte Finanzministerin Magdalena Andersson geplante Mehrausgaben für Bildung, Wohlfahrt und Arbeitsplätze finanzieren will.

Auch in Schweden ist insgesamt eine Machtverschiebung weg von der Arbeit und hin zum Kapital als Folge der wirtschaftlichen Globalisierung zu beobachten: Laut OECD gehört Schweden immer noch zu den Ländern mit der gerechtesten Einkommensverteilung. Gleichzeitig verzeichnete das Land jedoch zwischen 1985 bis 2010 den steilsten Anstieg aller OECD-Länder bei der Ungleichheit.

4. Schwedens Sozialdemokraten hatten schon in den 80er Jahren mit einer Debatte über Effizienzsteigerungen im öffentlichen Sektor begonnen, in den 1990er Krisenjahren auch Leistungen zurückgeschnitten und später den steuerfinanzierten Dienstleistungsbereich sogar vorsichtig für private Anbieter geöffnet. Diese Öffnungspolitik hatten die Reinfeldt-Regierungen dann im breiten Stil fortgeführt. *Private choice in the public sector. The new Swedish welfare model* – unter diesem Titel firmierte eine Studie des einflussreichen konservativen Think Tanks Timbro. Dieser stand dann auch Pate für den Tenor des Schwerpunktberichts des *Economist* (vom 2.2.2013) über das *new nordic model*. Was dem internationalen Publikum als neues, zukunftsweisendes Modell verkauft wurde, war und ist im Land selbst jedoch höchst umstritten. Auf zunehmende Kritik stieß, dass freie Träger, sprich private Unternehmen, vor allem

im Schul-, Altenpflege und Gesundheitsbereich auf legalem Weg hohe Gewinne erzielten. Rot-Grün kündigte schon an, die Gewinnentnahmen nun durch eine Rückinvestitionspflicht zurückführen zu wollen (was indes noch der Bestätigung durch den Reichstag bedarf).

5. Die wachsende Gerechtigkeitslücke, die gestiegene Arbeitslosigkeit (vor allem unter den Jugendlichen und Migranten) und die Entwicklungsrichtung des öffentlichen Dienstleistungssektors haben das Pendel in der Politik nach acht Jahren wieder zurückschwingen lassen. Indes nicht mehr nur zu Gunsten der Sozialdemokraten allein. Das rechtspopulistische Argument vom „Wohlfahrtsstaat ja, aber nur für Schweden“ verfängt.

Gleichzeitig markieren die Wahlen einen Wendepunkt der schwedische Gesellschaft, die dabei ist, ihren modellhaften Sonderweg zu verlassen und sich mehr in Richtung des europäischen Mainstream zu entwickeln. Kann die Sozialdemokratie im Kontext der fragilen rot-grünen Koalition und eines rechtspopulistischen Züngleins an der Waage die Diskurshegemonie über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung zurückgewinnen? ■

↳ Dr. Gero Maass ist Leiter des FES-Büros Stockholm für die nordischen Länder

2017 – „Weiter so!“ oder Politikwechsel?

von Horst Heimann

2013 gingen die drei relativ linken Parteien – SPD, Grüne, Die LINKE – mit einem Projekt für einen deutlichen Politikwechsel in den Wahlkampf. Für alle drei Parteien waren

Höhere Steuern für Superreiche Voraussetzung für einen Politikwechsel,

um notwendige Reformen und Zukunftsinvestitionen zu finanzieren, aber auch um das schnelle Anwachsen der Ungleichheit etwas abzubremsen. Damit das Thema Politikwechsel nach Bildung der großen Koalition nicht endgültig aus den Programmdebatten der Parteien verschwindet, muss lange vor den nächsten Bundestagswahlen präzisiert werden, worum es bei solchen Steuererhöhungen eigentlich geht, nämlich: nicht um mehr Geld für den Staat als Selbstzweck, sondern um die Finanzierung bisher vernachlässigter konkreter Gemeinschaftsaufgaben, aber auch grundsätzlich um die künftige soziale, moralische und demokratische Qualität unserer Gesellschaft, deren Zusammenhalt und Akzeptanz (47 Prozent Beteiligung bei Landtagswahlen!) durch die dramatische Zunahme der Ungleichheit gefährdet ist. Im Februar 2014 machte der DIW Wochenbericht die für Deutschland besonders beschämende Feststellung, die in fast allen Medien zitiert und kritisiert wurde: „Innerhalb der Eurozone weist damit Deutschland vor Österreich die höchste Vermögensungleichheit auf.“¹

Wenn künftig eine Politik möglich werden soll, die diesen auch ökonomisch schädlichen Trend zu immer mehr Ungleichheit umkehren kann, ist auch eine empirische Theorie der Gesellschaft notwendig, die aufzeigt, worum es bei dieser Vertiefung der Kluft zwi-

schen Arm und Reich geht, und wo die Ursachen dafür liegen. Ein Schlüssel für eine Ursachenerklärung ist in Thomas Pikettys Buch „Capital in the Twenty-First Century“ zu finden, das Mark Schieritz in der ZEIT rezensierte.² Schieritz referiert die Quintessenz dieses Buches, das mit fast 300.000 verkauften Exemplaren in wenigen Monaten zu einem spektakulären Bestseller geworden ist: Piketty zeichne „das Bild einer Gesellschaft, in der Herkunft und nicht Leistung über die soziale Stellung entscheiden und einige wenige immer größere Reichtümer anhäufen.“ Und er wolle erklären, „wie es so weit kommen konnte – und seine Diagnose ist verstörend: Die Konzentration der Vermögen ist eine Art Naturgesetz des Kapitalismus.“

Die ökonomischen Daten aus vielen Ländern zeigten ein Muster: „Über die Jahrhunderte hinweg haben sich die Vermögen stets erheblich schneller vermehrt als die Wirtschaftsleistung. ... Das Einkommen aus Arbeit kann nicht mit dem Einkommen aus bereits angehäuften Vermögen Schritt halten.“ (Marx nannte das „Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital“.)

Im Widerspruch zu diesem „Naturgesetz des Kapitalismus“ habe Piketty aber in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine „Auffälligkeit“ entdeckt: „Mitte des 20. Jahrhunderts nähern sich die Renditen auf Arbeit und Kapital plötzlich an. ... Die Löhne stiegen kräftig, die Arbeitnehmer profitierten vom Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Andererseits gingen die Vermögenserträge zurück, weil ... die Reichen besteuert werden, um die Sozialleistungen und die öffentliche Infrastruktur zu finanzieren. In den USA etwa lag der

¹ DIW Wochenbericht 9/2014, S. 156

² Mark Schieritz, Wer hat, dem wird gegeben, in: Die ZEIT, 6. März 2014, S. 24

Spitzensteuersatz bis in die sechziger Jahre hinein bei über 90 Prozent.“

Doch dieser „anormale“ Trend zu mehr Gleichheit wurde schon seit den siebziger Jahren wieder umgekehrt: „Die Steuern wurden gesenkt, und der Sozialstaat wurde zurückgebaut – und damit nähern sich die spätindustriellen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts laut Piketty den Klassengesellschaften des 19. Jahrhunderts an.“³

Die von Piketty im Zusammenhang mit den beiden Trendwenden beschriebenen Faktoren, wie z. B. „Ausbau des Wohlfahrtsstaates“ und Rückbau des „Sozialstaates“ weisen in eine bestimmte Richtung für eine Ursachenerklärung: Bei diesen Faktoren handelt es sich nicht um Wirkungen des objektiven Faktors Kapitalismus, sondern des subjektiven Faktors politisches Bewusstsein und Handeln der Menschen. Denn nicht der Kapitalismus hat den „Wohlfahrtsstaat“ ausgebaut und dann den „Sozialstaat“ zurückgebaut und die Steuern für Reiche massiv gesenkt, sondern politisch handelnde Menschen mit unterschiedlichem politischen Bewusstsein haben das getan. (In marxistischer Terminologie: Es waren nicht Wirkungen der ökonomischen Basis, sondern des ideologischen Überbaus.) Veränderte Kräfteverhältnisse zwischen den Akteuren konkurrierender politischer Ideen und Ziele hatten zu einer Trendwende der Politik in Richtung egalitäre Gesellschaft geführt, und seit einigen Jahrzehnten zur neoliberalen Politik: Rückkehr zu den „Klassengesellschaften des 19. Jahrhunderts“. Anknüpfend an die wissenschaftlichen Erkenntnisse Pikettys könnten Sozialdemokraten, die sich an die theoretischen Traditionen ihrer Partei erinnern, diese Entwicklung vorwärts zum egalitären Wohlfahrtsstaat und dann rückwärts zur Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts, politisch wie folgt interpretieren:

Durch Klassenkampf der Arbeiterbewegung – vorwärts zur egalitären Gesellschaft, und zurück zur Klassengesellschaft – durch Klassenkampf des Kapitals

Gemäß des „Naturgesetzes des Kapitalismus“ erwarb die vom Kapitaleinkommen lebende Klasse immer mehr Reichtum, Privilegien und Macht, so dass sie als „ökonomisch herrschende Klasse“ die in Armut lebende, ohnmächtige, oft rechtlose Arbeiterklasse beherrschen und ausbeuten konnte. Aus dem existenziellen Erleben dieser ungerechten Klassengesellschaft entstand eine Praxis des sozialen Protestes und der Solidarität. Aus dieser sozialen Praxis und der theoretischen Aufklärungsarbeit sozialistischer Intellektueller entstanden Klassenbewusstsein und zielgerichteter Klassenkampf. Das wurde zur Triebkraft für die Entwicklung einer sozialistischen Arbeiterbewegung. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – in Frankreich stolz „les Trentes Glorieuses“ genannt – wurde die Kapital-Seite durch diesen erfolgreichen Klassenkampf sogar zu einem „Klassenkompromiss“, zum damals viel gelobten „Sozialstaatskompromiss“ und zur „Sozialpartnerschaft“ gezwungen. Die Kapital-Klasse und ihre willigen Helfer mussten die Arbeiterklasse als ebenbürtigen Partner anerkennen, mit ihr auf Augenhöhe verhandeln, sie am wachsenden Wohlstand teilhaben lassen und eine Entwicklung zu mehr Gerechtigkeit und Gleichheit akzeptieren.

Wenn auch keineswegs alle politischen Gegensätze und Auseinandersetzungen auf die Klassengegensätze zurückzuführen sind, so spielte doch immer auch ein objektiv vorhandener Interessengegensatz eine wichtige Rolle: Welchen Anteil am Volkseinkommen sollen die Kapitaleigner erhalten und welchen Anteil die lohnabhängig Beschäftigten? Nicht eine geheimnisvolle „Unregelmäßigkeit“ im Kapitalismus, sondern der erfolgreiche Klassenkampf führte dazu, dass „Mitte des 20. Jahrhunderts sich Renditen auf Arbeit und

3 Ebd.

Kapital annähern“ (Piketty), dass der Anteil der Lohnneinkommen am Volkseinkommen zu Lasten der Kapitaleinkommen anstieg. Im Widerspruch zum „Naturgesetz des Kapitalismus“ stieg in Deutschland die Lohnquote zwischen 1961 und 1980 von 62 auf 65 Prozent an.⁴

Neoliberalismus – Erfolgreicher Klassenkampf des Kapitals

Die Entwicklungstendenz zur „egalitären Gesellschaftsordnung“ erregte seit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts das Missfallen von wissenschaftlich-intellektuellen, politischen, medialen und natürlich auch ökonomischen Machteliten, weckte in ihnen ein offensives Klassenbewusstsein und motivierte sie zur Aufkündigung des Sozialstaatskompromisses und zur Wiederaufnahme des längere Zeit eingestellten Klassenkampfes. Nicht das objektive „Naturgesetz des Kapitalismus“, sondern der subjektive erfolgreiche Klassenkampf der neoliberalen Machteliten führte die meisten Industrieländer zu Beginn des 21. Jahrhunderts zurück zur „Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts“. (Ein kritischer amerikanischer Intellektueller stellte schon vor der Jahrhundertwende fest: Die amerikanischen Unternehmer haben den Arbeitern den Klassenkrieg erklärt. Und sie haben ihn gewonnen!) Die neoliberale Ideologie wurde zur „geistigen“, sozialen und politischen Hegemonialmacht, die Kluft zwischen Arm und Reich vertiefte sich dramatisch, vor allem wegen der Finanzmarktkrise kam es in vielen Ländern zu einer Verelendung großer Teile der Bevölkerung (über 50 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos!). Das erklärte Ziel des neoliberalen Klassenkampfes, den Anteil der Kapitaleinkommen zu Lasten der Lohnneinkommen massiv zu erhöhen, wurde überall erreicht. In Deutschland ging die Lohnquote von 65 Prozent im Jahr 1980 auf 56 Prozent

2007 zurück.⁵ Während die Reallöhne sanken, schnellten die Kapitaleinkommen nach oben. Statt diese ungerechter werdende Verteilung der Primäreinkommen durch eine soziale Steuerpolitik wenigstens etwas abzumildern, verstärkte die globale neoliberale Politik sogar diesen Trend zu mehr Ungerechtigkeit. Dem Streben der superreichen Oberschicht nach schnellerem Wachstum ihres Reichtums wurde absolute Priorität eingeräumt: der Sozialstaat wurde zurückgebaut, die Steuern für Reiche massiv gesenkt und die Gewerkschaften weitgehend entmachtet.

Aus der Fülle der ständig publizierten Informationen über die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, also über die triumphalen Erfolge der Egalitarismuskritik, seien hier nur noch folgende Daten erwähnt: Das oberste Zehntel der Deutschen verfügte 1998 über 45 Prozent der Privatvermögen, 2008 über 53 Prozent, die untere Hälfte, also fünfzig Prozent, 1998 noch über 4 Prozent, 2008 nur noch über 1 Prozent.⁶ Auch die Entwicklung der Einkommen widerspiegelt die Teilung der Gesellschaft in zwei Klassen: Zwischen 1999 und 2009 sank das Einkommen der unteren 40 Prozent, beim ärmsten Zehntel um 9,6 Prozent, beim fünften Zehntel blieb es gleich, vom sechsten bis neunten Zehntel stieg es um bescheidene 1,1 bis 3,2 Prozent, während es beim reichsten Zehntel um 16,6 Prozent anstieg. Dieses reichste Zehntel erntete also faktisch nicht nur den ganzen Zuwachs dieser Jahre, sondern erhielt auch noch alles, was man den unteren 40 Prozent weggenommen hatte.⁷

Die drei Parteien, die 2013 diese Regression zu „den Klassengesellschaften des 19. Jahrhunderts“ durch höhere Steuern für Superreiche stoppen wollten, gewannen zwar eine Mehrheit der Bundestagsmandate. Aber poli-

4 Hermann Adam, Die politische Ökonomie wachsender Ungleichverteilung der Einkommen, in: Sonderdruck aus: Wirtschaftsdienst, 94. Jg. (2014), H. 2, S. 105

5 Hermann Adam, a. a. O., S. 105

6 Die ZEIT, 27. September 2012

7 DIW 2011, zitiert bei Michael Fischer, Fachkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion „Nützt der Staat“, Berlin 16.5.2013

tische Defizite in allen drei Parteien machten eine Koalition und damit den notwendigen Politikwechsel unmöglich. Für 2017 könnten neue Chancen für einen Politikwechsel entstehen, weil die SPD nicht mehr a priori eine linke Dreierkoalition ausschließt, also nicht mehr garantiert, dass es unter Merkel so weiter geht wie bisher.

2017: SPD stellt den Kanzler einer rot-rot-grünen Koalition oder den Vizekanzler einer kleinen Koalition unter Merkel

Diese Kurskorrektur der SPD gegenüber der Linkspartei enthält die reale Chance, dass 2017 eine rot-rot-grüne Regierung mit einem SPD-Kanzler die Rückkehr Deutschlands zur „Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts“ stoppt und die Weichen wieder in Richtung mehr soziale Gerechtigkeit stellt. Gegen dieses best-case-scenario für die große Mehrheit begann aber eine klassenbewusste neolibérale Minderheit schon im Wahlkampf 2013 eine Medienkampagne gegen Pläne, die massiven Steuergeschenke an die Superreichen im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts wenigstens teilweise zurückzufordern: Bis Anfang der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts galt auch für Kapitaleinkommen, wie für Lohneinkommen, ein Spitzensteuersatz von 56 Prozent, gegenüber nur noch 25 Prozent heute, während hohe Einkommen, für die man arbeiten muss, noch mit 42 oder 45 Prozent besteuert werden.

Um den relativ linken Parteien eine Korrektur ihrer Steuerpolitik schmackhaft zu machen, „argumentierten“ sie mit dubiosen Deutungen und Verdrehung von Fakten: Die enttäuschenden Wahlergebnisse der Oppositionsparteien seien Folge ihrer Forderungen nach Steuererhöhungen, wobei sie nie erwähnten, dass davon nur höchstens 5 – 10 Prozent betroffen gewesen wären. Aber diese knapp 10 Prozent sind für manche „das Volk“, das in der Demokratie herrscht, wie z. B. ein Artikel von Uwe Jean Heuser in der ZEIT

vom 26.9.2013 zeigt: Im Zusammenhang mit grundsätzlicher Kritik an Plänen für Steuererhöhungen fordert er, die Politik müsse erst einiges korrigieren, „bevor sie dem Volk neue Einnahmen abringt“.

Im Gegensatz zu dieser „Wahlanalyse“ wurden bei allen Meinungsumfragen vor der Wahl die Forderungen nach Steuererhöhungen immer von einer deutlichen Mehrheit befürwortet. Im Politbarometer vom 18.10.2013, als die Kampagne gegen Steuererhöhungen schon auf Hochtouren lief, unterstützten immer noch 69 Prozent, also über zwei Drittel, die steuerpolitischen Forderungen der Oppositionsparteien, die ja auch die absolute Mehrheit der Mandate gewonnen hatten.

Im Zusammenhang mit der Erklärung, die Forderungen nach Steuererhöhungen seien Ursache für das schlechte Abschneiden von SPD und Grünen, wurde auch immer wieder der generelle „Linksruck“ dieser Parteien kritisiert. Tina Hildebrandt warnte am 26.9. in der ZEIT fast alle Parteien, auch die CDU, vor einem „Linksruck“, weil der ihnen nur Wählerverluste bringen könne: „Denn das ist eine weitere Botschaft der Wahl: Linker wird’s nicht. ... Jede Bewegung weiter nach links ist für die CDU gefährlich Denn linker kann es für die Sozialdemokraten auch nicht werden, wenn sie Volkspartei bleiben will.“ (Um wortgetreu zu zitieren, wurde der Grammatikfehler im letzten Satz nicht korrigiert.)

Die Begriffe „Linkskurs“ und „links“ haben hier einen deutlichen Bezug zu den beiden Hauptklassen unserer Gesellschaft: „Linkskurs“ bezieht sich auf eine neue Politik, die wieder einen angemessenen Ausgleich oder Kompromiss herstellen möchte zwischen der großen Mehrheit der von Lohneinkommen lebenden Menschen und der in den letzten Jahrzehnten eindeutig bevorzugten Minderheit der obersten zehn Prozent, auch „das Volk“ genannt. Der Kern des Kampfes gegen

Steuererhöhungen bedeutet: Der in den letzten Jahrzehnten erkämpfte Stand der Ungleichheit darf nicht reduziert werden, sondern muss weiter ausgebaut werden. Schon in der Wochenzeitung die ZEIT vom 26.9.2013 durfte der grüne Ministerpräsident in Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, auf einer ganzen Seite den „Linksruck seiner Partei“ und „eine Steuerorgie“ für die Niederlage seiner Partei verantwortlich machen und in die Kampagne gegen Steuererhöhungen einsteigen.

Da die Grünen aus Rücksicht auf ihre „besser verdienenden“ Wähler leichter auf Steuererhöhungen verzichten können, wird es vor allem von der SPD abhängen, ob es 2017 überhaupt ein mehrheitsfähiges Angebot für einen Politikwechsel Richtung mehr soziale Gerechtigkeit gibt. Ein Bericht in der Frankfurter Rundschau vom 8.8.2014 deutet auf den ersten Blick eine Chance dafür an: Karl Doemens resumierte das wahlstrategische Ziel Gabriels für 2017, optimistisch klingend, wie folgt: „Zweitens möchte er seine Partei so aufstellen, dass sie 2017 den Kanzler stellen könnte.“ Dafür wolle er „seiner Partei in der Mitte der Gesellschaft neue Fanggründe sichern, ... neue Wählergruppen erschließen, ... um endlich wieder über die 30-Prozent Marke zu kommen“.

Doch wie soll sich die SPD programmatisch so aufstellen, dass sie „endlich wieder über die 30-Prozent Marke kommt“? Kerngedanken einer programmatischen Neupositionierung, mit der die SPD wieder Wahlsiege feiern möchte, ist offensichtlich für einige: Vom „Linksruck“ des Wahlprogramms 2013 wieder zurück zur Mitte, Steuersenkungen statt Steuererhöhungen, weniger Betonung der sozialen Gerechtigkeit, die nur für 25 Prozent der Wähler wichtig ist.

Führende Kader der SPD haben tatsächlich, einige vielleicht sogar wider besseres Wissen, die neoliberale Kampagnenthese

übernommen: Die Forderungen nach Steuererhöhungen, die in allen Umfragen von einer großen Mehrheit befürwortet wurden, seien die Ursache für die schlechten Wahlergebnisse der damaligen Oppositionsparteien. Auf einer Podiumsdiskussion Ende März 2014 stellte Steinbrück selbstkritisch fest, er und die SPD seien bei der Wahl mit einem Programm für Steuererhöhungen angetreten und damit „auf die Schnauze gefallen“.⁸ Im April 2014 erklärte Gabriel im Bundestag: Kein Mensch könne angesichts sprudelnder Steuereinnahmen nachvollziehen, „wenn wir öffentlich erklärten, wir hätten zu wenig und müssten die Staatseinnahmen erhöhen“.⁹

Nicht nur in der Steuerpolitik, sondern grundsätzlich fordert Stephan Weil eine Kurskorrektur und Erweiterung des Profils der SPD: Mit unserem aktuellen Profil bedienen wir vor allem den Punkt Soziales. Damit können wir 25 Prozent plus X gewinnen.¹⁰ Das auf die Grundwerte der SPD bezogene normative Argument bekräftigt er noch: **„Zugunsten eines starken Profils bei der sozialen Gerechtigkeit“** habe die SPD ihre Wirtschaftskompetenz vernachlässigt.¹¹ Auch zur Stärkung der Wirtschaftskompetenz fordert er, mehr für „Bildung“ zu tun, die „ein wesentlicher Bestandteil jeder modernen Wirtschaftspolitik (ist)“.¹² Er scheint zu glauben, Mehrausgaben für „Bildung“ noch „in dieser Legislaturperiode“ durch Steuersenkungen finanzieren zu können, weil es „niemand mehr (gibt), der die kalte Progression verteidigt.“ Hoffentlich befolgt die SPD nicht seinen Ratschlag: **„Von der FDP lernen, heißt siegen lernen!“**

Ähnlich träumt auch Thomas Kralinski, Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion in Brandenburg, von glorreichen Zeiten für

8 Süddeutsche Zeitung, 28.3.2014, S. 6

9 Der SPIEGEL, 5.5.2014, S. 22

10 Süddeutsche Zeitung, 13.6.2014

11 Frankfurter Rundschau, 26./27. Juli 2014

12 Ebd.

die SPD, wenn sie sich von der „Steuererhöhungspartei“ zur „Steuersenkungspartei“ emporschwingt: Der „Linksschwenk“ der SPD 2013 habe kaum etwas gebracht. „Eine Steuererhöhungspartei ist einfach nicht attraktiv Es ist nur folgerichtig, dass Sigmar Gabriel das Ende der Steuererhöhungspolitik verkündet und die Bereitschaft zur Steuersenkung.“ Das Wahlprogramm der SPD von 2013 diffamiert er mit der beleidigenden Unterstellung: „Auch was die SPD mit dem Geld vorhatte, ist weitgehend im Nebel geblieben.“¹³

Die ZEIT weist sarkastisch und schadenfroh (denn der Schaden für die SPD wird sicher eintreten) darauf hin, dass Gabriel mit seinem „radikalen Kurswechsel“ den Genossen zumute, „nun Positionen (zu) vertreten“, die sie vorher bekämpft hatten: „Über Monate hatte die SPD getrommelt, nur durch höhere Steuern könnten Straßen saniert, Schulen renoviert, Kinder besser gefördert, Alte intensiver gepflegt werden.“ Und „vollends den Anschluss an ihren Vorsitzenden verloren zahlreiche Genossen, als Gabriel verkündete, wie er die Renovierung von Brücken und Straßen zu finanzieren gedenke: mit dem Geld privater Investoren. Eine Idee direkt aus dem Nachlass der FDP.“¹⁴

Wenn sich die SPD 2017 tatsächlich am „Nachlass der FDP“ orientieren sollte, dann dürfte sie zwar dennoch die 5-Prozent-Hürde schaffen, aber bestenfalls noch den Vizekanzler einer kleinen Koalition stellen. Denn niemand würde eine Koalition mit der dann geschrumpften SPD noch GROKO nennen. Noch könnte eine selbstbewusste und lebendige Partei in einem sachlichen Diskussionsprozess verhindern, dass die SPD 2017 tatsächlich wie „Schlafwandler“ auf diesem „neuen Weg zur Macht“ in die Ohnmacht „hineinschlittert“.

Da der von Spitzenpartei Freunden bei Grünen und SPD angekündigte steuerpolitische Kurswechsel noch von keinem Gremium dieser Parteien beschlossen wurde, dürfte die Frage noch offen sein und weitere Diskussionen erlauben. Gegen die Zweck-Interpretation, dass die Forderungen nach Steuererhöhungen für Superreiche die Ursache für die enttäuschenden Wahlergebnisse von SPD und Grünen gewesen seien, müsste zunächst die Tatsache und Wahrheit in die Debatte eingebracht werden: Diese Forderungen wurden immer von einer großen Mehrheit der Wahlberechtigten unterstützt, zwischen 60 und 80 Prozent. Im Politbarometer vom 18.10.2013 von 69 Prozent, also über zwei Drittel. Wenn also in sachlichen Diskussionen die Befürworter von Steuererhöhungen bei Grünen und SPD die Mehrheitsmeinung des Volkes auch zur Mehrheitsmeinung ihrer Volksvertreter und ihrer Parteiführungen machen, dann können die drei linken Parteien ihre bereits 2013 gewonnene absolute Mehrheit im Bundestag 2017 weiter ausbauen und den notwendigen sozialen Politikwechsel durchsetzen. (Inschallah!) ■

¹³ Thomas Kralinski, Und was tut die SPD für mich? In: Berliner Republik, Nr. 3 u. 4, 2014, S. 16 ff.

¹⁴ Peter Dausend und Petra Pinzler, Schneller, als die Partei erlaubt, in: Die ZEIT, 25. September 2014, S. 11

☞ Horst Heimann, Dr. rer. pol. Mitbegründer (1975) und Vorstandsmitglied der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus.

Sammelrezension: Der Erste Weltkrieg und die Folgen

von Thilo Scholle

Die Rolle der deutschen Sozialdemokratie vor und während des Ersten Weltkriegs wird in der öffentlichen Debatte aktuell wenig beachtet. Vor diesem Hintergrund ist die Neuauflage des erstmals im Jahr 1975 erschienenen Bandes „Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904–1913“ des Historikers Helmut Bley ausgesprochen interessant. Für die Neuauflage hat der Autor ein Vorwort beigesteuert, in dem er vor allem auf die aktuelle erinnerungspolitische Debatte eingeht. Dieser fehle sowohl der Blick auf die innenpolitischen Debatten der Zeit wie auch darauf, dass mit der deutschen Sozialdemokratie, der liberalen Friedensbewegung und den anderen sozialistischen Parteien in Europa sehr wohl ein Gegengewicht zum Kriegskurs der Regierungen bestanden habe.

Im Mittelpunkt des Buches steht die Beschreibung der politischen Überlegungen Bebels zu einem drohenden Krieg in Europa. Bebel habe dabei keine explizit marxistische Analyse betrieben, sondern sich weitgehend an den Beobachtungslinien normaler Machtpolitik orientiert. Basis der Darstellung sind neben den Reichstags- und Parteitagereden Bebels vor allem Berichte, die der britische Honorarkonsul in Zürich über einige Gespräche mit Bebel in den Jahren vor seinem Tod an das britische Außenamt in London sandte. Bley arbeitet heraus, dass Bebel davon ausgegangen ist, die deutsche Sozialdemokratie sei strukturell nicht in der Lage, einen möglichen Krieg zu verhindern. Dies könnte nur England durch ein Aufrüsten der Flotte, das den Rüstungswettlauf für die konservativen Eliten des Deutschen Reichs dann zu teuer werden lassen könnte. In einem umfangreichen zweiten Teil des Bandes sind sämtliche der angesprochenen Quellen und Berichte abgedruckt.

Der Band bietet damit einen interessanten Einblick in die Entwicklung des außenpoli-

tischen Denkens bei August Bebel. Darüber zeigt er, wie ernsthaft führende Sozialdemokraten vor 1914 über die drohende Kriegsgefahr nachdachten, und darüber hinaus auch pragmatisch nach Wegen der Kriegsverhinderung suchten.

Sozialdemokratie und Weltkrieg in Österreich

Einen kompakten Überblick über die Debatten in der österreichischen Sozialdemokratie (SDAP) vor und während des Ersten Weltkriegs bietet der im Rahmen einer Broschüre des Vereins zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in Wien veröffentlichte Text von Lutz Musner. Ausgangspunkt ist für ihn die – letztendlich rhetorische Frage – ob auch die Sozialdemokraten „Schlafwandler“ im Sinne der Thesen Christopher Clarks auf dem Weg in den Krieg waren.

Der Autor zeichnet die innerparteilichen Debatten in der SDAP umfassend nach. Skizziert wird dabei auch die politische Situation im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn. Eingangs arbeitet Musner heraus, wie auch die Funktionäre der SDAP von einem Verteidigungskrieg überzeugt waren. Die Möglichkeit zur Aktion gegen den Krieg, das Aufbauen auf der Anti-Kriegs-Rhetorik der Jahre zuvor sei dadurch verspielt worden. Ausführlich werden sodann die schon sehr bald nach Kriegsbeginn einsetzenden Debatten und Widerstände gegen den Krieg skizziert, die ihren stärksten Ausdruck im Attentat Friedrich Adlers auf den Ministerpräsidenten Graf Stürgkh fanden.

Letztendlich zieht Musner das Fazit, dass der Parteiführer Victor Adler seinen politischen Kurs zwar zunächst zu nah an der Politik der Mehrheit der deutschen Sozialde-

mokratie und damit in der Vorstellung eines Verteidigungskriegs gegen den russischen Zaren ausgerichtet habe. Seine Verdienste würden diesen Irrtum jedoch bei weitem überwiegen: Das Zusammenhalten der Parteiflügel sowie die Vermeidung eines überhasteten Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich.

Terror in der Etappe Gent

Mit den Verbrechen deutscher Offiziere und Soldaten im besetzten Belgien befasst sich der Band „Erotik und Spionage in der Etappe Gent“ von Heinrich Wandt. Der Band ist eine Zusammenstellung aus in den 1920er Jahren erschienenen Büchern des Autors sowie einigen weiteren Texten. Darin sammelte Wandt Beispiele zur Dekadenz und Vergnügungssucht der Offiziere, zur Folter und Ermordung von Gefangenen, zum Terror gegen die Zivilbevölkerung, sowie über die persönliche Bereicherung der Offiziere. Der Band besteht aus vielen einzelnen Beiträgen, einen einordnenden Erzähler gibt es nicht. Der Schreibstil Wandts ist zudem sehr polemisch und grob. Ziel des Buches war offensichtlich, das Fehlverhalten der Offiziere bloß zu stellen. Sehr plump gerät zudem die Darstellung der meisten Frauen, die in der Regel nur als willige Freundinnen deutscher Soldaten und sprachlich oft mit abwertenden Worten beschrieben werden.

Eine Nachbemerkung des Herausgebers Jörn Schütrumpf gibt einige Hinweise zur schillernden Persönlichkeit Wandts. Wandt, in der Weimarer Republik der KPD nahestehend, gehört zu den schillernden Gestalten der politischen Publizistik seiner Zeit. Die Materialien für „Etappe Gent“ erwarb er unter anderem durch den Kauf geheimer Dokumente. Ein gegen ihn vom Reichsgericht verhängtes Urteil von sechs Jahren Haft wegen Landesverrats gehört zu den größten Justizskandalen der Weimarer Republik. Erst eine unter anderem von Paul Levi im Reichstag initiierte Kampag-

ne führte zur Freilassung Wandts. Insgesamt stellt das Buch daher ein interessantes Zeitdokument dar. Von der Moral und Ethik der Truppe „in der Etappe“ zeichnet es jedenfalls ein vernichtendes Bild.

Umkämpfte Kriegserinnerungen

In seinem Band „Veteranen der Republik“ nimmt der in Sheffield lehrende Historiker Benjamin Ziemann „pro-republikanische Erinnerungen“ an den Weltkrieg in den Blick. Ziemann möchte sich der These entgegenstellen, die Erfahrungen des Krieges hätten bei der übergroßen Menge der Kriegsteilnehmer zu persönlicher Verrohung und im politischen Stil zu einer Militarisierung der eigenen Vorstellungen geführt. Die Kriegserlebnisse hätten eben nicht ganze Generationen zu einem gewalttätigen Sein erzogen. In diesem Sinne argumentierende Historiker, die das Scheitern der Weimarer Republik vor allem über die These von den fehlenden „Republikanern“ erklären, hält Ziemann entgegen, dass mit dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ sowie dem „Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen“ die anteilig meisten Kriegsteilnehmer bei sozialdemokratischen Verbänden organisiert gewesen seien.

Am Übergang von Monarchie zur Republik seien performative Rituale nötig gewesen, um die Strukturen der partizipativen Demokratie anschaulich und verständlich zu machen. Anders als bei rechten Verbänden hätten Reichsbanner und Reichsbund eine „Perspektive von unten“ geboten, in der einfache Soldaten mit ihren auch weniger heldenhaften Erinnerungen vorkommen konnten. Mit den konservativen und rechtsradikalen Verbänden habe es erbitterte Auseinandersetzungen über die Form des Kriegserinnerns gegeben. Neben dem Kampf gegen die „Dolchstoßlegende“ sei es auch um die grundsätzlichen politischen Schlussfolgerungen aus der Kriegserfahrung gegangen, bei der Ziemann

auch Berührungspunkte und Schnittmengen zu pazifistisch orientierten Veteranenverbänden herausarbeitet.

Ziemann sieht das Reichsbanner damit nicht als militaristisch geprägt an – das traditionelle Misstrauen der Kriegsveteranen aus der Arbeiterklasse gegen den militärischen Drill der kaiserlichen Armee habe dies verhindert. Damit habe das Reichsbanner auch nicht zu einer allgemeinen Militarisierung der Politik in der Weimarer Republik beigetragen. Einige Ambivalenzen macht Ziemann trotzdem aus: So in der Weigerung des Reichsbanners, Frauen als Mitglieder zuzulassen. Ein Blick in die ausgeliehene Literatur zum Krieg in Arbeiterbibliotheken für Ende der 1920er Jahre zeige zudem, dass neben Romanen wie „Im Westen nichts Neues“ – die Aufführung des Films gelang an vielen Orten nur unter massivem Schutz des Reichsbanners – auch nationalistische Autoren gelesen wurden. So hätten die Verbände durchaus die Notwendigkeit erkannt, auch die nicht selbst kriegserfahrende Generation mit Büchern und anderem Material zum Krieg zu versorgen.

Insgesamt ist Ziemann ein sehr spannender und meinungsstarker Beitrag zur Geschichte der (sozial-)demokratischen Bewegung in der Weimarer Republik gelungen. Zugleich zeigt er, dass die Verarbeitung der Kriegserlebnisse des Ersten Weltkriegs eben nicht zwangsläufig zu Militarismus und anti-demokratischem Denken führen mussten.

Eine andere Interpretation bietet demgegenüber Arndt Weinrich in seiner beim Weltkriegs-Experten Gerd Krumeich in Düsseldorf entstandenen Dissertation „Der Weltkrieg als Erzieher. Jugend zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus“. Im Mittelpunkt des Bandes steht der Umgang der Hitlerjugend mit dem Weltkrieg, gestreift werden auch der katholische KJMV sowie das sozialdemokratische „Jungbanner“. Letztlich kommt Weinrich zum Ergebnis, es habe sich



**Karl Christian Führer/
Jürgen Mittag/ Axel Schildt/ Klaus
Tenfelde (Hg.)**
Revolution und Arbeiterbewegung
in Deutschland 1918–1920

Klartext Verlag, Essen 2013
466 Seiten, 39,95 €



Heiko Müller
„Kinder müssen
Klassenkämpfer werden!“
Der kommunistische Kinderver-
band in der Weimarer Republik
(1920–1933)

Tectum Verlag, Marburg 2013
307 Seiten, 29,90 €



Tim B. Müller
Nach dem Ersten Weltkrieg
Lebensversuche moderner Demo-
kratien

Hamburger Edition, Hamburg 2014
173 Seiten, 12,00 €

**Verein für Geschichte der
ArbeiterInnenbewegung (Hrsg.)**
Die österreichische Sozialdemokratie und der Erste
Weltkrieg

Dokumentation 1-4/ 2014
87 Seiten, Wien 2014, (o. Abb.)



Heinrich Wandt
Erotik und Spionage in der Etappe Gent
Deutsche Besatzungsherrschaft
in Belgien während des Ersten
Weltkriegs

Herausgegeben von Jörn Schütrumpf
Karl Dietz Verlag, Berlin 2014
366 Seiten, 19,90 €



Arndt Weinrich
Der Weltkrieg als Erzieher
Jugend zwischen Weimarer Republik
und Nationalsozialismus

Klartext Verlag, Essen 2013,
351 Seiten, 39,95 €



Benjamin Ziemann
Veteranen der Republik
Kriegserinnerung und demokra-
tische Politik 1918–1933

J.H.W. Dietz Verlag, Bonn 2014
381 Seiten, 24,90 €

eine „erinnerungskulturelle Schnittmenge“ zwischen den Jugendverbänden herausgebildet, die als vorpolitischer Wertekonsens die Grenzen zwischen den weltanschaulichen Lagern transzendiert habe. In den letzten Jahren der Weimarer Republik sei trotz aller politischen Divergenzen eine Jugendgedenkultur entstanden, in der eine heroisierende Thematisierung des „Opfers der Frontsoldaten“ stattgefunden habe. Spezifischer Punkt des NS-Gedenkens sei dann gewesen, eigene Opfer im politischen Kampf und gefallene Frontsoldaten zu verbinden.

Allerdings macht Weinrich selbst eher ungewollt auch die Unterschiede deutlich, wenn nach seiner Einschätzung das Jungbanner „Frontkämpfer der Republik“ ausbilden wollte, was mit dem Mythos des nationalsozialistischen Kämpfers nur denselben Bezugspunkt in einem historischen Ereignis, möglicherweise aber einen ganz anderen interpretatorischen Zugang hat. Dieser Frage geht der Autor aber kaum nach. Inwieweit unter der Oberfläche ähnlicher Begrifflichkeiten und Bezugspunkte nicht tatsächlich völlig unterschiedliche Prägungen entstanden, wird so leider nicht weiter verfolgt.

Insgesamt ist Weinrich trotzdem ein lesenswertes Buch gelungen, das vor allem einen guten Überblick über die Entwicklung des Weltkriegsgedenkens in den nationalsozialistischen Jugendverbänden bis in die NS-Zeit hinein nachzeichnet.

Die politische Jugend nimmt auch Heiko Müller in seine Dissertation zur Geschichte des kommunistischen Kinderverbandes in der Weimarer Republik in den Blick. Aufgrund der Quellenlage bleibt er dabei weitgehend an der Organisationsentwicklung sowie den politischen und pädagogischen Debatten im Verband orientiert. Ausgerichtet auf Kinder von bis zu 14 Jahren, gelang es den Kommunisten jedoch nie, mehr als einige 10.000 Kinder zu organisieren. Damit blieben sie deutlich

hinter kirchlichen Verbänden und auch den sozialdemokratischen Kinderfreunden zurück. Müller zeichnet die verschiedenen Entwicklungsphasen des Verbandes nach. Deutlich wird, dass vor allem die enge Ausrichtung des Verbandes auf Agitation und Befolgung zentraler Direktiven ein ernsthaftes jugendpolitisches und jugendpädagogisches Programm und Wirken verhinderte. Einzelne Erfolge konnte der Verband in schulpolitischen Auseinandersetzungen erzielen, allerdings standen hier immer wieder die grundsätzliche Ablehnung der Weimarer Republik und die negative Einschätzung ihrer Reformunfähigkeit größeren tagespolitischen Initiativen im Wege. Von Seiten der Behörden sei die kommunistische Jugendarbeit daher bedeutender und gefährlicher eingeschätzt worden, als sie es tatsächlich gewesen sei.

Revolution und Republik

Nicht überzeugen kann die Argumentationslinie des kleinen Bändchens von Tim B. Müller. Der Autor will der Frage nachgehen, warum von den Nachkriegsdemokratien in Europa nur die deutsche zusammengebrochen sei. Dabei versucht Müller ein Nachvollziehen der Prozesse in der Weimarer Republik in ihrem historischen Kontext mit einigen allgemeinen Schlussfolgerungen zu den Funktionsbedingungen von Demokratie zu verbinden.

Ohne materielle Grundlage bleibe die Demokratie leeres Versprechen. Der demokratische Wohlfahrtsstaat des 20. Jahrhunderts sei die Antwort auf dieses Problem gewesen. Die geistigen Wurzeln dieses Denkens macht Müller u.a. in den Vorstellungen zu einer „sozialen Demokratie“ im Denken von Lorenz von Stein aus. Letztendlich sieht Müller in der Regierungserklärung des (kurzzeitigen) sozialdemokratischen Reichskanzlers Gustav Bauer von 1919 den Startschuss für die Entwicklung des Sozialstaats im Rahmen einer sozialen und liberalen Demokratie sowie als

Absage an sozialistische Umwälzungen in Deutschland.

Müller ordnet die so unterstellte Entwicklung der Weimarer Republik in den Kontext weiterer europäischer Länder ein. Die Verwendung des Begriffs „soziale Demokratie“ bei den Austromarxisten und linken Sozialdemokraten ignoriert Müller, und leistet sich nur einen oberflächlichen und pauschalen Seitenhieb gegen die „unrealistischen und gewaltträchtigen Utopien der Linksradikalen, der ‚Unabhängigen‘ und der ‚Kommunisten‘“. Der Kern aller zeitgenössischen Bemühungen um die soziale und liberale Demokratie sei ein „demokratischer Kapitalismus“ gewesen. Den demokratischen Wohlfahrtsstaat hätten von links bis rechts alle einigermaßen gemäßigten Parteien getragen. Jenseits von schlechtem Krisenmanagement der politischen Eliten kann Müller dann aber auch keine weitere These zum Scheitern der Weimarer Republik beisteuern.

Insgesamt sind Müllers Feststellungen zum Charakter der Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat wenig plausibel. Gesellschaftliche Kämpfe und Kräfteverhältnisse werden geflissentlich ignoriert, und ein gesellschaftlicher Konsens in der Weimarer Republik unterstellt, den es so schlicht nicht gab. So bietet der Band kaum Anknüpfungspunkte für weiterführende Debatten.

Wesentlich weiterführender sind demgegenüber die im Sammelband „Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920“ versammelten Beiträge. Im Mittelpunkt der meisten Texte steht das Agieren von Gewerkschaften und Gewerkschaftern. Hierbei geht es sowohl um gesellschaftsverändernde und gesellschaftsumwälzende Vorstellungen unter Gewerkschaften während der Revolutionstage wie auch um die Entwicklungen von Arbeitsrecht, Betriebsräten und Sozialpartnerschaft.

Souverän eingeleitet wird der Band, dessen Beiträge u.a. auf einer Tagung im Jahr 2009 basieren, durch einen Überblicksartikel des Mitherausgebers Jürgen Mittag. Einen interessanten Beitrag steuert auch Klaus Schönhoven zu den Gewerkschaften als „Wegbereiter sozialer Demokratie?“ bei, in der er die handelnden Akteure als nüchterne Realisten beschreibt, die nicht an einen naturnotwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus geglaubt hätten. Interessant ist auch der Text von Willy Buschak zu „Metallarbeiter und Revolution“, in dem er die Zeit von 1918 bis 1923 als „zusammenhängende Kette gewaltsamer Auseinandersetzungen“ einordnet. Ambivalent ist der Beitrag von Rudolf Tschirbs zu „Arbeiterrausschüsse, Betriebsräte und Gewerkschaften 1916–1922“, in dem er ein sehr positives Bild der Entwicklung hin zum Betriebsrätegesetz von 1920 zeichnet, aber die Schuld an den mehreren Dutzend toten Demonstranten vor dem Reichstag am Tag der Verabschiedung des Gesetzes doch viel zu einseitig der vermeintlich skrupellosen Agitation der USPD zuschreibt.

Deutlich wird in vielen Beiträgen, wie umkämpft die neue politische und gesellschaftliche Ordnung gerade im Ruhrgebiet bis Mitte der 1920er Jahre war. Immer wieder klingt die Bedeutung der Erlebnisse des Ruhrkampfes und der Auseinandersetzungen mit Polizei und Freikorps für die Gedankenwelt der Aktiven in Sozialdemokratie und KPD an. Der viel zu früh verstorbene Mitherausgeber des Bandes, Klaus Tenfelde, steuert hier einen lesenswerten Beitrag zur Denkmalskultur im Ruhrgebiet als Erinnerung an die Kämpfe des Jahres 1920 bei. Den vier Herausgebern ist damit die Zusammenstellung eines sehr interessanten Bandes gelungen. ■

☞ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Rezension:

Bartlos in Algier – die letzte Reise des Karl Marx

von Robert von Olberg und Thilo Scholle

Marx ohne Bart – ist das vorstellbar? Im Frühjahr 1882 ließ sich der unablässige Theorieproduzent auf einer Reise in Algier Haupt- und Barthaare kürzen, machte aus Rücksicht auf seine Töchter und Freunde vorher aber noch einmal ein Bild in alter Bartpracht. Diese Aufnahme zierte auch das Titelbild des kleinen Bändchens „Die letzte Reise des Karl Marx“ des Münsteraner Soziologen Hans Jürgen Krysmanski. Es zeigt einen verschmizt lächelnden Marx, der gutmütig in die Kamera blickt.

Dabei war der Grund der Reise kein schöner. Kurz zuvor Witwer geworden, verschlimmerten sich Marx' eigene gesundheitliche Leiden zunehmend. Auf Anraten von Friedrich Engels sollte die Luft- und Klimaveränderung einer Reise nach Nordafrika hier Linderung bringen.

Krysmanskis Schilderung schöpft ausgesprochen kenntnisreich aus den unerschöpflichen Quellen der MEW¹, um dieses letzte größere Reiseabenteuer zu rekonstruieren. Erzählerische Ausschmückungen, die der Autor als solche auch gar nicht leugnet, lassen aus der Quellenauswertung eine munter erzählte Novelle werden, in der sowohl der Mensch Karl Marx als auch seine politischen und wissenschaftlichen Gedanken im Mittelpunkt stehen.

Als Erster-Klasse-Passagier reist Marx ans Mittelmeer. Dennoch liefert ihm die Bahnfahrt reichlich Gelegenheit zur Festigung seiner politischen und theoretischen Überzeugungen. Seine Betrachtung des technischen Fortschritts, der ihm an Bahnhöfen und Häfen begegnet, ist zugleich eine Bestandsauf-



Hans Jürgen Krysmanski:

Die letzte Reise des Karl Marx.

Westend Verlag 2014, 109 Seiten, 10 €.

nahme der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der Industrialisierung. Wenn die Bahn auf freier Strecke ohne erkennbaren Grund zum Halt kommt, so dient ihm dies als Bestätigung seiner Ablehnung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Krysmanski schildert die Kontroverse mit russischen Aktivisten über die Frage, ob das agrarisch geprägte Russland den Bedingungen der Marx'schen Revolutionstheorie zu entsprechen imstande ist. Beim Anblick des verschmutzten Wassers am Mittelmeer wird der Wirtschaftstheoretiker aber auch zum frühen Umweltaktivisten. In den Kasinos Monte Carlos gibt sich Marx den Versuchungen des Spiels hin. Die Theorie, die er aus diesen Erfahrungen ableitet und die Krysmanski geschickt in seine Erzählung einzubauen versteht, mag sich in der heutigen Zeit des Kasinokapitalismus noch viel größeren Interesses und größerer Aktualität erfreuen als zur Zeit ihrer Entwicklung.

Mit der fiktiven Person der jungen Vera Stirner wird Marx zudem eine wiederkehrende Begleiterin an die Seite gestellt, die als Projektionsfläche für die Erläuterung einiger zen-

1 Marx-Engels-Werke

traler Thesen Marxens steht. Im lehrsamem Gespräch mit der gescheiten Verehrerin kommt Marx mit seinen Theorien selbst zu Wort.

Insgesamt liefert Krymanskis Büchlein nicht allein Lesevergnügen, sondern zeichnet auch ein wohlwollendes Portrait von Marx als Person von Humor und Ironie. Kleine Ein-

sprengsel an Theorie lassen zudem aufblitzen, dass auch ein Griff zu Marx' Werken nach wie vor lohnend ist. ■

⇒ Robert von Olberg studiert Politikwissenschaft und ist stellvertretender Vorsitzender der SPD Münster.

⇒ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Rezension: Organisation und Vielfalt. Modernisierungen der Gewerkschaftspraxis.

von Christel Teiwes-Kügler

Stephan Meise untersucht in seiner Dissertation den Modernisierungs- bzw. „Revitalisierungsprozess“ der Gewerkschaften. Genauer geht er der Frage nach, wie sich die in die Krise geratenen Gewerkschaften auf die Herausforderungen des gesellschaftlichen und politischen Wandels einstellen und welche Potentiale darüber hinausgehend ausgeschöpft werden könnten oder müssten, um sich unter veränderten Handlungsbedingungen die eigene gesellschaftliche und interessenpolitische Bedeutung zu erhalten. Der Autor untersucht diese Frage am Beispiel der Industriegewerkschaft Metall und stützt sich dabei auf drei Regionen: (1) eine westdeutsche, urbane Kernregion industrieller Produktion mit hohem Organisationsgrad, (2) eine westdeutsche ländlich-kleinstädtische und strukturschwache Region, in der mit hohem Aufwand einige gewerkschaftliche „Inseln“ organisiert werden und (3) eine ostdeutsche Region, in der die massiven Transformations- und De-Industrialisierungsprozesse der Wiedervereinigung bis heute nachwirken. Die drei Regionen stehen quasi prototypisch für unterschiedliche Ausgangslagen der Umstellung und Neuausrichtung gewerkschaftlicher Interessenorganisation. Der Autor fokussiert dabei auf den bislang weniger beachteten mitgliedernahen Bereich.

Stephan Meise (2014):
Organisation und Vielfalt.
Modernisierungen der
Gewerkschaftspraxis.



Wiesbaden:
Springer VS Verlag,
391 Seiten (mit Anhang),
Preis 49,99 €,
ISBN 978-3-658-06057-2.

Wie sich herausstellt, handelt es sich um die Organisation vielfältiger Interessenlagen und um einen komplexen, durchaus konfliktreichen und ungleichzeitig verlaufenden Umstellungsprozess. In diesem Prozess stehen sich Tradition und Modernisierung bzw. Stabilität und Wandel nicht diametral gegenüber, sondern nehmen vielfach spezifische Formen des prozesshaften Nebeneinanders an.

Der Autor ordnet seine Arbeit einer „kritischen Gewerkschaftsforschung“ (S. 9f.) zu, deren Anliegen es ist, die in diesem Prozess bestehenden sozialen Ungleichheiten und Machtverhältnisse aufzuzeigen und damit

auch einen Beitrag zur Demokratisierung des Diskurses um die gewerkschaftliche Erneuerung zu leisten.

Die Publikation umfasst drei Teile mit insgesamt 12 Kapiteln und Unterkapiteln (361 Seiten ohne Literaturverzeichnis und Anhang). Einleitend werden die vielschichtigen Veränderungen erörtert, mit denen sich die Gewerkschaften auseinander zusetzen haben und die zusätzlich neben massiven Umwälzungen in Ostdeutschland zu bewältigen sind. Die Ausführungen unterstreichen einmal mehr den Umfang der Herausforderungen.

Teil 1 der Arbeit befasst sich zunächst mit einer sorgfältigen Analyse des gewerkschaftssoziologischen Forschungsstandes, wobei Meise auf die zunehmende Heterogenität der Beschäftigten und Gewerkschaftsmitglieder sowie auf sozialstrukturelle Verschiebungen innerhalb der gewerkschaftlichen RepräsentantInnen eingeht. Ebenso werden bisher nicht erreichte Beschäftigtengruppen benannt (u.a. höher und hochqualifizierte Angestelltenberufsgruppen, weibliche und jüngere Beschäftigte). Im Fazit zum Forschungsstand stellt Meise eine „Perspektivenverengung“ (S. 47) der bisherigen Forschung fest, „die die Komplexität der sozialen Beziehungen zwischen gewerkschaftlichen Repräsentanten und Repräsentierten unterschätzt“ (ebd.) und bspw. von einzelnen Faktoren oder Determinanten ausgehend die Gewerkschaftsmitgliedschaft untersucht (S. 27ff).

Interessant und neu an der Dissertation sind der Forschungsansatz und die Forschungsperspektive, die anschließend entfaltet werden. Es handelt sich um einen „praxeologischen“ Zugang, d.h. der Autor fokussiert auf die gewerkschaftliche Handlungspraxis in unterschiedlichen gewerkschaftlichen Handlungsfeldern. Es geht ihm um die Darstellung der komplexen Zusammenhänge zwischen regionalen Struk-

turbedingungen, historisch gewachsenen sozialen Akteursbeziehungen und deren alltagsweltlich wie gewerkschaftlich erworbenen Dispositionen und Handlungsmuster. Dabei werden die Gewerkschaften selbst als ein Feld analysiert, das auf unterschiedlichen Ebenen vom Kampf um Deutungs-hoheiten, Machtpositionen und Vorherrschaften durchzogen ist.

Theoretischer Bezugsrahmen der Arbeit sind die Habitus-, Feld- und Kapitaltheorie Pierre Bourdieus, die um die Konzepte der politischen Kultur (Rohe) und der Organisationskultur (Schein) erweitert werden. Die Analyse gewerkschaftlicher Handlungsfelder wird dabei als Alternative zur „Intermediaritätsthese“ (S. 57) gesehen. Die Kritik am Intermediaritätskonzept richtet sich gegen zu sehr als homogen aufgefasste Interessen von „Arbeit“, „Kapital“ und „Staat“, die im Rahmen institutioneller Regelungen vermittelt werden sollen. Zudem sei das Intermediaritätskonzept zu wenig konflikt- und akteurstheoretisch ausgerichtet und verkenne die unterschiedlichen Eigenlogiken der Handlungsfelder, in die Gewerkschaftspolitik verwoben ist. Werde die Gewerkschaft hingegen als ein soziales Feld mit mehreren institutionellen Handlungsdimensionen aufgefasst, ließen sich, so Meise, „sowohl die Heterogenität und Konflikthaftigkeit der alltäglichen gewerkschaftlichen Praxis als auch der systematische Zusammenhang der Praxisfelder der Organisation erfassen“ (S. 59).

In Teil 2 der Arbeit stellt Meise für drei exemplarisch ausgewählte Regionen (s.o.) und jeweils vier interdependente gewerkschaftliche Handlungsfelder („Feld der Gewerkschaftsorganisationen“, „ökonomisches Feld“, „politisches Feld“ und „Feld der Alltagskulturen“, vgl. Abb.1, S. 59) systematisch eine Beziehung her zwischen Handlungsbedingungen und internen Auseinandersetzungen im Hinblick auf die Umstellungsherausforderungen. Die je spezifischen Konstellationen

führen jeweils zu einer, wie Meise empirisch belegen kann, gewerkschaftlichen Praxis, die relativen Eigenlogiken folgt und sich auch in Konfrontation zu hegemonialen Handlungsstrategien der Gewerkschaftsführung befinden kann.

Die Untersuchung ist qualitativ angelegt, baut auf eine vorangegangene Studie auf und arbeitet mit erweiterten Gruppendiskussionen und themenzentrierten Einzelinterviews. Befragt wurden gewerkschaftliche Experten (Gewerkschaftssekretäre, Betriebsräte, Vertrauensleute) sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder) unterschiedlicher Berufsgruppen und Qualifizierungsniveaus. Die Auswertung des empirischen Materials folgt der im Kontext der hannoverschen Habitus- und Milieuforschung entwickelten „Habitus-Hermeneutik“.

Der Autor fasst dann die Befunde zu sog. „regionalen Entwicklungspfaden“ (S. 167) zusammen und untersucht in Teil 3 der Arbeit, wie sich diese regionalen Pfadabhängigkeiten auf die Umsetzung gewerkschaftlicher Modernisierungskampagnen und Mitgliederentwicklungsprojekte auswirken. Er tut dies anhand von drei betrieblichen Fallstudien, die den oben genannten Untersuchungsregionen zugeordnet sind. Die aufwendigen Analysen sind mit viel Originalton angereichert, um die unterschiedlichen Sichtweisen und Bewertungen der Akteure aufzuzeigen.

Stephan Meise ist es gelungen, auf der Grundlage dieses multidimensionalen und relationalen Zugangs, der verschiedene organisationale Ebenen, Akteursbeziehungen und Akteursperspektiven sowie regionale Besonderheiten und vorhandene Ressourcen mit einbezieht, ein ausgesprochen differenziertes Bild zur Modernisierung der gewerkschaftlichen Handlungspraxen und Organisationskulturen aufzuzeigen und diese auch

zu erklären. Der innovative Zugriff auf das Thema stellt m.E. eine echte Bereicherung für den Diskurs dar.

Für die Gewerkschaften liefert das Buch vielfältige Belege und Anhaltspunkte, wie der Vielfalt der ArbeitnehmerInneninteressen begegnet und ebenso noch bestehende „Repräsentationslücken“ (S. 354) geschlossen werden können, ohne die Interessen der bisherige facharbeiterischen Kernklientel zu vernachlässigen. Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass die von den Gewerkschaftszentralen und Vorständen entwickelten strategischen Ausrichtungen und Kampagnen nicht 1:1 auf die regionale Ebene übertragbar sind. Die praktische Umsetzung der Erneuerungspolitiken erfordert vielmehr eine Anpassung an die spezifischen strukturellen und organisationskulturellen Bedingungen vor Ort. Dafür sind Handlungsspielräume und innergewerkschaftlich Formen der partizipativen Auseinandersetzung notwendig. Nicht in der zentral vorgegebenen einheitlichen Linie stecken die Potenziale zur gewerkschaftlichen Erneuerung sondern gerade in den vielfältigen regionalen Praktiken und Organisationskulturen. Meise plädiert, ohne die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaften aufgeben zu wollen, für ein neues gewerkschaftliches Leitbild, das er als „Organisation der Vielfalt“ bezeichnet (vgl. S. 359). M.E. könnte das Leitbild auch lauten: „Organisation der Vielfalt durch Vielfalt in der Organisation“.

☞ Christel Teiwes-Kügler, Dipl.-Sozialwiss. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Gesellschaftsbild und Weiterbildung“ am Fachgebiet Erwachsenenbildung/Politische Bildung der Universität Duisburg-Essen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Bildung und soziale Ungleichheit, Theorie und Methoden der typenbildenden Habitus- u. Milieuanalyse sowie politische Bildung und interessenpolitische Orientierungen.

DL21

DL 21 Aktuell

FORUM DEMOKRATISCHE LINKE

DIE LINKE IN DER SPD.

Mitgliederversammlung am 4. Oktober 2014

Am 4. Oktober 2014 kamen über 100 Mitglieder in Berlin zur außerordentlichen Mitgliederversammlung der DL21 zusammen. Es wurde sehr ausführlich über die Situation der Linken in der SPD diskutiert. Insbesondere über die in der Presse angekündigte Gründung der „Plattform neue Linke“.

Dass jeder Austritt aus der DL 21 bedauerlich sei, wurde dabei nochmals bekräftigt. In der Debatte wurden die Austrittsgründe allerdings auch hinterfragt und zum Beispiel der Vorwurf besprochen, dass die DL21 mit den Regionalgruppen Parallelstrukturen bilden würde. Hier konnte auf die Geschichte der DL21 verwiesen werden. Gründungen von Regionalgruppen/Landesgruppen gab es seit 2001. Außerdem haben angesichts der Größe unseres Vereins mehrere Mitglieder deutlich gemacht, dass eine regionale Ausdifferenzierung sinnvoll und notwendig ist.

Die Mitglieder haben zudem bekräftigt, die inhaltliche Arbeit der DL21 weiterhin in den Mittelpunkt zu stellen um linkssozialdemokratische Perspektiven zu entwickeln. Die Befürchtung, dass es einen inhaltlichen Roll-back geben könnte, wurde geäußert und der klare Auftrag an die DL21 formuliert, die programmatische Weiterentwicklung der SPD auf der Grundlage des Regierungsprogramms 2013 zu unterstützen. Hierzu konnten den Mitgliedern die **Dokumentation unserer Frühjahrstagung** vorgelegt werden. Diese kann im DL Büro gegen einen kleinen Unkostenbeitrag von 4,- Euro (zzgl. 1,- Euro Versandkosten) bestellt werden.

Es wurde in der Debatte unterstrichen, dass diese programmatische Arbeit nicht von tagespolitischen Ereignissen zu trennen ist und dass sich die DL21 natürlich zu tagespolitischen Themen äußert.

Die direkte Beteiligungsmöglichkeit der Mitglieder der DL wurde immer wieder hervorgehoben. Der DL-Vorstand wird diese basisorientierte Arbeit weiter ausbauen.

Von ausnahmslos allen Anwesenden wurde immer wieder betont: Wichtiges Ziel der DL21 als Teil der Parteilinken bleibt es, Mehrheiten innerhalb der SPD für linke Politik zu organisieren. Die DL wird sich daher weiter in die Arbeit zur Koordinierung der Parteilinken einbringen, auch wenn der jetzt erfolgte Aufruf über die Medien stark kritisiert wurde und die DL21 zunächst nicht explizit eingeladen war. Es wurde aber klargestellt, dass die angedachte Plattform gewachsene Strukturen nicht zerstören darf, sondern Bestehendes verbinden sollte. Eine Spaltung der Linken in der SPD führe zu einer Schwächung der gesamten Linken in der SPD. Das kann niemand wollen, der in Verantwortung für die Gesamtpartei handelt. Daher sind alle, die sich zur Parteilinken bekennen, auf das Treffen am 14. und 15. November in Magdeburg eingeladen. Die DL21 ruft dazu auf, nach Magdeburg zu kommen. Wir brauchen eine starke Linke in der SPD, denn es darf keinen Roll-back hinter die Inhalte des Regierungsprogramms 2013 geben und auch keine Einschränkung einer basisorientierten Beteiligung.

Auf der Homepage der DL21 sind Kurzberichte der Mitglieder zur Tagung veröffentlicht. Weitere Kommentare sind möglich: Bitte senden an info@forum-dl21.de.

DL21/spw-Herbsttagung

Am 1. November 2014 findet die DL21/spw-Herbsttagung in Nürnberg statt. Inhaltlich wird an die Frühjahrstagung in Kassel angeknüpft und über linkssozialdemokratische Wirtschaftspolitik diskutiert. Zurzeit wird in der SPD engagiert über die „schwarze Null“ und die Frage, wie die äußerst notwendigen Innovationen finanziert werden können, debattiert. Auf der DL-Herbsttagung wird, aktuell wie immer, die Möglichkeit geboten, sich mit ExpertInnen über diese Themen auszutauschen. Anwesend sein werden unter anderem Dr. Stephan Schulmeister (Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung), Dr. Michael Dauderstädt (Freiberuflischer Berater, bis 2013 Leiter der Abteilung Wirtschafts-

Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung), Dr. Cornelia Heintze (Stadtkämmerin a.D. und Coach) und Dr. Dierk Hirschel (ver.di-Chefökonom).

Im Anschluss an den inhaltlichen Teil der Tagung werden alle Mitglieder aus Bayern zu einer Mitgliederversammlung der DL21 Bayern eingeladen.

Am Vorabend der Tagung, am 31. Oktober 2014, gibt es ein gemütliches Beisammensein im „Spießgesellen“.

Das Programm der Tagung findet sich auf unserer Homepage unter www.forum-dl21.de.

Für unsere Planungen bitten wir um eine Anmeldung unter: info@forum-dl21.de.

Für ein linkes Leben: Bericht vom Linkskongress der Jusos

von Jan Krüger

Am Wochenende vom 17. bis 19. Oktober trafen sich fast 400 Jusos zum diesjährigen Linkskongress in Erfurt. In der historisch bedeutsamen Alten Parteischule der SED stand der Freitagabend im Zeichen des 25. Jahrestages der Gründung der SDP in der DDR. Für die Jusos ist es wichtig, die Erinnerung daran wach zu halten, was die damaligen GründerInnen an persönlichem Risiko auf sich genommen haben und für welche Ideen sie einstanden. Darüber hinaus sollte auch den jüngeren Jusos bewusst gemacht werden, welch tiefer Einschnitt der Zusammenbruch der Sowjetunion und des real existierenden Sozialismus für die theoretische Debatte aller linken Kräfte in der Bundesrepublik war. Als Gesprächspartner standen hierfür Arne Grimm, damaliger Republikvorsitzender der Jungen Sozialdemokraten und Johannes

Wien, Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen in den 90er Jahren, zur Verfügung.

Großes Thema auf dem Kongress und in vielen Gesprächen war die Möglichkeit einer rot-rot-grünen Landesregierung in Thüringen. Die akkreditierten PressevertreterInnen interessierte vor allem die Einschätzung der Jusos zu diesen Gesprächen. Johanna Uekermann hat dabei deutlich gemacht, dass die Jusos für eine Politikalternative jenseits von großen Koalitionen werben. Wenn sich die Chance in Thüringen dazu ergeben sollte, dann darf man sie nicht ungenutzt verstreichen lassen. Markus Giebe, Landesvorsitzender der Jusos Thüringen betonte außerdem die Fortschritte in der Jugendpolitik, die durch rot-rot-grün erreicht werden können.

Der zweite Tag des Kongresses stand im Zeichen der Friedenspolitik. Beim Workshop über das WBC in Jerusalem, dem internationalen Kernprojekt des Verbandes, konnten die Jusos über den Nahost-Konflikt diskutieren. In anderen Veranstaltungen ging es um den IS in Syrien und dem Irak oder die aktuelle Lage in der Ukraine. Zum Abschluss des Tages diskutierten Ralf Stegner und Dr. Lars Brozus über Herausforderungen Linker Friedenspolitik. Für die Jusos bildet die Frage nach der Verantwortung in internationalen Konflikten die zentrale Diskussion. Klar ist, dass humanitäre Hilfe immer die erste Antwort sein muss. Die Frage der responsibility to protect soll aber weiterhin aufgegriffen werden und als nächstes auf dem Bundeskongress im Dezember diskutiert werden.

Als Höhepunkt des Kongresses präsentierte Johanna Uekermann den Kongressteilneh-

merInnen die Juso-Kampagne „linksleben“. Unter diesem Motto werden die Jusos im kommenden Jahr das Spannungsverhältnis zwischen Individualität und kollektiver Solidarität diskutieren. Ziel ist es, Antworten zu finden auf neue Lebensläufe und dabei neue gesellschaftliche Spaltungen zu verhindern. Auf insgesamt sechs Zukunftswerkstätten und einem Sommercamp werden die Fragenkomplexe diskutiert. Juso-Untergliederungen können ihre Ideen aber auch in einem Videowettbewerb einbringen. Die Ergebnisse der Kampagne sollen in einem Buchprojekt veröffentlicht werden. Testimonials von bekannten Persönlichkeiten werden den Prozess kontinuierlich begleiten. ■

↳ Jan Krüger ist stellvertretender Vorsitzender der Jusos.

Tagung der SPD-Linken am 14. und 15. November 2014 in Magdeburg (KONGRESS & KULTURWERK - fichte)

Auf dem Treffen sollen linke Reformprojekte, Aufgaben und Herausforderungen für die Parteilinke bis 2017 und die zukünftige Arbeit der Linken in der SPD diskutiert werden.

Es diskutieren u.a. Thorsten Schäfer-Gümbel, Carsten Sieling, Andrea Nahles, Ralf Stegner und Johanna Uekermann.

Im Mittelpunkt stehen die Themen Zukunft der Arbeit, Wirtschaftskompetenz von links, Rechtsstaat im Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit sowie die Herausforderungen linker Friedenspolitik.

- ▶ **Tagungsort und Anfahrt:**
Die Tagung findet statt vom 14.11., 18 Uhr bis 15.11.2014 13 Uhr im KONGRESS &

KULTURWERK-fichte (Fichtestraße 29A, 39112 Magdeburg) Weitere Infos zum Tagungsort einschl. Anfahrt sind unter <http://kulturwerk-fichte.de/kontakt/> zu finden.

- ▶ **Anmeldung:**
Eine Anmeldung ist erforderlich! Interessierte SPD-Mitglieder können sich anmelden unter Angabe ihres Namens, ihrer Adresse und ihrer E-Mailadresse unter lv.sachsen-anhalt@spd.de bzw. telefonisch unter **0391/536560**. Anmeldeschluss ist der 7. November 2014. Die Teilnahme ist kostenfrei, zum Abendessen gibt es Suppe für alle.

IUSY Festival 2014: 15 Actions to Eradicate Poverty in 15 Years

von Jan Lichtwitz



Vom 20. bis 26. August fand in Malta das XX. World Festival der International Union of Socialist Youth (IUSY) statt. In dieser Woche kamen knapp 1000 AktivistInnen sozialistischer und sozialdemokratischer Jugendorganisationen aus der ganzen Welt zusammen, um gemeinsam zu diskutieren, in Workshops zu arbeiten, zu lernen, Ideen zu entwickeln und zu feiern. Gastgeberorganisation war das F.L. Malta (Labour Youth Forum). Mit dabei waren 200 Jusos, die die größte Delegation bildeten.

Fester Bestandteil internationaler Juso-Arbeit

Das IUSY World Festival ist ein wichtiges Element der internationalen Arbeit der Jusos. Es bietet Raum, um weltweite politische Lösungen für globale Herausforderungen zu entwickeln und als internationale politische Bewegung Kampagnen zu koordinieren. Gleichzeitig schaffen die Festivals als Basisangebot eine Möglichkeit für konkrete inter-

nationale politische Arbeit. So gestalten die Mitglieder der über 150 Mitgliedsorganisationen aus über 100 Ländern die Ausrichtung der sozialistischen Jugendinternationalen außerhalb der Gremien des World Congress, World Councils und Präsidiums aktiv mit.¹

Erst im vergangenen Jahr waren die Jusos gemeinsam mit den Falken beim „Workers Youth Festival“ im Dortmunder Fredenbaumpark Gastgeber eines weltweiten Festivals im IUSY-Kontext mit knapp 3000 teilnehmenden Genossinnen und Genossen.

„15 Actions to Eradicate Poverty in 15 Years“

Politischer Schwerpunkt des IUSY Festivals war das Thema der weltweiten Armuts-

¹ Lesetipps zur Geschichte, Struktur und Arbeit der IUSY: Argumente-Ausgabe 2/2011 „IUSY World Festival 2011“ (http://www.jusos.de/sites/default/files/material_files/Argumente_2_11_IUSY.pdf), sowie Tim Schlösser, „IUSY als internationale Jugendbewegung“ in Argumente 1/2012 (http://www.jusos.de/sites/default/files/Argumente%201%2012%20Int.%20Jugendbewegungen_4.pdf)

PapyRossa Verlag



Heinz-J. Bontrup
**Krisenkapitalismus
 und EU-Verfall**

Paperback
 978-3-89438-537-8
 231 Seiten | 15,90 Euro

Gestützt auf breites empirisches Material bestimmt Heinz-J. Bontrup Charakter und grundsätzliche Mechanismen der Wirtschaftskrise. Sein Fazit: Das Festhalten an den Glaubenssätzen des Neoliberalismus verschärft die Krise und befördert den Verfall der Europäischen Union.



Georg Fülberth
**G Strich –
 Kleine Geschichte
 des Kapitalismus**

Paperback
 978-3-89438-518-7
 347 Seiten | 16,90 Euro

Was ist das, wovon alle Reden: Kapitalismus? Der theoretischen Klärung folgt eine historische Darstellung. Sie umfasst auch die Gegenbewegungen und mündet in die Frage nach dem Ende dieser Produktions- und Lebensweise.

»Eine gewaltige Wohltat«
 (Dietmar Dath, FAZ)

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
 www.papyrossa.de

bekämpfung. „Wacht auf verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt.“ Diese Passage der Internationalen von 1871 ist auch heute aktuell. Armut und Hunger sind noch immer zentrale weltweite Probleme. Fast 900 Millionen Menschen hungern. Hunger stellt das größte Gesundheitsrisiko weltweit dar und ist Ursache für fast die Hälfte aller Sterbefälle von Kindern. Fast 1,4 Milliarden Menschen leben von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag. Das heißt, dass jeder vierte Mensch unter der extremen Armutsgrenze der Weltbank lebt. 2,6 Milliarden Menschen leben von weniger als 2 US-Dollar pro Tag.

Dabei hat Armut viele Gesichter. Sie zeigt sich durch Hunger und Unterernährung. Sie führt zu Krankheit und geringer Lebenserwartung. Sie führt zu fehlender Bildung und Ausbildung. Sie zeigt sich in Arbeitslosigkeit und menschenunwürdiger Arbeit. Armut stellt außerdem eine Bedrohung für unsere Umwelt dar.

Im Rahmen der acht Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) aus dem Jahre 2000 wurden einige Fortschritte erzielt.² Viele der bis 2015 angestrebten Ziele werden aber voraussichtlich nicht erreicht. Unabhängig davon bleibt die Bekämpfung von Armut eine zentrale Aufgabe. Hunger und Armut sind Probleme, die von Menschen geschaffen wurden und von Menschen gelöst werden können.

Deshalb hat die IUSY auf dem XXX. Weltkongress in diesem Frühjahr in Kopenhagen mit dem Beschluss der „15 Actions to Eradicate Poverty in 15 Years“ den Aufschlag einer weltweiten Kampagne zur Überwindung der Armut gemacht. Dieses enthält Forderungen auf den Gebietender Ernährung, Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, Arbeit und Umwelt.³

² Vgl. United Nations, "The Millennium Development Goals Report 2014" (<http://unstats.un.org/unsd/mdg/Resources/Static/Products/Progress2014/English2014.pdf>)

³ Beschluss: „15 Actions to Eradicate Poverty in 15 Years“: <https://docs.google.com/file/d/oB65ayVCE6MqUQndaMXdkRDLuoE/edit>

Ausgehend hiervon gab es auf dem Festival zu diesen Themengebieten Schwerpunkttag mit jeweils einer Hauptkonferenz.

Politische Herausforderungen zum IUSY Festival



Das Festival fand zu einer Zeit statt, zu der die Welt von bewaffneten Konflikten geprägt ist, wie in der Ukraine, dem Bürgerkrieg in Syrien oder den Morden durch den IS im Nordirak. Diese Entwicklungen wurden auf dem Festival diskutiert.

Sorgen machte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch der Blick nach Israel und Palästina. Der Krieg Israels gegen die Hamas im Gaza-Streifen, dem die Entführungen dreier israelischer Jugendlicher und eines Palästinensers, sowie anhaltender Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen vorausgingen, endete am 26. August 2014.

Der Dialog zwischen den Genossinnen und Genossen aus Israel und Palästina war der Juso-Delegation aufgrund der bestehenden Partnerschaft im Willy Brandt Center Jerusalem besonders wichtig. Gerade in Zeiten eines verschärften Konflikts ist die Partnerschaft Spannungen ausgesetzt, da unsere Genossinnen und Genossen in Israel und Palästina Gewalterfahrungen auf der eigenen Seite besonders unmittelbar und intensiv erleben.

Im Rahmen des Festivals hatten die Partner die Möglichkeit, ihre jeweilige Perspektive in einem Gespräch zwischen Nimrod Barnea, dem IUSY-Vizepräsidenten der israelischen Young Meretz, sowie dem Fatah-Aktivisten und palästinensischen Diplomaten Majed Bamyä, darzustellen, das vom Projektkoordinator des Willy Brandt Center, Christopher Paesen, moderiert wurde.

Daneben gab es in Malta ein breites Angebot an Debatten und Workshops zu Themen wie der europäischen Sparpolitik, Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, Jugendgarantie, Mobilität in Städten, der institutionellen Krise der Europäischen Union oder Feminismus und LGBT^{4,5}.

All over the world to change it

Die Organisation durch das Labour Youth Forum Malta mit Helferinnen und Helfern, die pausenlos im Einsatz waren, ließ keine Wünsche offen. Besonders wichtig bei bis zu 40 Grad im Schatten war dabei die Versorgung mit Trinkwasser. Der Ghajn Tuffieha Zeltplatz im Südwesten von Malta, bildete dabei eine ideale Festivalanlage für Sommer, Sonne, Sozialismus.

Das IUSY-Festival war auch in diesem Jahr der Ort, um gemeinsam mit Genossinnen und Genossen an einer anderen Welt zu arbeiten. Das Engagement der vielen Aktiven vor Ort hat einmal mehr gezeigt, wie prägend internationale Solidarität und Internationalismus für unsere Bewegung sind. Deshalb heißt es auch weiterhin für Jungsozialistinnen und Jungsozialisten von überall: **All over the world to change it!** ■

☞ Jan Lichtwitz ist IUSY-Vizepräsident und lebt in Berlin.

4. Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual und Trans, also Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans

5. Eine Übersicht über das politische Programm: <http://issuu.com/iusy/docs/iusyfest14-politicalprogram>

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Beat Ringger

Maßt euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus mit einem Vorwort von Alex Demirović
218 Seiten, € 24,90,
ISBN: 978-3-89691-875-8,
Westfälisches Dampfboot



Harald Klimenta / Andreas Fisahn u.a.

Die Freihandelsfalle Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP AttacBasisTexte 45
128 Seiten, € 9,00
ISBN 978-3-89965-592-6
VSA-Verlag



Prämienpaket 2

Heinz J. Bontrup

Krisenkapitalismus und EU-Verfall Neue Kleine Bibliothek 195
231 Seiten, € 15,90
ISBN 978-3-89438-537-8
PapyRossa Verlag

Hartmut Tölle / Patrick Schreiner (Hg.):

Migration und Arbeit in Europa Softcover DIN A5,
229 Seiten, € 14,90
ISBN 978-3-89438-550-7
PapyRossa Verlag



Prämienpaket 3

Heiner Ganßmann

Politische Ökonomie des Sozialstaats Einstiege Band 10, 2. überarbeitete Auflage
229 Seiten, € 19,90
ISBN: 978-3-89691-690-7
Westfälisches Dampfboot

BEIGEWUM

Mythen des Sparens Antizyklische Alternativen zur Schuldenbremse
Herausgegeben vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
144 Seiten, € 11,80, ISBN 978-3-89965-555-1
VSA-Verlag



Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
- Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- Auslandsabonnement Europa 49,- € (inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: 1 2 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

- Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Umfang von bis zu 88 Seiten pro Ausgabe. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.